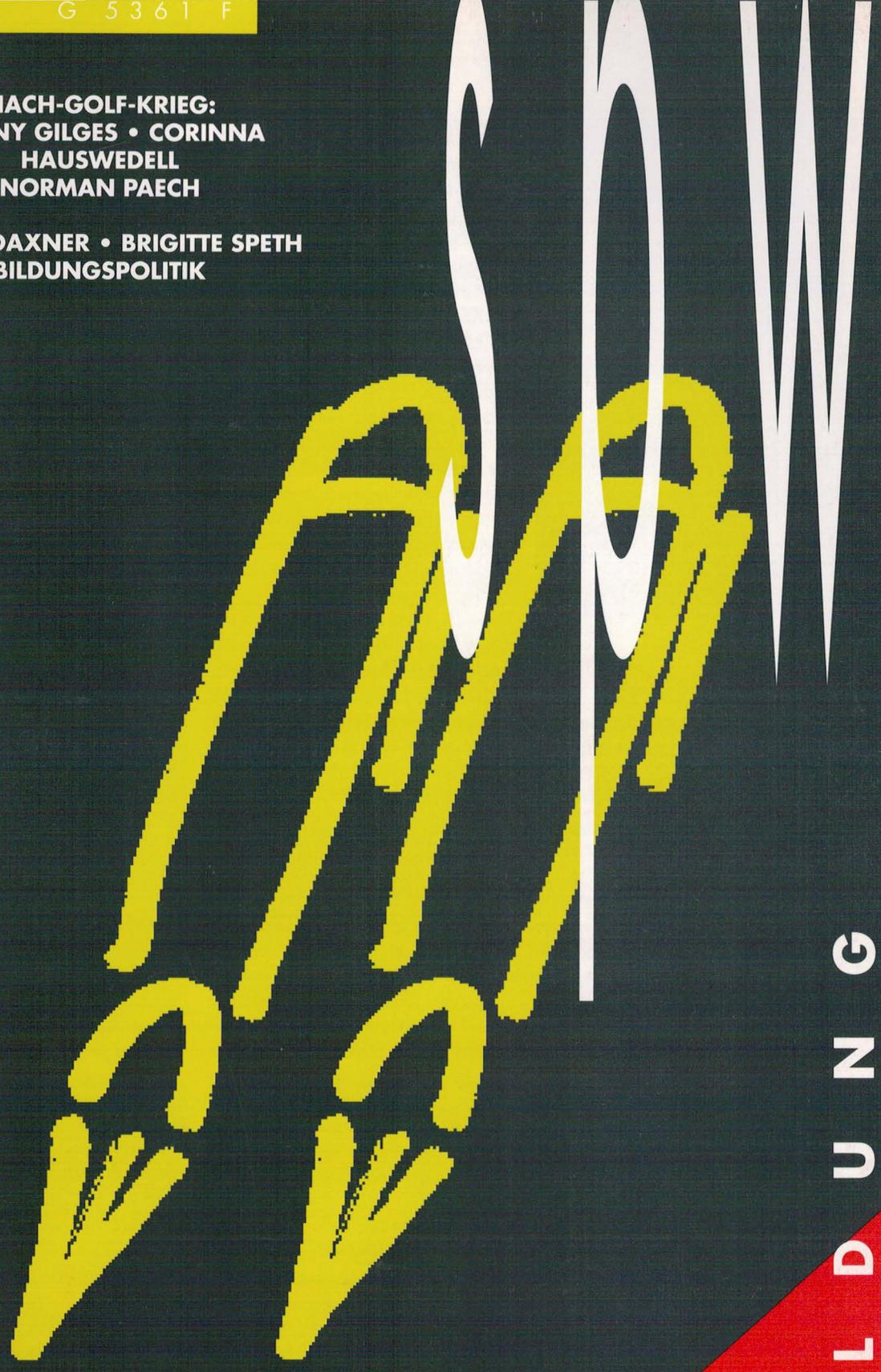


G 53 61 F

**NACH-GOLF-KRIEG:
CONNY GILGES • CORINNA
HAUSWEDELL
NORMAN PAECH**

**ALBERT DAXNER • BRIGITTE SPETH
BILDUNGSPOLITIK**

ISSN 0170-4613



B I L D U N G

**ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT
AUSGABE 3/91 • HEFT 59 • MAI/JUNI • DM 7,-**

sant ist dabei aber, daß Seitz mehr oder weniger offen für eine europäische Industriepolitik nach japanischem Vorbild und damit für eine Abkehr von der neoliberalen Marktlylle plädiert. Die bürgerliche Marktlylle zerbricht aber nicht nur an dieser „Front“. CARSTEN SIELING wirft in diesem Heft die Frage auf, ob im konservativ-liberalen Lager und in Wirtschaftskreisen nicht so etwas wie ein ordnungspolitischer Kurswechsel zu beobachten sei. Er verweist dazu auf die Akzeptanz, die im Zusammenhang mit den ostdeutschen Entwicklungen mittlerweile strukturpolitische Konzepte und Interventionen, konzertierte Aktionen und Gemeinschaftsaufgaben zurückgewonnen haben.

Dies ist nicht nur eine Frage für Ökonomen: Wenn die Vorherrschaft marktliberaler Vorstellungen zerbricht, wird die berühmt-berüchtigte „neokonservative Hegemonie“ in ihrem innersten Kern getroffen. Denn „Hegemonie“ wird noch immer maßgeblich durch ökonomische Deutungsmuster und Konsense bestimmt, in denen ökonomische Verhältnisse und Beziehungen verarbeitet werden. Man denke daran, wie wirtschaftspolitische und sozialkulturelle Faktoren in den Gezeitenwechseln Mitte der 60er und Ende der 70er Jahre miteinander verknüpft waren. Trotz einiger löblicher Vorstöße spricht aber gegenwärtig mehr dafür, daß die Sozialdemokratie einen neuerlichen Gezeitenwechsel verschlafen wird. Käme es doch gerade darauf an, sich an die Spitze einer ordnungspolitischen Wende zu setzen.

„Zivilgesellschaft“: Die Diskussion über dieses Thema und die „Demokratie“ hat ja in den letzten Heften der spw eine gewichtige Rolle gespielt. Sie soll auch fortgesetzt werden.

Allerdings ist mir schleierhaft wie man die Debatte sinnvoll weiterführen könnte. Eine fatale Tendenz scheint mir in folgende Richtung zu gehen: Die moderne Zivilgesellschaft und ihre

„Lebenswelten“ sind der Raum, wo sich die sogenannte Individualisierung unablässig entfaltet. In deren Gefolge zerbrechen kollektive Identitäten und an ihre Stelle treten offene Kommunikationszusammenhänge (bzw. „Diskurse“). Genau an dieser Stelle habe der moderne demokratische Diskurs anzusetzen. D.h. das Demokratieprojekt geht faktisch nicht mehr von der Kategorie „sozialer Interessen“ (altes Denken!), sondern vom Dialog der aufgeklärten Individuen aus (neues Denken!). Dessen demokratischer Sinn ruht dann gewissermaßen in sich selbst...

Diese Vorstellung entspricht dabei durchaus der Befindlichkeit vieler im Gezeitenwechsel gestrandeter Linker: Eingangsvoraussetzung für diesen Dialog ist aus ihrer Sicht nämlich, daß man nichts weiß (denn wer behauptet, etwas zu wissen, ist natürlich „dogmatisch“). Im Namen dieser „Moderne“ rechnen dann auch viele furchtbar aufgeklärte Ich-weiß-daß-ich-nichts-weiß-Linke kräftig mit Mythen und Ritualen in den eigenen Reihen ab. Was sich aber für sie nicht mehr stellt, ist die Frage nach neuen Formen interessengeleiteten Handelns und kollektiver Identität (zu der selbstverständlich auch gemeinsame Symbole bzw. Erkennungszeichen gehören). Diese Art der linken „Moderne“ überläßt soziale Interessen und die Bedürfnisse nach gemeinschaftlicher Identität, die realen Interessen und Bedürfnisse der vielbeschworenen Individuen einmal mehr den Rechten. Was von der „modernen Linken“ dann noch übrig bleibt, sind ein sprachgewaltiger, aber blutleerer „demokratischer Diskurs“, das bildungsbürgerliche Kokettieren mit der „Frankfurter Schule“ und - denn ganz ohne gemeinschaftliche Bindung geht's ja auch nicht - die „aufgeklärte“ und getraute Kleinfamilie, die sich gerade in heutigen Zeiten wieder wachsender Beliebtheit erfreut. Also kurzum: Für meinen Geschmack ist die ganze Zivilgesellschafts-, Lebenswelt- und Demokratiedebatte völlig auf das falsche Gleis geraten.

UWE KREMER

IMPRESSUM

Herausgeber / Herausgeberinnen:
 Detlev Albers (Bremen)
 Heinz Albrecht (Berlin-West)
 Jürgen Eggert (Berlin-West)
 Katrin Fuchs (Verl.)
 Josef Hindels (Wien)
 Klaus Peter Kisker (Berlin-West)
 Heinrich Lienker (Bielefeld)
 Susi Möbbeck (Bremen)
 Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach)
 Kurt Wand (Hamburg)
 Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.)
 Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion:
 Ingo Arend
 Oliver Brasch
 Florence Guesnot
 Uwe Kremer
 Mathias Machnig
 Birgit Zoerner

Redaktionssekretär:
 Ralf Schmirz

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 Kieler Str. 13
 5000 Köln 80
 Telefon: 0221 623271
 Telex: 0221 612815

Verlag:
 spw Verlag / Redaktion GmbH
 Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80
 Geschäftsführung:
 Andreas Bach
 Ulla Saß

Konto des Verlages:
 Postgiroamt Dortmund
 Kto. Nr. 324 434 68
 BLZ 440 100 46
 Abzahlungen ausschließlich
 auf dieses Konto

• Die spw erscheint 1990 in 6 Heften
 mit ca. 60 Seiten pro Heft
 • Jahresabonnement DM 51 -
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für Schüler/innen, Student/innen,
 Erwerbslose DM 42 -
 • Auslandsabonnement DM 54 -
 • Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Manuskripte sollen in
 Maschinenschrift und mit einem
 ausreichenden Rand versehen sein.
 Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
 Diskette mit einem Ausdruck
 geliefert werden.
 MS-DOS, 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll,
 MS WORD oder reiner ASCII-Text.

ISSN 0170-4613

Copyright (C) spw-Verlag/
 Redaktion GmbH 1991.
 Alle Rechte, auch das
 der Übersetzung, vorbehalten.

Satz und Gestaltung:
 Birgit Gierson, Hemer

Druck:
 Nolte-Druck, Schwerte

1.3. Tausend Mai 1991

KOMMENTAR

Claudia Walther
 §218 - Licht im Schacht? Seite 4

Thomas Westphal: Für einen Aufbruch von Links 6
 Entwurf für eine Selbstverständniserklärung der JUSO-Linken 10
 Ingo Arend: Die Linke und das Neuland 10
 Conny Gilges: GG-Änderung - Nein 12

BERICHTE

Arbeitstagung ProMS 13
 Bezirksparteitag SPD-Mittelrhein 13

INTERVIEW

Was passiert mit den „neuen“ Ruhrfestspielen?
 Ein Interview mit Hansgünther Heyme 14

REZENSION

Hans-Joachim Olczyk: Schon wieder der Dritte Weg? 16

KOMMENTAR

Barbara Grellmann:
 Das „weiter so“ von Rot-Grün in Frankfurt 18

DEBATTE

Andreas Wehr: Die Ursachen liegen tiefer 20

Interview mit Brigitte Speth: Abwicklung:
 Neuordnung des Bildungssystems in den neuen Bundesländern 24

spw special

Prof. Dr. Michael Daxner:
 Thesen für eine zweite Hochschulreform 27

Petra Frantzioc/Heiko Kretschmer: Bildung für die Zukunft 35

Carsten Sieling: Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik? 39

Stefan Heimlich, Andreas Wöllersdorf:
 Gewerkschaftsarbeit in den fünf neuen Ländern 42

Interview mit Norman Paech: Grundgesetzänderung? 48

Corinna Hauswedell: Nach Rüstung kam Krieg - Nach Krieg Ordnung? 52

CLAUDIA WALTHER

§ 218 - LICHT IM SCHACHT?

VIELE LEHNEN SICH BEREITS ZUFRIEDEN ZURÜCK IN VORFREUDE AUF EINE VERBESSERUNG DES ABTREIBUNGSRECHTS. WIRD DIE DURCH DEN EINIGUNGSVERTRAG VORGESCHRIEBENE „NEUREGELUNG“ DES SCHWANGERSCHAFTSABBRUCHS AUF JEDEN FALL EINE LIBERALISIERUNG SEIN?

Auf jeden Fall - nein! Hinter Ritas „drittem Weg“, der durch die Presse schon als „Streichung des § 218“ geisterte, verbergen sich einige Unannehmlichkeiten, die sogar eine Verschärfung der bisherigen Praxis bedeuten können. Auch der FDP-Entwurf ist allenfalls eine Festschreibung des westdeutschen Status quo. Bleibt die Frage, inwieweit der nun endlich veröffentlichte SPD-Entwurf für ein „Schwangerenhilfe-Gesetz“ die Möglichkeit einer selbstbestimmten Entscheidung für Frauen enthält.

Um vier Punkte geht es in der aktuellen Debatte:

1. Straffreiheit oder Beibehaltung von Strafe?
2. Beratungsrecht oder Beratungszwang?
3. Fristenregelung oder volle selbstverantwortliche Entscheidung?
4. „Schutz des ungeborenen Lebens“ ins Grundgesetz?

Ein Festhalten an Strafe, also am alten § 218, vertreten nur noch die selbsternannten Lebensschützer und sich ähnlich berufende Teile des Regierungslagers.

Rita Süßmuth dagegen setzt auf die 'Moralschiene'. Nicht nur sie - auch die FDP und zahlreiche andere beabsichtigen, Strafe durch moralischen Druck zu ersetzen. Denn daß Strafe nichts bringt, ist erwiesene Sache - moralischer Druck dagegen ist gerade bei Frauen

Claudia Walther, stellv. Juso-Bundesvorsitzende, Aachen

ein bewährtes Mittel, es setzt an ihrem ohnehin vorhandenen schlechten „Rabenmutter“-Gewissen an. Für uns sind Strafe und moralischer Druck zwei Seiten einer Medaille.

Der Beratungszwang ist sowohl in Rita Süßmuths „3. Weg“ als auch im FDP-Entwurf vorgesehen. Schließlich kann gerade über eine obligatorische Beratung moralischer Druck ausgeübt werden. „Eine Zwangsberatung ist keine Beratung“, stellte begrüßenswerterweise die ASF-Bundesvorsitzende, Inge Wettig-Danielmeier, fest. Genau das ist der Punkt. Immer wieder betonen BeraterInnen, daß Frauen nur im freiwilligen Gespräch - oft wenn sie ihre gewünschte Indikation bereits in der Tasche haben - sich offen äußern.

Die Frage des Beratungszwangs ist und wird die entscheidende Auseinandersetzung bei einer Neuregelung sein. Schon liegen vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen etc. „Beratungsrichtlinien“ vor, in denen die Beratungsstellen auf eine - einseitige - Beratung für die Austragung einer ungewollten Schwangerschaft verpflichtet werden sollen. Bei konfessionell gebundenen Beratungsstellen ist das schon lange der Fall. Ein Beratungszwang bedeutet für Frauen in Bayern und Baden-Württemberg, daß sie weite Strecken zur nächsten Beratungsstelle zurücklegen müssen, um sich dann zur Schwangerschaft überreden zu lassen. Denn in Bayern und Baden-Württemberg gibt es bekanntlich nur wenige und wenn dann fast nur konfessionell gebundene Beratungsstellen. Traurig ist übrigens, daß die neu eingerichteten Beratungsstellen in der ehemaligen DDR vor allem an konfessionelle Träger gehen - auch im „Ampel“-regierten Brandenburg. Ein Beratungszwang muß auf jeden Fall verhindert werden. Gut, daß auch die

SPD das bisher so sieht - hoffen wir, daß dies so bleibt!

Schwierig ist die Diskussion um die Beratungsfrage, weil der Begriff Beratung eigentlich positiv klingt. Das gilt insbesondere für viele Frauen der neuen Länder, die in der DDR auf ein gutes Beratungsangebot und ein Beratungsrecht verzichten mußten.

Nun zum „Schutz des ungeborenen Lebens“, den Rita Süßmuth im Grundgesetz verankert wissen will: So harmlos wie dieser Vorschlag auf den ersten Blick aussieht, ist er beileibe nicht, da dem Embryo hier Verfassungsrang eingeräumt wird. Er wird damit als eigenständige Rechtsperson betrachtet, der unabhängig vom Körper der Mutter existiert, obwohl ein Embryo nicht ohne die Mutter lebensfähig ist. In Verbindung mit dem Embryonenschutzgesetz wird damit zum einen eine Klagemöglichkeit durch die Hintertür wahrscheinlich: z.B. der Vater oder die „Öffentlichkeit“ klagen „im Namen des Embryos“ gegen die Mutter; zum anderen sind eine Reihe von Klagen gegen die Verfassungsmäßigkeit von Abbrüchen zu erwarten, die sich auf den „Lebensschutz“ passus im Grundgesetz berufen könnten. Schon jetzt liegt aus Bayern eine „Normenkontrollklage“ vor, um die Verfassungsmäßigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen überprüfen zu lassen.

Kommen wir zum letzten Punkt: den Fristenlösungen. Wir Jusos waren und sind - wie der Großteil der Frauenbewegung - gegen Fristenlösungen, weil diese immer willkürlich sind und nicht auf die volle Verantwortlichkeit im Sinne einer selbstbestimmten Entscheidung der Frau setzen. Der SPD-Gesetzesentwurf geht dagegen von einer 12-Wochen Frist aus. Nach den zwölf Wochen wird nicht die Frau, sondern die/der A(e)rztIn oder jemand, der den



Bild: C. Walther

Abbruch veranlaßt, für einen späteren Abbruch bestraft. Das entspricht der bisherigen DDR-Regelung. Die ASF vertritt übrigens eine Fristenregelung von 22 Wochen, mit dem Hinweis auf die eigene Lebensfähigkeit des Embryos ab der 22. Woche. Sie hält aber eine 12-Wochen-Fristenregelung (mit Recht) für realistischer. Auf dem Juso-Bundeskongreß wurde folgende Position beschlossen:

„... kommt es darauf an, die Zwangsberatung mit Indikation und die Verankerung eines 'Schutz des ungeborenen Lebens' im Grundgesetz zu verhindern und für die Streichung des § 218 mit aller Kraft zu kämpfen! Eine Regelung unterhalb der Fristen-

regelung lehnen wir entschieden ab...“ Mit dieser Formulierung wird der gegenwärtigen Situation Rechnung getragen, daß die Neuregelung im günstigsten Fall eine Fristenregelung ohne Zwangsberatung sein wird; wir aber weiterhin für die ersatzlose Streichung des § 218 sind, also mehr wollen. Von daher sind denn auch die Initiativen von Fristenbefürworterinnen (ob taktisch oder inhaltlich-prinzipiell motiviert) - z.B. der Brief der Frauenzeitschriften (von 'Emma' bis zu 'Bild der Frau') - nur zu begrüßen! Dasselbe gilt für den SPD-Gesetzesentwurf als Alternative zum FDP-Vorschlag. Entscheidend in der derzeitigen Situation ist das Schaffen von Gegen-

öffentlichkeit, zumal Rita Süßmuths „dritter Weg“ und der FDP-Gesetzesentwurf in der Öffentlichkeit breit und offensiv vorgestellt wurden. Daher ist der bundesweite Frauenratschlag am 8./9. Juni in Ost-Berlin, der von dem bewährten Bündnis „Frauen - Begehren - Selbstbestimmung“, „§ 218-Gruppen (bundesweite Koordination)“, UFV (Unabhängiger Frauenverband) initiiert und breit - auch von ASF und IG-Metall - unterstützt wird, von großer Bedeutung. Denn die Verwirrung durch die vielen verschiedenen Vorschläge ist groß - eine gemeinsame Offensive der Frauenbewegung dringend notwendig.

FÜR EINEN AUFBRUCH VON LINKS!

Worin die Süddeutsche Zeitung durchaus richtig lag, war, daß der Vereinigungskongreß auf seine Weise Jusogesichte geschrieben hat. Wenn auch nicht in der prophezeiten Form. Mit dem Vereinigungskongreß vollzog sich unter großem Getöse der Wechsel von Fraktionszyklen. Der alte Zyklus der Fraktionskämpfe, der während sei-

verloren fast gleichzeitig mit dieser Entwicklung ihre Position als Träger des jugendlichen Protestes an die Grünen. Der Juso-Verband aber vertagte die gemeinsame Analyse dieser Entwicklung zugunsten einer internen Spiegelfechtereier um die Schuldzuweisung an dieser Misere.

Ein politischer Neuanfang der Juso-Linken-Strömung an dieser Stelle heißt deshalb, eine Strömung zu etablieren, die es sich zur Aufgabe macht, vor dem Hintergrund der durch die Göttinger und Herforder Thesen geprägten Traditionen einen gemeinsamen Lernprozeß zu organisieren, der zu einem produktiven Streit um moderne sozialistische Positionen einlädt. Die Juso-Linke ist deshalb kein einheitlicher Block, der eine bestimmte Stimmenzahl aufzuweisen hat. Unterschiede in der Theorieaneignung sollen keinesfalls eingeebnet werden, sondern vielmehr für eine theoretische wie praktische Erneuerung des Juso-Verbandes nutzbar gemacht werden.



Bilder: Roland Stolze

Nur wenige Wochen nach dem Vereinigungskongreß der Jusos in Potsdam, der die Jusos zum gesamtdeutschen Verband werden ließ, riefen die Juso-Linken zum „Aufbruch von Links“ nach Dortmund. Über 200 Jusos aus der ganzen Republik folgten dem Aufruf und erfüllten den Kongreß mit Leben.

ner Laufzeit, langsam aber stetig wesentliche Inhalte als Ballast abwarf und die rohen Fraktionsrituale hervorkehrte, starb ab. Ein neuer Zyklus von Fraktionsauseinandersetzungen war bereits mitten in seinem Entstehungsprozeß.

Unter dieser verbandspolitischen Rahmensetzung versammelte sich in Dortmund die Juso-Linke. Sie traf sich eben nicht zufällig in Zeiten, in denen der Jusoverband Gefahr läuft, das anti-kapitalistische Erbe von '68 unter den Trümmern der Fraktions- und Politikblockaden zu verschütten.

Der Jusoverband hatte die reformpolitischen Ausläufer der 68er-Bewegung vollständig übersehen. Die sozialstaatlich abgesicherte, individualisierte Vergesellschaftung veränderte aber die kollektive Lage der Menschen nachhaltig. Die Konstruktion des sozialen Gefüges in der Bundesrepublik wurde geprägt durch ein kollektives Mehr an Bildung, Wohlstand und individuellen Möglichkeiten. Die Jusos

Der deutsche Blätterwald hatte nur wenige Tage und Wochen zuvor ein schillerndes Bild vom zerstrittenen Juso-Verband gezeichnet. Auf der einen Seite der „verknöcherte“, „marxistische“, „linkssozialistische“ Alt-Hannoveraner Kreis, der immer noch Reservat für „radikal-sozialistische Ideologen“ ist. Auf der anderen Seite die „pragmatische“, „gemäßigte“, „ethisch-sozialistische“ Kunterbuntströmung des SP-Spektrums.

Die Süddeutsche Zeitung prophezeite dem Vereinigungskongreß sogar historische Parallelen zur Parteientwicklung. Potsdam sollte zum Godesberg der Jusos werden.

In Dortmund stand, in der historischen Rückschau durchaus folgerichtig, gerade jene Diskussion um das Verhältnis von kapitalistischer Modernisierung und Wandel der Klassenformierungsprozesse im Mittelpunkt der Tagung. Eberhard Fehrmann, Geschäftsführer der Bremer Angestelltenkammer, war angereist, um eine vermeintliche romantische Orthodoxie des Klassenkampfes aus dem Saale zu vertreiben. Eine Zukunft für linke Politik könne es nur geben, wenn auf eine eindimensionale Klassenpolitik, die im Zentrum die Industriearbeiterschaft sieht, verzichtet wird.

Fehrmann sprach dabei der marxistischen Erkenntnistheorie nicht ihren Erklärungswert ab, er benennt sie im Gegenteil als vollständig brauchbar für die Analyse heutiger kollektiver Situationen.

Als Alternative zum industrieproletarischen Reduktionismus formuliert Fehrmann die These der zivilisatorischen Wirkung des Kapitalismus. So

wie die Entstehung des Kapitalismus das Proletariat an sich schuf, so notwendig mußte die dynamische Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat für sich verändern. Statt der oft beschworenen Verelendung ist eine breite Qualifizierung des Gesamtarbeiters, im Marxschen Sinne, entstanden. Die allgemeine Analyse be-



legte Fehrmann mit der Schilderung der veränderten Werthaltung und Lebensweise der abhängig Beschäftigten. Fehrmann skizzierte im Kern eben jene individualisierte Vergesellschaftung, die der Jusos-Verband solange ignorierte. Er entwickelte auf dieser Basis eine neue Politikanforderung für Gewerkschaften und Sozialdemokratie, die als tragende Säule ihrer politischen Emanzipationsbestrebungen die qualifizierte Schicht der Manager und Angestellten zu entdecken habe. Fehrmann skizzierte damit die Kulisse, vor deren Hintergrund die aktuellen Konflikte im traditionellen Politikentwurf der SPD erklärbar sind.

Die vermeintliche romantische Orthodoxie war jedoch kaum aus dem Saale zu tragen, Fehrmann stieß mit seinen Ausführungen zunächst eine offene Tür nach der anderen bei der Juso-Linken auf. Seiner letztlich sehr zugespitzten These vom neuen revolutionären Subjekt der Yuppies, mochten die meisten Jusos allerdings nicht folgen.

Die zivilisatorische Wirkung des Kapitalismus, also die tiefgreifende Veränderung der Lebensweise im Zuge der wissenschaftlich-technischen-Revolution, war für viele der Juso-Linken bereits 1986 Folie für die Jugendorientierung des Verbandes. Die individualisierte Vergesellschaftung und die Ausdehnung zivilgesellschaft-

licher Bereiche, manifestierte sich in der eigenständigen Jugendphase und bot bereits früh Juso-spezifische Anknüpfungspunkte für eine moderne sozialistische Politik. Ebenso zentral bleibt die Verschränkung der technischen Entwicklung mit der Feminisierung der Erwerbsarbeit. Bestand also weitgehender Konsens mit dem Referenten in der Analyse der kapitalistischen Modernisierung, so wurde doch in den Schlußfolgerungen ein deutlicher Dissens angemeldet.

Viele Juso-Linken vermißten eine ökonomische Fundierung der dargestellten Entwicklung ebenso sehr wie einen politischen Entwurf für die an den Rand gedrückten Schichten, die auch in Fehrmanns Ansatz zur Randerscheinung wurden. Scharfe Kritik erntete Fehrmann für seine einseitige Orientierung am männlichen „Normalarbeitsverhältnis“. Eine gesellschaftliche Emanzipationstheorie, die abermals die Geschlechterproblematik ausblendet, verharrt in bester männlicher Arbeitertradition.

Letztlich war Fehrmanns Ansatz einer neuen Klassentheorie erneut zu eindimensional um wirklich tragfähig zu sein.

Die bisherigen Juso-Debatten um ein Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur scheinen in diesem Vergleich analytisch doch weittragender. Ist es doch gerade der Anspruch dieser Bündnis-konstruktion, auf der Grundlage des Klassen- und Emanzipationskampfes der Frauen, mehrere Faktoren des Widerstandes, die bei Fehrmann recht unvermittelt zueinander stehen, gegen den herrschenden Block zu mobilisieren.

Die Juso-Linke in Dortmund konnte in der Diskussion bereits an entwickelte Theoriekonzepte anknüpfen, welche verbunden mit der praktischen Ausrichtung an der Jugendorientierung ein Modell der Problemlösung zwischen traditioneller Interessenvertretung und neuen Anspruchskonzepten sein kann. Schließlich zeigte die Diskussion um die Situation in den fünf neuen Bundesländern aber auch, daß das Projekt der Juso-Linken nur dauerhaft Erfolg haben kann, wenn neben der notwendigen Rekonstruktion pluraler Theorieansätze auch eine Kompetenz für tagespolitische Reformen entwickelt wird. Die populäre verbale Spaltung zwischen Theorie und Praxis kann nur widerlegt werden, wenn die sozialistische Linke die notorische Unfähigkeit, sich mit denjenigen Fragen zu beschäftigen, die für die Menschen, ihr Glück und Wohlbefinden, von Bedeutung sind, überwindet.¹

Der Kongreß der Juso-Linken war der Start einer neuen Strömung und keine Akklamation für alten Wein in neuen Schläuchen. Die nächsten Etappen sind die kritische Diskussion eines Entwurfs einer Selbstverständniserklärung der Juso-Linken sowie der Aus- und Umbau bisheriger Formen von Theorieaneignung- und Produktion.

THOMAS WESTPHAL, LÜBECK

¹ vgl. U. Kremer spw-Heft 54/1990

ENTWURF
FÜR EINE
SELBSTVERSTÄNDNISERKLÄRUNG DER
JUSO-LINKEN (AUSZÜGE)

VORGELEGT VON:
OLIVER BROSCHE/
THOMAS HEPPENER/
CATHI HOFFMANN/
SÖNKE KLAGES/
SUSI MÖBBECK/
REINHOLD RÜNKER/
CLAUDIA WALTHER/
BIRGIT ZOERNER

**FÜR EINEN
AUFBRUCH VON
LINKS!**

**FÜR EINEN
MODERNEN UND
DEMOKRATI-
SCHEN
SOZIALISMUS**

Auch das neue Deutschland wird reich sein an Konflikten und Bewegungen. Die Folgen der überhastet vollzogenen „deutsch-deutschen Vereinigung“ treten Tag für Tag mit Massenarbeitslosigkeit und sozialen Ängsten immer deutlicher hervor. Ob daraus ein neuer Aufschwung für demokratische und soziale Reformen und ein Impuls für internationale Solidarität und Frieden entsteht, ist offen. Die Linke in Deutschland ist nach einem Jahrzehnt konservativer Regierung weiter geschwächt, gespalten und gesellschaftlich marginalisiert. Ein programmatischer und organisatorischer Aufbruch ist überall, vor allem in der Sozialdemokratie dringend notwendig. (...)

In dieser politisch schwierigen Situation wollen wir einen Neubeginn wagen und in einer neuen Strömung der JUSO-Linken zusammenarbeiten. Dabei bringen wir unterschiedliche Erfahrungen und Traditionen ein. Deshalb kann diese Strömung keinen „einheitlichen Block“ darstellen, sondern wir wollen uns über unterschiedliche Positionen produktiv streiten und dabei alte Schranken überwinden. Wir wollen die JUSOS auf anti-kapitalistischer Grundlage erneuern und als SozialistInnen in der SPD und in außer-parlamentarischen Bewegungen aktiv sein. Wir arbeiten in Theorie und Praxis für ein neues linkes Projekt:
Für einen modernen und demokratischen Sozialismus!

1. Gegen das „Ende der Geschichte...“

(...) Der auf Massenproduktion und -konsum aufbauende Kapitalismus dieses Jahrhunderts, in dessen Rahmen sich der sozialdemokratische Reformismus mit dem Wohlfahrtsstaat mit relativem Erfolg entfalten konnte, befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. (...)

Der autoritäre Staatssozialismus bot (...) keine fortschrittliche Alternative zum modernen Kapitalismus: er ist ökonomisch, ökologisch, sozial und politisch zurecht gescheitert.

Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ hatte äußere und innere Ursachen. (...) Ausschlaggebend für den Zusammenbruch war die „Verstaatlichung“ des sozialistischen Projekts: der „reale Sozialismus“ stützte sich nirgends auf zivilgesellschaftliche Strukturen, auf soziale Bewegungen und auf demokratische

Selbstregierung, sondern nur auf zentralisierte staatliche Macht. (...)

Wir bleiben SozialistInnen - im Bewußtsein der Tatsache, daß jede moderne sozialistische Politik sich heute an den Widersprüchen ihrer eigenen Theorie und an dem praktisch-historischen Versagen des „realen Sozialismus“ abarbeiten muß.

Wir kämpfen weiterhin für eine andere Gesellschaftsordnung. (...) Sozialismus bedeutet für uns, die Ablösung des Patriarchats durch eine feminisierte Gesellschaft der Emanzipation und Selbstbestimmung anzustreben. Sozialismus ist unsere Vorstellung einer Weltgesellschaft mit gerechten Austauschbeziehungen und friedlicher Konfliktlösung, ist die Gesellschaft des ökologischen Umbaus der Industrie, der Befreiung der Menschen in der Arbeit und von der Arbeit, der sozialen Sicherheit und persönlichen Emanzipation. (...)

Der Marxismus bleibt für uns mit seinen vielfältigen Ansätzen zur Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus, zu seinem materialistischen Geschichtsverständnis und zu einer dialektischen Erkenntnistheorie ein zentraler ideologischer Bezugspunkt. Eine zweite Grundlage unserer Theorie bildet der Feminismus, dessen Ansätze zur Analyse des Patriarchats und Kapitalismus und zur Strategie für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse. (...)

2. ... für einen modernen und demokratischen Sozialismus

(...) Ein moderner und demokratischer Sozialismus ist für uns die reale Utopie einer Gesellschaft, die auf einem hohen materiell-technischen Niveau die kapitalistischen, patriarchalen und bürokratischen Fesseln der Produktivkraftentwicklung überwindet und auf dieser Grundlage zum ersten Mal individuelle Freiheit, gesellschaftliche und internationale Solidarität umfassend verwirklichen kann. (...)

Der Übergang zum Sozialismus kann in den kapitalistischen Metropolen nur unter umfassender Bewahrung der zivilisatorischen, d. h. emanzipatorischen Errungenschaften des modernen Kapitalismus und somit nur auf friedlichem und demokratischem Weg vollzogen werden.

(...) Sozialismus kann also nicht die bloße Zerschlagung des Kapitalismus bedeuten,

sondern seine „positive Negation“ (Andre Gorz). (...) Es geht (...) um eine neue Qualität abgesicherter Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens für alle und die Ausweitung demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten für die Betroffenen in allen gesellschaftlichen Bereichen, also um Alltagsdemokratie und Wirtschaftsdemokratie. (...) Markt und Plan, gesellschaftliche und private Eigentumsformen dürfen nicht abstrakt als Gegensätze betrachtet werden, sondern müssen effektiv und sinnvoll im Rahmen einer ökologisch und sozial regulierten Ökonomie miteinander kombiniert werden. (...)

Die Destruktivkräfte des Kapitalismus haben eine globale Zivilisationskrise ausgelöst, die sich in ökologischer Zerstörung, zunehmendem Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd und kriegs- und krisenanfälligen labilen internationalen Verhältnissen niederschlägt. Auch die Staaten des „realen Sozialismus“ haben vor allem bei der ökologischen Zerstörung dazu beigetragen. (...) Ein modernes sozialistisches Projekt hat nur dann eine Chance, wenn es zunächst gelingt, diese katastrophischen Tendenzen zu bremsen und demokratisch zu regulieren. (...)

3. Die Sozialdemokratie, die Linke...

(...) Wir setzen (...) weiterhin auf die sozialen Bewegungen als wirksamste Form der Gegenmacht. Insbesondere beziehen wir uns auf die internationale Arbeiterbewegung, die Befreiungsbewegungen in der sogenannten Dritten Welt und die internationale Sozialdemokratie.

(...) Wir setzen uns ein für ein breit angelegtes Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur. (...) Voraussetzung dafür ist jedoch die umfassende soziale und kulturelle Öffnung der wichtigsten politischen Organisationen der Linken: der Gewerkschaften und der SPD.

(...) Auf die Herausforderungen der 90er Jahre ist die SPD (...) nicht eingestellt. (...) Ein Projekt der „Demokratischen Modernisierung“ für das neue Deutschland existiert nicht. (...)

Den Konservativen ist es (...) gelungen, ihren Wertediskurs erfolgreich aufzubauen und mehrheitlich in der Bevölkerung, bis weit in sozialdemokratische Wählergruppen zu verankern. Im Mittelpunkt des konservativen Paradigmas steht die strikte Gleichsetzung jeglicher gesellschaftlicher

Regulierungs- und Planungstätigkeiten mit dem gescheiterten staatssozialistischen System.

Wenn es der SPD nicht gelingt, dieses Paradigma zu durchbrechen und mit Blick auf den realen Kapitalismus eine moderne Strategie ökonomischer Regulierung und Demokratisierung zu entwickeln, wird sich die konservative Hegemonie weiter entfalten und auch auf die Sozialdemokratie übergreifen. (...)

Aber nicht nur eine programmatische Anstrengung ist nötig, vielmehr braucht die SPD vor allem eine demokratische Parteireform, in der themen-, projekt- und zielgruppenorientierte Arbeit gestärkt wird, in der sich die Sozialdemokratie gesellschaftlichen Bewegungen öffnet. (...)

Soll die Modernisierung der SPD gelingen, dann muß eine programmatisch ausgewiesene und handlungsfähige Parteilinke diesen Prozeß tragen und vorantreiben. (...) Der Zustand der sozialistischen Parteilinken läßt es undenkbar erscheinen, innerparteiliche Erfolge ohne eine Kooperation mit dem sozialliberalen Mainstream (und) der „Enkel“ zu erzielen. Über diesen weiter notwendigen „Brückenschlag“ hinaus muß eine wirkliche Erneuerung der SPD-Linken jedoch zur Formulierung einer eigenen durchgängigen modernen Position führen, die den Konflikt mit ökonomischen und gesellschaftlichen Machtstrukturen sucht und die Demokratisierungsperspektiven in den Mittelpunkt stellt.

4. ... und wir JUSOS

Den zentralen Bezugspunkt aktueller JUSO-Politik bildet die Linkswende der JUSOS von 1969, die den Bruch mit der Tradition eines parteifrommen Karrierevereins markiert und ein gemeinsames Selbstverständnis als sozialistische Jugend- und Richtungsorganisation in der SPD begründete. (...)

Heute besteht die Gefahr, daß die gemeinsame Identität verloren geht und die JUSOS weiter an Bedeutung verlieren: (...) Die westlichen Erfahrungen vergangener Bewegungen verblissen und das östliche Erbe der demokratischen Revolution haben kaum Eingang in die politische Kultur gefunden. Der Vereinigungskongreß der JUSOS hat dem Projekt der Erneuerung von links vorläufig ein Ende gesetzt. Damit hat sich die Gefahr verstärkt, daß die JUSOS zu einer halblinken, nach rechts offenen Parteijugend werden, die den Anspruch aufgibt, als aktiver Teil der Partei-

linken zu wirken.

(...) Wir wollen die JUSOS auf anti-kapitalistischer Grundlage erneuern, Marxismus und Feminismus sind dabei unsere wichtigsten Bezugspunkte, die Arbeit am Projekt eines modernen und demokratischen Sozialismus unsere Hauptaufgabe. Wir beziehen uns insbesondere auf die Theorie- und Strategiediskussion in der Folge der 68er Bewegung, durch die die Herforder- und Göttinger-Thesen geprägt wurden. Wir wollen die unterschiedlichen Ansätze früherer JUSO-Generationen produktiv aufnehmen und für die Rekonstruktion sozialistischer Theorie verarbeiten. Einen ersten Ansatz dazu bilden die „53 Thesen zu einem Projekt Moderner Sozialismus“.

Wir gehen von der zentralen Bedeutung sozialer Bewegungen aus und wollen an einem parteiübergreifenden Reformprojekt mitwirken, das den ökologischen Umbau, die sozialen Perspektiven, Frauenemanzipation und einen neuen Internationalismus in den Mittelpunkt stellt. Wo linke Jugendverbände und Interessensvertretungen aktiv werden, wollen wir uns beteiligen.

Wir ringen um eine linke Erneuerung der SPD, arbeiten mit am Aufbau einer sozialistischen Plattform in der SPD und sehen für einen produktiven Dialog unter anderem mit linken Kräften. Wir greifen in alte Parteistrukturen frontal an und fordern eine demokratische Parteireform. Wir wollen in einem gemeinsamen Prozeß die Geschichte des Sozialismus offen und selbstkritisch aufarbeiten und persönliche und kollektive Handlungsfähigkeit gewinnen - jenseits von Vereinsmeierei und Karrierismus:

Die JUSOS brauchen einen neuen Aufbruch von links:

- offen für fortschrittliche Bewegung!
- konstruktiv für den Dialog und die Zusammenarbeit in der Linken!
- aktiv für das gemeinsame Handeln von Jugendlichen!
- radikal für Selbstbestimmung und Demokratie!
- aggressiv für eine demokratische Reform der SPD!

Dafür wollen wir gemeinsam eintreten und in einer neuen Strömung als JUSO-Linke zusammenarbeiten.

Am Beginn der 90er Jahre bekommt die Welt ein neues Gesicht: die „zweite Welt“ des sogenannten real existierenden Sozialismus besteht nicht mehr. Am Persischen Golf hat die alte Hegemonialmacht USA mit ihren Verbündeten einen Krieg geführt, in dem es vor allem um deren ökonomische, politische und kulturelle Vormachtstellung in einer neuen Weltordnung ging. In den kapitalistischen Zentren selbst setzen sich die tiefgreifenden Umbrüche der Produktions- und Lebensweise fort.

Ingo Arend

Die Linke und das Neuland

Kritisches zum Juso-Bundeskongreß in Potsdam und zur Juso-Linken

Ob man wirklich so weit gehen kann, die Annahme der „marxistischen Grundsatzklärung“ beim Juso-Bundeskongreß in Potsdam als bewußte Richtungsentscheidung für eine neue sozialistische Identität (Sönke Klages in spw 2/91) zu werten? War es nicht vielmehr so, daß der Reformismus des brandenburgisch-„undogmatischen“ Papiers mit seiner Definition der Linken, die für die „soziale Abfederung der wirtschaftlichen Anpassungsprozesse“ sorgt und „die sozialen Konflikte moderiert“, ein bißchen zu sehr weichgespült erschien? Die von vielen Delegierten befürchtete und von den lokalen Zeitungen intonierte Wende zu einem „Godesberg der Jusos in Potsdam“ sollte wohl wenigstens äußerlich vermieden werden. Von einem „Triumph der Linken“ (FAZ) läßt sich bei dem knappen Abstimmungsergebnis aber nur mit Mühe sprechen. Und Abstimmungssiege sind darüberhinaus noch lange nicht mit gesellschaftlichem Terraingewinn zu verwechseln.

Ingo Arend, Journalist und Politologe (Bonn), Redakteur der spw

Die knappen „Richtungs“-entscheidungen des Potsdamer Juso-Bundeskongresses haben die schwankende Identität der Jusos eigentlich nur besonders drastisch verdeutlicht. Die neue „undogmatische“ Mehrheit verkleidet ihre Strategie der reinen Machtsicherung in die vornehme Formulierung von der „konsequenten Erhöhung der Praxisfähigkeit“. Mit diesem Grundverständnis begibt sie sich mehr und mehr auf die schiefe Ebene des „Nur-Pragmatismus“, für die beispielhaft der Bundesvorsitzende Ludwig steht. Er steht für den Strauß bunter Luftballon-Versprechen nach dem Motto: Die Jusos als fröhlicher Verband junger Utopisten, die die berühmten „Alltagsprobleme“ der Menschen ernstnehmen. Dagegen kann man eigentlich nichts sagen, auch wenn es schwer nach dem anbietenden Wahlkampfkauderwelsch klingt. Bei Ludwig ist allerdings nicht ein einziges konkretes, langfristiges, auf die Grundprobleme und -aufgaben des Verbandes bezogenes Projekt zu erkennen.

Auf dieser Schiene kommt der Verband im Zusammenspiel mit dem kompromißlosen Antisozialismus mancher Ost-Jusos und den Rechtsauslegern des „Duisburger Kreises“ trotz der verbalen reformsozialistischen Linksbeteuerungen auf der einen Seite immer stärker nach rechts ins Rutschen. Zusätzlich „verschläft“ (FAZ) die Reformsozialistenriege angesichts der Rückkehr in die scheinbar bequemen Sessel der Macht eine wirklich strategische Neueinstellung des Verbandes. Die müßte vor allem darin bestehen, die Jusos als Faktor der gesamtlinken Erneuerungsdiskussion und als Widerpart zum Stromlinienzeitgeist der neuen Parteiführung stärker zur Geltung zu bringen. Provokant an der „provokativen Kraft“ ist eigentlich nur die mit geradezu kriminalistischer Energie betriebene Suche nach „dogmatischen“ Feinden („Stamokaps“) und die damit häufig legitimierte personelle und materielle Pfändwirtschaft der das ganze Ollenhauer-Haus durchziehenden „undogmatischen“ Seilschaft. Der marxistische bzw. linkssozial-

istische Flügel dagegen gaukelt sich mit dem Wunschbild eines „modernen, entwickelten und demokratischen Sozialismus“ eine Scheinidentität vor. Theoretisch und rhetorisch zwar anspruchsvoll formuliert, aber nur von einigen wenigen entwickelt, besteht die Programmatik dieses modernen Sozialismus bei genauerem Hinsehen aus nicht viel mehr als dem Wunsch nach einem neuen und besonders radikalen Sozialismusverständnis. Der beschlossene Antrag faßt den bislang ausgesprochen vorläufigen Minimalkonsens der marxistischen Linken zusammen - lauter wichtige, richtige Fragen und abstrakte, unverbindliche Antworten, auf hohem Niveau, aber sicher keine Grundsatzklärung.

Aus strömungstaktischen Profilierungsgründen wird das „Grundsatz“-papier, nach der Feuertaupe in dem hart erkämpften Abstimmungssieg über die Juso-Verbandsgrundsätze, nun zum Strömungscredo stilisiert. Damit entlastet sich die ProMS-Strömung von einer tiefergehenden Erneuerung, die nur im Gesamtzusammenhang der Linken in der Bundesrepublik möglich ist. Die notwendigen Fragen nach den Defiziten des bisherigen Mechanismus politischer Interessenartikulation, der Rekrutierung und Politikgestaltung werden in der Regel nur hinter vorgehaltener Hand gestellt. Und die Frage sei gestellt, ob durch die Grundsatzklärung der Strömung nicht eine etwas vorschnelle, fraglose Selbstidentifizierung als „marxistisch“ ermöglicht wird? Machen wir uns zu unserem eigenen Vorteil nichts vor: Ein funktionsfähiges oder gar effizientes ordnungspolitisches Modell des Sozialismus existiert jetzt und in absehbarer Zukunft nicht. Es wäre, mit Verlaub, merkwürdig wenn ausgerechnet jetzt die Jusos nun den Stein der Weisen in der linken Suche nach neuen theoretischen Grundlagen und politisch handhabbaren Perspektiven gefunden hätten. Die Grundsatzklärung ist ein bescheidener Anfang, allgemeine Desiderata zu formulieren, nicht mehr. Der Optimismus der neugegründeten „Juso-Linken“ für einen

ausstrahlungsfähigen Erneuerungskurs erscheint ein bißchen verfrüht.

Daß die „undogmatischen“ Jusos, wie sie behaupten, mit dem Papier leben können, verwundert nicht. Sie setzen unausgesprochen auf die bekannte Halbwertzeit von Juso-Resolutionen. Zudem kümmern sie die haarsträubenden theoretischen Inkohärenzen und personellen Inkompetenzen in den eigenen Reihen natürlich vergleichsweise weniger und werden jetzt erst einmal ordentlich Vorsitzenden-PR betreiben. Außerdem sind sie schon zufrieden, wenn ständig genügend Ökowerkstätten angeboten werden.

Ketzerisch sei angemerkt, daß bei den Jusos in Potsdam vor allem die vom großen Bonner Regierungshamsterrad abgeschaute symbolische Politik gesiegt hatte.

Über diese strömungsbezogenen Tendenzen wird das reformistische Dilemma der Grundsatzklärung und damit auch der „Juso-Linken“ verdeckt. Zwar heißt es in dem Papier, daß der „Kapitalismus auch in seiner parlamentarisch-demokratischen und unter dem Einfluß der ArbeiterInnenbewegung

sozialstaatlich gestalteten Ausprägung ... immer weniger eine Perspektive für die Zukunftsgestaltung“ biete. Andererseits wird von „Weiterentwicklung von Sozialstaatlichkeit“, mehr demokratischer Beteiligung und einem „neuen Reformprojekt“ gesprochen. Da fangen die Fragen aber eigentlich erst an. Wenn man Erneuerung nicht nur als taktisches Winkelspiel versteht, wären hier in einer offenen Debatte aller Strömungen die möglichen Reichweiten, Grenzen und Inhalte einer konsequenten, den Kapitalismus in eine neue demokratische Gesellschaftsqualität transformierenden Reformpolitik einmal wirklich gründlich auszuloten.

Ketzerisch sei angemerkt, daß bei den Jusos in Potsdam vor allem die vom großen Bonner Regierungshamsterrad abgeschaute symbolische Politik gesiegt hatte. Sie besteht in der hohen Kunst der je nach Strömung - entweder rhetorisch anspruchsvollen oder eher buntflockigen Formulierung von Luftblasenalternativen. Um die setzt dann alljährlich ein teures und aufwendiges Schattenboxen ein. Nach geschlagener Schlacht fällt dann in der Regel alles ermattet in die Sessel bis zum nächsten Bundeskongress zurück. Zwischendurch regieren eine Serie windiger Veranstaltungen, die ausstrahlungsfähige Aktivität vorspiegeln sollen, aber in der Regel nur vom eigenen Lager besucht werden, die wie kleine Familien aufeinander glücken, und der Ozean wortloser Pressemitteilungen den Bundesverband. Dazu brachten die Jusos das Kunststück fertig, die Trockenübungen in ihrem Raumschiff bruchlos in die krisengeschüttelten fünf neuen Bundesländer zu exportieren. Hätte nicht eigentlich hier - in Potsdam - der richtige Platz sein können, die in der Grundsatzklärung angesprochene Frage eines neuen Verhältnisses von Markt und gesellschaftlichen Steuerungselementen im Sinne einer Bändigung kapitalistischer Destruktivkräfte zu diskutieren? Vielleicht sogar mit den Betroffenen? Die vor der Haustür barbarisch „abgewickelten“ Realitäten und die Chancen einer konkreten Er-

neuerungsdebatte nahmen sie aber auch nicht ansatzweise wahr.

Das große Problem ist, daß die Erneuerungsdebatte in den Untiefen des profilneurotischen Strömungsdenkens Gefahr läuft, ihre notwendige Offenheit zu verlieren, daß sie vorschnell auf bestimmte Ergebnisse verengt wird, die dann nur noch nachgeplappert werden, daß allerlei Schlagworte Ergebnisse und politikfähige Konzepte bloß vortäuschen, hinter denen sich dann die Reihen wieder fest zu schließen haben, daß sie also zu einer bloßen Phantomdebatte degeneriert, die gar nicht radikal genug an die Wurzeln geht. Die neue Grundsatzklärung darf jetzt nicht wie ein Schutzschild vor sich hergetragen werden, sondern muß eine noch offenere und gründlichere Debatte ermöglichen. Die ist kein Privateigentum einer Strömung. Und über die Zukunft des Sozialismus entscheiden die Jusos nicht alleine. 1918 sprach Rosa Luxemburg in einer Kritik an Lenin davon, daß die „praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems“ eine Sache sei, „die völlig im Nebel der Zukunft“ liege. Es handle sich um „Neuland. Tausend Probleme“. Über die Zukunft der sozialistischen Neuorientierung der JUSOS entscheidet weder die modernisierte Fortführung des alten Schlendrians noch ein fix und fertiges Konzept über die Zukunft des Sozialismus. Sondern eine der Offenheit, dem Neuland und dem fundamentalen Umbruchcharakter unserer historischen Situation entsprechende geschärfte Diskursfähigkeit. Wenn sie theoretische und praktische Erneuerung wirklich ernst meinen, müssen beide großen Strömungen noch stärker aus ihrer selbstgezimmernten Wagenburg heraus, die Lagermentalität aufgeben und Fühlung mit der gesamten Linken und ihrer Erneuerungsdebatte aufnehmen.

Conny Gilges

GRUND- GESETZ- ÄNDERUNG - NEIN

"Aufgrund von zwei Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen, besitzt die Bundesrepublik Deutschland weder die moralische noch die politische Berechtigung zur Mitwirkung an militärischen Aktionen im Rahmen der UN. Auch das größer und souverän gewordene Deutschland ist daher zu mehr Zurückhaltung beim Auftrag seiner Streitkräfte verpflichtet als andere europäische Staaten. Die Aufgabe und besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der UN besteht darin, die nicht-militärischen Handlungen der Weltorganisation zu stärken und ausbauen zu helfen. Dabei muß vor allem das Konzept der kollektiven, gemeinsamen Sicherheit aktualisiert und konkretisiert werden und der Interessenausgleich zwischen Nord und Süd auf seine Wirksamkeit und Aktualität hin überprüft und gefördert werden. Die UN ist mit ihren bisherigen Strukturen nicht gegen den Mißbrauch durch Großmächte geschützt. Solange die Vereinten Nationen nicht durch eine grundle-

Conny Gilges MdB, Köln

gende Reform zu einem kollektiven System gemeinsamer Sicherheit geworden sind, gibt es keine Notwendigkeit für eine deutsche Beteiligung an UN-Friedenstruppen (Peace keeping operations). Die Aufgabe von Blauhelm-Einsätzen muß weiterhin von bündnisneutralen und kleineren Staaten wahrgenommen werden, die in Konfliktregionen keine Interessen haben. Mit der SPD wird es keine Veränderung des verfassungsmäßigen Auftrags der Streitkräfte geben, die die Beteiligung der Bundeswehr an weltweiten militärischen Aktionen eröffnet."

Rechtzeitig konnte diesmal die Linke Position zu der Frage beziehen, die wesentlicher Streitpunkt auf dem Bundesparteitag der SPD in Bremen Ende Mai sein wird. Am 2. März veröffentlichte der Arbeitskreis Frieden des „Frankfurter Kreises“ u.a. eine Antragspassage zur Beteiligung deutscher Soldaten an Maßnahmen der Vereinten Nationen (UN). Dieser Text bedarf in einigen Punkten der Erläuterung. Offensichtlich ist, daß auch die deutsche Sozialdemokratie dem „Platz-an-der-Sonne“-Syndrom zu unterliegen droht. Vergleichbar mit dem „Historikerstreit“ verbirgt sich hinter der Diskussion über die Beteiligung der Bundeswehr an Maßnahmen der UN ein besonderes Interesse. Mit dem Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen weltgemeinschaftlicher Aktivitäten kehrt Deutschland, nunmehr als europäische Wirtschaftsmacht, im Bewußtsein auch vieler Sozialdemokraten auf die Bühne der internationalen Politik zurück. Normalität soll durch diesen Akt einkehren, „historische Sünden“ werden durch gutes Betragen vergeben. Derartigen Versuchen ist zu widerstehen. Das „geeinte“ Deutschland, also die Summe der beiden Staaten, die unfähig waren zu trauern (Mitscherlich) und denen ein Anti-Faschismus verordnet werden mußte, bleibt einzigartig auch in Zukunft. Der Holocaust, das Leid und die Verwüstungen während der beiden Weltkriege, wird die Bundesrepublik Deutschland nicht loslassen

können, und diese Identifikation erfordert ein verantwortungsvolles Umgehen mit internationaler Politik. Gerade angesichts der osteuropäischen Regionalkonflikte stellt sich die Frage, ob deutsche Soldaten wirklich friedensstiftend wirken, konkret also gewalttätige Gruppen voneinander trennen können. Wird der Kroat, der Serbe, der Slowake oder der Armenier den deutschen Soldaten aufgrund des Blauhelms wertfrei betrachten?

Eine übergeordnete Frage schließt sich hier an. Wenn das kollektive Sicherheitssystem im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen das einzige Modell ist um den Weltfrieden zu sichern, müssen seine nicht-militärischen Mittel durchgreifender werden. So können Staaten, die die elementaren Prinzipien der UN-Charta verletzt haben, angesichts der immer komplexer werdenden ökonomischen und technologischen Verflechtungen wirksam durch wirtschaftliche Sanktionen zivilisiert werden.

Die Geschichte und die Folgen von Wirtschaftssanktionen sind unter humanen und liberalen Kriterien erfolgreicher als die Geschichte und die Ergebnisse kollektiver militärischer Maßnahmen. Die Legitimität derartiger friedlicher Praktiken könnte im übrigen nur durch eine Reform der Weltorganisation hergestellt werden, wozu vordringlich die Entmachtung der Mitglieder des Sicherheitsrates zählt. Die Sozialdemokratische Partei würde einen wichtigen Beitrag leisten, wenn es gelingen würde, das System der kollektiven Sicherheit funktionsfähig und demokratisch zu machen. Deshalb empfehle ich, beim in der Debatte umstrittenen, bei der Abstimmung dann aber mehrheitsfähigen Beschluß des Parteitag von Münster zu bleiben (der gerade drei Jahre alt ist):

"Selbst die Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Aktionen der Vereinten Nationen würde eine Ergänzung der Verfassung erfordern. Wir lehnen eine solche Beteiligung ab."

ARBEITSTAGUNG PROMS

Vom 19. bis 21. April trafen sich in Melle bei Osnabrück etwa dreißig Genossinnen und Genossen, um auf der Arbeitstagung des „Projekts Moderner Sozialismus“ ein „gemütlich-politisch-theoretisches“ Wochenende zu verbringen. Die Namen der eingeladenen Referenten versprachen intensive und kontroverse Debatten, die dann auch geführt wurden. Peter v. Oertzens' Einleitungsreferat zu Lage und Perspektive der SPD analysierte die Krise der Partei vor dem Hintergrund der grundlegenden Umbrüche der letzten Jahre („Impllosion“ des real-existierenden Sozialismus, Rolle der BRD in der Welt), ihrer verkrustenden Staatsfixierung, des „Sich-Überflüssig-Fühlens“ durch die Politik der Regierungskoalition und der ineffektiven Parteistruktur und -führung. Im Parteilieben schlägt sich das, überall erlebbar, in den Extremen entweder der Orientierungslosigkeit oder des hemmungslosen Opportunismus nieder. In der anschließenden Debatte wurde v.a. folgende Fragen thematisiert: Wie ist eine Demokratisierung der Partei möglich, wo haben radikale Positionen ihren Platz, gibt es Perspektiven für eine sozialistische Parteilinke. Letztendlich fehlte in der Diskussion eine halbwegs schlüssige Analyse der Sozialdemokratie - was ihre Krise ausmacht, welche Subjekte der Veränderung wie einzuschätzen sind und welche Bedeutung sie durch welches Handeln in der Gesellschaft erlangen kann. In seinem Referat „Internationaler Sozialismus nach dem Kalten Krieg“ entwickelte Detlev Albers aufgrund einer historischen Rückblende in die Geschichte der Linken seit 1917 ihre Perspektive. Für die Linke besteht das Problem v.a. darin, daß sie erstmalig in der Geschichte einem offensichtlich und eindeutig global vorherrschenden Kapitalismus gegenübersteht und daher eine Politik der „Totalalternative“, die sich nicht aus diesem System heraus entwickelt, obsolet ist. Die Frage nach den Mechanismen und Kriterien einer „vernünftigen“ Gesell-

schaft war das Leitthema von Karl Hermann Tjaden aus Kassel in seiner Einleitung zu: „Ökologische Planung? Politische Ökonomie der Stoffkreisläufe“. Er fordert ein ökonomisches Erfolgskriterium, das makroökonomisch regelt, daß gegebene gesellschaftliche Vermögen so eingesetzt werden, daß sowohl gesellschaftliche und individuelle Bedürfnisse optimal befriedigt werden als auch die Natur möglichst weitgehend wiederhergestellt wird. Will man zu einer „vernünftigen“ Ökonomie gelangen, muß man sich von der Wertorientierung der kapitalistischen Wirtschaftsweise lösen und zu einer „kreislaufförmigen“ Logik gelangen.

„Zivilgesellschaft - das Projekt der Demokratie“ leitete Klaus Dörre ein. Gramsci, der Theoretiker der Niederlage der Arbeiterbewegung, definierte Zivilgesellschaft als die Sphäre zwischen ökonomischer Basis und dem Staat, in der die Kämpfe um die Herstellung von Konsensen und die Vermittlung zwischen Staat und Individuen stattfindet. K. Dörre stellte klar, daß in seiner Gramsci-Interpretation die Zivilgesellschaft nicht nur aus Institutionen (Kirche, Gewerkschaften,...) und Medien, sondern auch aus dem Alltagsverstand und -bewußtsein der Menschen besteht. Damit ist Zivilgesellschaft keine rein funktionale, der politischen Machterstellung dienende Sphäre, aber genauso wenig ein bloß kreativer, spontaner, machtfreier Bereich. Umstritten blieb, ob die Debatte über die Zivilgesellschaft ein „Trendy-Thema“ ist, bei dem die Linke ihre politische Machtlosigkeit in eine zivilgesellschaftliche „Strategie“ umdefiniert oder ob die Konzeption der Zivilgesellschaft nicht heraushelfen kann aus der traditionellen Staatsfixiertheit. Am Ende dieses Wochenendes stand eine Bestandsaufnahme zur Perspektiventwicklung der spw und der sie umgebenden politischen Zusammenhänge. Tagungen wie diese sollen einmal jährlich stattfinden, um die Kommunikation zwischen den verschiedenen Generationen und politischen Zusammenhängen (Jusos, Gewerkschaften, Programmlinie ...) zu verbessern. Viel Arbeit steht bevor - ein solches Wochenende des gemeinsamen Diskutierens, Streitens und (Kennen-)Lernens machte Lust darauf.

Florence Guesnet, Wuppertal/Kelkheim

BEZIRKS- PARTEITAG SPD- MITTEL RHEIN

Am 4.5. wurde auf dem Bezirksparteitag der SPD Mittelrhein die Wissenschaftsministerin des Landes NRW, Anke Brunn, mit breiter Mehrheit als Bezirksvorsitzende bestätigt. Neben Klaus Heugel wurde der Europaabgeordnete Dieter Schinzel als neuer Stellvertreter gewählt. Insgesamt konnte die Parteilinke ihre Mehrheit im Vorstand weiter ausbauen. Mit der ehemaligen Juso-Bezirksvorsitzenden Gisela Becker wurde erneut eine Juso-Vertreterin in den Bezirksvorstand gewählt.

In der Antragsdebatte wurde der Parteitag von drei Themenbereichen bestimmt: der Frage Regierungssitz Bonn oder Berlin, SPD-Organisationspolitik im Hinblick auf den anstehenden Bundesparteitag und der Debatte um eine Grundgesetzänderung für den Einsatz bundesdeutscher „Blauhelme“. Nicht verwunderlich, daß sich der in der Bonn-Bad Godesberger Stadthalle Ende Bezirksparteitag bei drei Gegenstimmen für einen Regierungssitz Bonn aussprach. Organisationspolitisch sieht der Bezirk keine Notwendigkeit für eine programmatische Neuorientierung der SPD, sehr wohl aber für die Herausarbeitung eines klaren Profils, das sich an den Schwerpunkten Erhaltung des Friedens, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Sozialpolitik, gesellschaftliche Solidarität und aktiver Politik für Frauen festmachen läßt. Nach anderthalbstündiger Debatte nahm der Bezirksparteitag mit breiter Mehrheit einen Antrag an, in dem eine Grundgesetzänderung zugunsten des Einsatzes bundesdeutscher Blauhelme abgelehnt wird. Im Vordergrund der bundesdeutschen Debatte müsse nicht der Einsatz von Militärs stehen, sondern eine Veränderung der UNO, um dort demokratische Strukturen zu schaffen.

Fiete Saß, Köln

WAS PASSIERT MIT DEN „NEUEN“ RUHRFEST- SPIELEN?

EIN INTERVIEW MIT
HANSGÜNTHER HEYME

Im Frühjahr dieses Jahres finden zum 45. Mal die Ruhrfestspiele in Recklinghausen statt - in diesem Jahr erstmals mit neuem Namen und einer neuen künstlerischen Konzeption. Neuer Chef des „Europäischen Festivals“/Ruhrfestspiele Recklinghausen ist Hansgünther Heyme, bis Herbst 1992 noch Schauspielregisseur in Essen. In Heymes Händen liegt die alleinige künstlerische Gesamtverantwortung, seitdem sich im März 1990 die beiden Gesellschafter der Ruhrfestspiele, die Stadt Recklinghausen und der DGB, aus der künstlerischen Leitung zurückgezogen haben.

Beginnt nun dieses Jahr ein neues, ein „zeitgemäßeres“ Kapitel für die traditionellen „Kulturtage der Arbeit“?

spw: Die Nachricht, daß Sie Essen Ende 1992 verlassen und als Intendant nach Bremen wechseln wollen, kam für viele überraschend. Was passiert nun mit den „neuen“ Ruhrfestspielen?

H. Heyme: Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, und nicht nur eine Pflicht sondern auch eine große Lust, diese Ruhrfestspiele bis einschließlich 1993 mit aller Intensität und Kraft weiterzuleiten und zu einem guten Ergebnis zu führen. Die Ruhrfestspiele standen für mich keine Sekunde zur Debatte. Die Frage ist doch nur, wie man eventuell über 1993 hinaus eine Zusammenarbeit gestalten könnte. Aber das zu diskutieren, ist jetzt noch viel zu früh.

spw: Halten Sie die Institution „Ruhrfestspiele Recklinghausen“ heute eigentlich noch für sinnvoll?

H. Heyme: Ich halte die Ruhrfestspiele für äußerst wichtig. Es ist das einzige politische Festival in dieser - jetzt großen - Republik. Wenn es diesen theatralisch-politischen Ort nicht mehr gibt, dann sind wir um ein Entscheidendes ärmer. Die Ruhrfestspiele sind eine theaterpolitische Möglichkeit, mit Theater im europäischen Sinn umzugehen und für die Menschen in dieser Region und darüber hinaus zu wirken.

Ich halte es für unendlich wichtig, daß diese Ruhrfestspiele erhalten bleiben.

spw: Was ist für Sie in den Ruhrfestspielen - im Vergleich zu anderen Festspielen - das spezifisch Politische?

H. Heyme: Wir machen hier themenbezogene Festspiele und themenbezogenes Theater. Dieses Jahr ist das Thema „Reichsgründungen“, nächstes Jahr „Amerika“, 1993 „25 Jahre '68“. „Themenbezogenes Theater“ meint die spezifische Beschäftigung von Theaterleuten, Tänzern, Choreographen, Sängern usw. mit diesen Themen in Auftragsproduktionen oder durch besondere Einladungen.

spw: Ist es für Sie inhaltlich wichtig, daß die Gewerkschaften an den Ruhrfestspielen beteiligt sind?

H. Heyme: Natürlich ist das für mich wichtig. Andererseits haben sich die Gewerkschaften jetzt - auf eigenen Wunsch - aus der künstlerischen Verantwortung herausgelöst. Das halte ich auch für völlig richtig. Der gewerkschaftliche Gedanke: Kunst für die arbeitende Bevölkerung zu machen, muß hier auch weiterhin Platz haben und macht die Qualität des Auftrages der Ruhrfestspiele aus. Heute hat sich das allerdings etwas verändert. Heute geht es vor allem um Publikum - und das meint natürlich vor allem arbeitnehmendes Publikum. Unsere Gesellschaft besteht aber auch zu 95% aus Arbeitnehmern und nicht aus Arbeitgebern...

spw: ...und genau das ist dann auch bei fast jedem anderen Festival der Fall: Die Mehrheit sind Arbeitnehmer. Wo ist da der Unterschied zu anderen Festivals?

H. Heyme: Der präzise Unterschied besteht darin, daß wir versuchen, die Produktionen verstehbar, begreifbar, nah in ihrer Ästhetik und Wirkung, auf die Menschen zuzuschneiden, die bisher dem Theater fern standen. Es ist ein Werben um die Gruppe von Menschen, die bisher nichts oder viel zu wenig mit Kunst zu tun hatten. Insofern ist das auch ein spezifisch politischer Auftrag.

spw: Meinen Sie nicht, daß sich auch in der Gruppe der Menschen, die ehemals von Kunst und Bildung weitgehend ausgeschlossen waren, einiges verändert hat? Der Bildungsstand ist vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten gestiegen.

H. Heyme: Da bin ich völlig anderer Ansicht. Ich meine, daß der Bildungsstand unendlich viel geringer geworden ist und überhaupt nicht gestiegen ist. Der Umgang des Menschen mit sich selbst, mit dem anderen in dieser Gesellschaft ist von großen Schwierigkeiten und Dezimierung begleitet und wir befinden uns überhaupt nicht in einem bildungsfortschrittlichem Zustand. Unsere humanistische und Allgemeinbildung ist in einem Maße darniederliegend, wie es vor einigen Jahren noch nicht war.

spw: Aber man kann doch nicht sagen, daß heute noch alles so ist wie in den 50er Jahren. Gravierendste Benachteiligungen sind abgebaut worden.

H. Heyme: Es hat sich zwar etwas verändert, aber nicht unbedingt zum Guten hin. Auf die Kunst hin gesehen, hat sich gar nichts bewegt. Ich glaube, man muß in diesem Zusammenhang ganz deutlich den Unterschied von Kunst und Kultur betonen. Das sind zwei äußerst unterschiedliche Dinge. Was den zivilisatorischen Umgang mit den Dingen betrifft und auch ein Umdenken in vielen Bereichen, hat sich vielleicht schon einiges verändert. Aber was den Umgang des Menschen mit sich selbst, mit Ängsten, mit medialem Terror betrifft, sind wir nicht viel weiter.

spw: Und was wollen und was können die Ruhrfestspiele in solch einer Situation erreichen?

H. Heyme: Bei den Ruhrfestspielen geht es um das Kennenlernen höchster Kunstqualität in der Beschäftigung mit Themen, die Menschen bewegen. Durch dieses Kennenlernen werden vielleicht Menschen dazu gebracht, sich verstärkt mit Kunst zu beschäftigen. Die Kunst ist doch eine der großen Möglichkeiten, die diese Steuergelder,

diese Demokratien Menschen zur Verfügung stellen. Und es ergreifen viel zu wenig Menschen die Möglichkeit, sich durch Kunst mit sich selbst in ganz anderer Weise in dieser Gesellschaft zu finden und in Opposition zu dieser Gesellschaft verändern zu wollen. Dazu ist Kunst ja da. Und dazu wird Kunst viel zu wenig genutzt. Das liegt oft aber auch an der viel zu elitären Verpackung der Ästhetik und der Themen. Die Ruhrfestspiele sind der Versuch, auf eine verstehbare Weise auf ein dem Theater bisher fremdes Publikum zuzugehen.

spw: Begreifen Sie die Ruhrfestspiele als eine mögliche Form von Kulturpolitik?

H. Heyme: Kunst ist sowieso ein Teil von Politik. Ohne diesen Teil von Politik in dem Wort Kunst ist Kunst keine solche, sondern ein schlechtes Gewerbe. Bei den Ruhrfestspielen handelt es sich eher um einen kunstpolitischen Auftrag. Dabei geht es um das Begreifen von Kunst als lebensnotwendigem Partikel.

spw: Was waren Ihrer Meinung nach die größten Fehler der Ruhrfestspiele in den letzten Jahren?

H. Heyme: Was auch eingesehen wurde durch die Verpflichtung eines künstlerischen Gesamtleiters und das Herausnehmen aus der künstlerischen Verantwortung ist, daß die Gewerkschaften Kunst nicht beeinflussen dürfen, sollten oder auch können, denn dann ist es keine Kunst, sondern eine politische Meinungsäußerung in Kunst verpackt.

spw: Sie halten es also für falsch, daß versucht wurde, gewerkschaftliche Positionen in die Kunstproduktion bei den Ruhrfestspielen einzubringen?
H. Heyme: Ja, das halte ich für absolut falsch.

spw: Wäre aber nicht gerade das eine enge Verbindung von Politik und Kultur, wenn dabei auch die künstlerische Qualität nicht auf der Strecke bliebe?

H. Heyme: Ich meine, es war zu stark ein Spielfeld für theatrales

Tarifpolitik. Das halte ich erst einmal für keinen künstlerischen Vorgang. Ich glaube, daß nur die Kunst in der Lage ist, gesellschaftliche Probleme in einem tieferen und reicheren Maße als durch bloße tarifpolitische Positionen an die Menschen heranzubringen. Ich muß zu aktuellen Problemen oder Meinungen eine Kunstfassung schaffen, die das im tieferen Sinn formuliert als in völlig legitimen Forderungen.

spw: Warum soll Ihrer Meinung nach der DGB die Ruhrfestspiele finanziell weiterhin mittragen?

H. Heyme: Die Gewerkschaften haben viele Aufträge. Ein kleiner Teil der gewerkschaftlichen Arbeit ist auch die Bezuschussung von Kunst. Und das ist ja auch einer so riesigen Organisation in unserer Gesellschaft wohl abzuverlangen, das ein Kleinstpartikel dieses Geldes auch für Kunst zur Verfügung steht.

spw: Herr Heyme, wir danken Ihnen herzlich für dieses Gespräch und wünschen Ihnen einen erfolgreichen Verlauf der Festspiele.

**EUROPÄISCHE
FESTIVAL 1993
IN RECKLINGHAUSEN
1. MAI BIS 6. JULI.**

**Informationen und
Kartenvorbestellung
im „Haus der
Ruhrfestspiele“**

**Otto-Burmeister-Allee 1
4350 Recklinghausen
Tel.: 02361/25058**

Für die spw führte Heide Naderer das Gespräch. Heide Naderer ist Diplom-Politologin und promoviert in Hamburg über gewerkschaftliche Kulturpolitik.

„Marktwirtschaft und Sozialismus“, von J. Bischoff/
M. Menard, VSA-Verlag Hamburg 1990, 170 Seiten

SCHON WIEDER DER DRITTE WEG?



Für das Buch „Marktwirtschaft und Sozialismus - Der Dritte Weg“ haben Bischoff/Menard anspruchsvoll für Interesse und Auseinandersetzung geworben: Sie wollten „die historischen Fehler und Irrtümer, die Geschichte der „verpaßten“ Chancen der Oktoberrevolution“ dokumentieren. Es sollen „die immanenten Widersprüche des bürokratischen-autoritären Staatssozialismus und damit die Ursachen seines Scheiterns“ gezeigt werden und „daß Marktwirtschaft und Sozialismus kein Gegensatz sind, sondern ganz im Gegenteil zusammengehören“. Beide wollen erläutern, „wie eine moderne Sozialismus-Konzeption begründet werden kann“. Die Autoren wollten mit ihrer Veröffentlichung deshalb „aufräumen mit alten 'linken' Mythen.“ Was ist daraus geworden?

Im Rückblick auf das Jahr 1989 formulieren Menard/Bischoff ihre Auffassung von Sozialismus: „Sozialismus (...) ist die Organisation der gesellschaftlichen Prozesse im Dienste und zum Wohle der

Bevölkerung und nicht zugunsten der Privilegien einiger weniger. Individuelle Selbstverwirklichung für alle und die demokratische Gestaltung der Lebensverhältnisse setzen sowohl demokratisierte Wirtschaftsverhältnisse als auch eine internationale Arbeitsteilung und Wirtschaftsordnung voraus, die allen Ländern und Völkern die Chance auf eine eigenständige Entwicklung einräumt. Einzelunternehmen mit einer demokratisierten Betriebsverfassung (...) können über die Märkte in einem wirtschaftlichen Wettbewerb stehen; zudem kann eine gesellschaftliche Steuerung und Kontrolle über den Markt erfolgen.“ (S. 11) Und denjenigen, die sie wegen des Wortes Markt schelten wollen, sagen sie: „Die effiziente Marktwirtschaft und große Gebiete katastrophaler Unterentwicklung sowie kultureller Rückständigkeit sind zwei Seiten einer Medaille. Und auch innerhalb der kapitalistischen Metropolen geht Effizienz einher mit enormer Verschwendung und Vergeudung gesellschaftlicher und persönlicher

Ressourcen. Die Ausbildung von parasitären, entwicklungsfeindlichen Sozialstrukturen sind keineswegs ein Spezifikum der staatssozialistischen Gesellschaften.“ (S. 16) Soweit ganz gut. Auch die Überlegungen zu den Ursachen des Scheiterns des Sozialismus überzeugen: Der Sozialismus ist nach Menard/Bischoff gescheitert, weil die schöpferische Kraft der Gesellschaftsmitglieder an politische Instanzen abgegeben wurde bzw. abgegeben werden mußte. Weiterer, entscheidender Fehler war, das Staatseigentum schon als gesellschaftliches Eigentum zu qualifizieren. Die sozialistischen Staaten hätten mehr auf die unterschiedlichen Eigentumsformen und deren Vermittlung abzielen müssen. Die schöpferische Initiative, die starke Motivation breiter Bevölkerungsschichten zur Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme, wäre notwendig und auch möglich gewesen.

Aber trotzdem: So richtig ran ans Thema kommen Menard/Bischoff nie. Sie bringen zwar viele richtige Dinge zur Sprache. So sollen die Kooperation und die Arbeitsteilung als positive Elemente der gesellschaftlichen Produktion im Kapitalismus mit der Einführung der Eigentümerfunktion der Beschäftigten weiterentwickelt werden. Geschaffen werden sollen Beziehungen zwischen Arbeitskollektiven. Doch wo bleibt die Frage, wie diese positiven Errungenschaften der kapitalistischen Produktion im Sozialismus bewahrt werden können. Welche Probleme ergeben sich z.B., wenn eine zukünftige Gesellschaft die Eigentumsstrukturen an den Produktionsmitteln verändert. Wenn es kein Kapitaleigentum an den Produktionsmitteln mehr gibt, aber genossenschaftliches Eigentum, existiert zwar auf „unterer“ Ebene eine gemeinsame Arbeit, aber noch keine gesamtgesellschaftliche Arbeit. Frage: Soll das so bleiben? Oder gibt es Möglichkeiten der Weiterentwicklung? Oder: Wie findet die Vermittlung dieser

„unteren“ Ebenen statt? Welches sind die vermittelnden inhaltlichen Kategorien, die dieses neue Verhältnis der Menschen zu ihrer Arbeit und zu ihrem Eigentum ausdrücken sollen? Welche Folgen hat die Konkurrenz zwischen Arbeitskollektiven, denen zwar die Betriebe gehören, die aber mit qualitativ unterschiedlichen Ergebnissen in der Produktion auf den Markt kommen? Keine Antworten. Immerhin gibt es ein Bewußtsein darüber, daß gesellschaftliche Steuerung als vorherbestimmende Kontrolle notwendig ist, wo die Steuerung über den Gewinn versagt: In Bereichen, wo „Arbeiten im Interesse der gesamten Gesellschaft ausgeführt werden müssen, die in einzelbetrieblicher Perspektive aber keinen Gewinn bringen.“ Betriebliche Politik ist „von sich aus nicht zu einem pfleglichen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen in der Lage.“ Und: „Sie tendiert zur Destabilisierung internationaler Beziehungen.“ (S. 58) Der Konflikt zwischen Planung und Markt, der eigentlich keiner sein soll, bleibt somit weiterhin nebulös, da die gesellschaftlichen Bereiche der Reproduktion (Dienstleistungen, Erziehung, Umwelt) zwar geplant werden müssen, aber die Bereiche der Produktion nur indirekt in diese Planungen einbezogen werden sollen.

Wie soll dieser Widerspruch gelöst werden? Und weiter: Ist es nicht möglich, alles zu ermitteln, zu planen, was eine Gesellschaft an Bedürfnissen hat? Oder soll es nicht getan werden? Gibt es bei der Planung und Ermittlung der umfassenden gesellschaftlichen Bedürfnisse ein Problem mit dem Eigentum der Arbeitenden an den Produktionsmitteln? Wenn nicht - wieso gibt es dazu keine Aussagen? Läßt sich über umfassende gesellschaftliche Planung die Eigentümerfunktion der Arbeitenden stabilisieren - oder nicht? Sollen im Sozialismus die Bereiche der Produktion und Reproduktion überhaupt vorausschauend gesellschaftlich geplant werden oder nicht? Wenn der Markt nur eine Form der Verteilung der gesellschaftlich geplanten Bedürfnisse ist, müßte das doch möglich sein. Aber: Diese Fragestellungen finden sich leider nicht. Stattdessen folgt dann ein anderes, aber gutes Stück Arbeit: Die Darstellung über die „Neue Ökonomische Politik und

Perestroika“. Wer sich mal einlesen will in die Geschichte der UdSSR - hier gibt's kurz und knapp deutliche Worte. Und nebenbei auch einen Grundkurs in der Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus. Lob, Lob!

Im darauffolgenden Teil bemüht sich dann ein Autor/inn/enteam der „Sozialistischen Studiengruppen“ (SOST) darum, detailliert zu verdeutlichen, welche Zugänge es von Marx aus zu den Begriffen Markt, Ware, Kapital, Arbeit und Eigentum gibt. Es wird auch dargestellt, daß die Existenz von Waren und Märkten im Sozialismus ganz normal sei. Die selbst gestellte Frage beantwortet das Team aber nicht: „Wie ist der Zusammenhang von ökonomischer Formbestimmtheit, sozialen Beziehungen und Bewußtseinsformen im Produktionsprozeß des Kapitals beschaffen, in welchen Strukturen der Kapitalmystifikation resümiert sich dieser Zusammenhang und welche Bedingungen seiner Auflösung lassen sich angeben?“ (S. 102) Ja, welche - fragen Lesende - und hoffen auf innovative Überlegungen. Vergebens. Und hier wäre es spannend geworden. Hier wäre der Punkt gewesen, wo das Buch über eine Fleißarbeit zum Thema Warenproduktion und Sozialismus hätte hinauskommen können. Stattdessen ist die rückwärtsgewandte, aber immerhin umfassende Analyse des Problems zu finden, daß die Linke bisher zu sehr auf die Abschaffung der von Waren geprägten Beziehungen zwischen den Individuen geschaut hat. Sozialismus ist nicht gleichbedeutend mit der Abschaffung von Warenbeziehungen zwischen allen Menschen. Aber was ist daran neu - beim heutigen Diskussionsstand? Immerhin bietet das Autor/inn/enteam zumindest noch das schon von W. F. Haug in „Marktsozialismus? Vorfragen zum „ökonomischen Mechanismus“ (Argument 2/1990, S. 58) aufgeführte Zitat aus dem Kapital. Nämlich die Formulierung, daß die Zielperspektive der Aufhebung des Kapitalismus die Wiederherstellung individuellen Eigentums sei: „Aber die kapitalistische Produktionsweise erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wiederher, wohl aber das individuelle Eigentum auf der

Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel“ (MEW 23, S. 791). So bleibt das entscheidende Kapitel ein Kapitel gegen das Staatseigentum an Produktionsmitteln, ohne selbst überzeugende Antworten für die Bereiche der Produktion und Reproduktion der Gesellschaft der Zukunft zu entwerfen. Und dabei passiert noch ein fürchterlicher Fehler: Ein Zitat von ENGELS wird verkürzt und verfälscht wiedergegeben: So heißt es bei Menard/Bischoff: „Bereits Engels, der vielfach als Kronzeuge in dieser Frage aufgerufen wird, betonte. 'Das Staatseigentum ist nicht die Lösung des Konflikts'.“ Lesen wir in MEW 20, S. 260 nach, geht es bei Engels noch weiter mit den Worten: „aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.“ Frage: Was habt Ihr Euch dabei gedacht? Hoffentlich nichts.

Leider bietet das Buch somit insgesamt nicht die systematischen Zugänge, die eigentlich bei einer Abhandlung über Marktwirtschaft und Sozialismus hätten erwartet werden können.

Da reicht es auch nicht, im **Schlußwort** zu schreiben: „Eine Zivilgesellschaft, in der die freie Entfaltung eines jeden die Bedingungen für die freie Entfaltung aller ist, kann es nur auf Basis einer gesellschaftlich gesteuerten und kontrollierten Ökonomie geben, in der Effizienz und Innovation gleichermaßen respektiert sind wie die Ökonomie der Zeit und der gesellschaftliche Nutzen.“ (S. 157) Das Buch enthält nicht die selbstgeforderte „begründete Konzeption einer sozialistischen Gesellschaftsformation“. Und es erläutert nicht, wie die „perspektivische Politik der Transformation einer Gesellschaft“ (S. 96) angegangen werden soll.

Alles in allem:
Ein Buch für Leute, die beim Lesen keine Probleme mit der Ökonomie der Zeit haben und wissen wollen, was von den „Sozialistischen Studiengruppen“ (SOST) kommt.

Hans-Joachim Olczyk, Oldenburg

Barbara Grellmann

DAS „WEITER SO“ VON ROT-GRÜN IN FRANKFURT

Frankfurter SPD be

Heftiger Streit vor der Wahl zum OB-K

Ha Frankfurt - Nach einer zum Teil heftigen Parteitagsdiskussion hat der SPD-Unterbezirk Frankfurt den Rechts- und Wirtschaftsdezernenten Andreas von Schoeler am Sonntag als Kandidat für das Amt des Frankfurter Oberbürgermeisters bestätigt. Von Schoeler erhielt 219 der 290 abgegebenen Stimmen. 58 Delegierte sprachen sich gegen ihn aus. Damit ist der Weg

nen, die eine Koalition SPD bilden, hatten klärt, ihn mitwählen zu

Die Krise der Frank nach Volker Hauff brach beim zweitägigen Parteitag erneut auf. Für die SPD hatte eine Streikmission auf Druck von ein Personalpaket gegen beide Parteiflügel in

Die Frankfurter SPD hat die Krise. Nachdem sie bei Bundes- und Landtagswahl mit ca. 33% rund 6 Prozentpunkte unter den Durchschnitt abgerutscht war, geriet auch der rot-grüne Magistrat unter Volker Hauff ins Schussfeld. Doch selbst nach Hauffs' Rücktritt bleibt die inhaltliche Kurskorrektur aus. Stattdessen schafft sich der Magistrat einen eigenen Kungelkreis (Pferdestall-Kreis), der einen Entlastungsangriff auf die Partei und ihre gewachsenen Strukturen fährt. Dieser neue Kreis (die „marktliberale Rechte“, Frankfurter SPD-Sprachgebrauch), munitioniert mit öffentlichen und diskreten Erklärungen die Bildzeitung mit der Legende von den Königsmördern, die Hauffs' Rücktritt angeblich auf dem Gewissen hätten.

Da die Partei in der Öffentlichkeit immer als „vorbestraft“ gilt, geht die Legende zunächst durch. Oberste

Königsmörder: die „Viererbande“ aus SPD-Fraktionsvorsitzendem Dürr, Parteivorsitzender Breithaupt, Schatzmeister Gebhardt, Stadtverordnetem Christian Raabe und OB-Referent Heiner Halberstadt. Die sich selbst scherzhaft „Viererbande“ nennende Gourmet-Vereinigung von Weißweinfreunden, die eher harmlose Gesprächsthemen meist auch gemeinsam mit Hauff berieten, verkörpern mit einem Schlag den strangulierenden Herrschaftsanspruch der Partei gegenüber dem sensiblen Kennedy-Verschnitt Volker Hauff. Mit der Königsmörderlegende und der presseträchtigen Hetzjagd auf die „Viererbande“ geraten andere, eher politische Hintergründe noch mehr in den Hintergrund.

Das Frankfurter Stadtmagazin „Andere Zeitung“ sah schon im Februar das Ansinnen des rot-grünen Magistrats gescheitert, die SPD zum Verpackungs-

künstler für rot-grüne Rohrkrepiere in den Stadtteilen zu degradieren. Zum Beispiel der Schlachthof. Ein gerade eben neu gebauter Schlachthof soll abgerissen und an die Peripherie verlegt werden. An seiner Stelle sollen Wohnungen mit einem Mietpreis von 35,- DM je Quadratmeter entstehen, unerschwinglich für Frankfurter (besonders SPD-Wähler). Unbezahlbar aber auch für den Stadtkämmerer, wenn sie zumindest teilweise auf Sozialmieteniveau (ca. 8,- DM) heruntergeführt werden sollen. Das alte Vorurteil gegen den CDU-Magistrat, eine Hochglanzinnenstadt würde auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung in den Stadtteilen noch weiter aufpoliert, erhielt neue Nahrung durch Rot-Grün. Weitere spektakuläre Großprojekte im Innenstadtbereich sind geplant, während ambulante Pflegeeinrichtungen für ältere Bürger vor dem Konkurs stehen und Frankfurt soeben zur Notstandsmaßnahme der „Haushaltssperre -20%“ greifen mußte. Und ein weiteres Beispiel: die Südmole. Hier sollen gewerbliche Arbeitsplätze zerstört und durch überbezahlten Wohnraum ersetzt werden. Gegen den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften.

Viererbanden und Königsmörder

Die beiden Hauptströmungen der Frankfurter SPD, der „Niederkreis“ und die linke „KOKO“ (die sich allerdings beide der Parteilinken - Frankfurter Kreis - auf SPD-Bundesebene zurechnen), begraben ihre jahrzehntelangen Animositäten ob der Harakiri-Projekte des Planungsdezernenten M. Wentz, am eigenen Stammwähler-Ast noch weiter zu sägen. Gegen die Repräsentanten der beiden Kreise richtete sich also die in der Öffentlichkeit inszenierte Treibjagd auf die Hauff-Gegner, Viererbanden und Königsmörder. Ergebnis und Nutznießer: Der Nachfolger von Hauff hieß von Schoeler. Und der stellte noch Bedingungen. Hauff-Kritiker, Stammwähler-Fans und Querdenker gegen die City-Orientierung des M. Wentz dürften in

Zukunft keine verantwortlichen Positionen mehr in der Frankfurter SPD einnehmen. Dies war zunächst ein internes Verbot für den Vertreter des Nieder-Kreises, Fred Gebhardt („Die Visionen des demokratischen Sozialismus müssen auch in der Frankfurter Politik zu spüren sein“), der als Schatzmeister kandidieren wollte, und ein Kandidaturverbot für den KOKO-Vertreter Diether Dehm, der als Stellvertreter-Kandidat mehr als die Hälfte der Ortsvereine hinter sich hatte. Aus dem Negativ-Wunsch des OB-Kandidaten wurde eine Positiv-Empfehlung im Rechts-Links-Proporz von Frankfurt: die 67jährige Grete von Lösch als Kandidatin des Neuanfangs von Rechts sowie der Wentz'sche „Kompromißlinke“ Grumbach statt Dehm und Gebhardt.

Am Vorabend des Parteitags griff Hans-Jochen Vogel selbst zum Hörer, um Fred Gebhardt von der Kandidatur abzuhalten, Radio und Presse trommelten: Wenn Dehm und Gebhardt gewählt würden, stünde die Frankfurter SPD ohne OB-Kandidat dar. Dies bestätigte von Schoeler dann in den letzten Minuten vor dem Wahlgang in entsprechend drängendem Beisein von Ministerpräsident Eichel und Bezirksvorsitzender Wieczorek-Zeul. Gebhardt verzichtete ganz auf seine Kandidatur. Dehm kandidierte nur noch als Beisitzer und wurde mit den meisten Stimmen auf diesem Parteitag in den Vorstand gewählt. Kratzer hatten alle abbekommen. Aber die innerparteiliche Demokratie, das passive Wahlrecht wohl am meisten.

Soziale Kurskorrektur

Sieger hinter den Kulissen blieben Martin Wentz und seine Lieblingsprojekte, für die er - laut Rundschau-Interview - bereit ist, auch Wahlen zu verlieren: Südmole und Osthafen-Zerstörung, Schlachthof-Verlegung usw. Ob die Frankfurter SPD sich aus ihrem Tief erholt, hängt aber genau von der Korrektur dieser ungeliebten Großprojekte ab. Bei den übergroßen

sozialen Notständen helfen auch nicht einzelne Erfolge, wie z.B. ein paar mehr Kindergartenplätze und das preiswerte Umweltticket für den öffentlichen Personennahverkehr. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslosen geht nicht zurück. Die Verteuerung von Wohnraum nimmt weiter rasant zu - und das auch mit städtischer Planung! So soll für 160.000 hochbezahlte Dienstleister neuer Büroraum in der Innenstadt erschlossen werden, der weitere Pendler in die Stadt ziehen und weiter zur Wohnraumverdrängung beitragen wird. So verschärft sich der Verkehrsinfarkt besonders im Frankfurter Osten von Tag zu Tag mehr, nehmen Jugendkriminalität und Bandenbildung im Frankfurter Westen in fatalem Ausmaß zu. BürgerInnen haben dabei den Eindruck, ihr Bedürfnis nach Heimat und Geborgenheit stößt bei einigen Rot-Grün-Politikern auf aufgeklärte Kältherzigkeit. Und selbst der Kämmerer spricht im vertrauten Kreise von seinen Zweifeln, ob die hochverschuldete Stadt die dringend nötigen Sozialinvestitionen demnächst überhaupt noch vornehmen kann.

Die Ziele, von denen Volker Hauff in seiner Antrittsrede sprach: Rot-Grün werde sich dafür stark machen, daß „das Wachstum für die Menschen in der Stadt nicht zur Bedrohung wird“, „daß die Entmischung von Arbeit, Wohnen und Freizeit“ (vor allem die Umkehrung der Logik Wohnraumverdrängung durch Bürobauten in der Stadt) aufgehoben wird, daß der „Bau von Wohnungen mindestens so wichtig wird wie der Bau von Bürohäusern“, daß es in der Umweltpolitik zu einer „tiefgreifenden Wende“ kommt und daß „die Schattenseiten in dieser reichen Metropole, Obdachlose und Langzeitarbeitslose, Thema der Stadtpolitik werden“, droht zur Makulatur zu werden. Peter Bartelsheimer formuliert dies in der „Anderen Zeitung“ so: „Die Stadt will doch letztlich wieder nur das Alte: In der Standortkonkurrenz setzt sie auf das, was sie schon hat: ihre Bedeutung als Banken-

und Börsenplatz, als Flughafen und Hauptquartier-Standort. Damit verdrängt sie alle anderen Nutzungen, die sie gleichfalls will.“

Die Quittung der beiden vergangenen Wahlgänge, in den SPD-Hochburgen stark verloren, übergroße Mengen an Nichtwählern und übergroße Mengen an Rechtsextremen freigesetzt zu haben, hat die Zuspitzung des innerparteilichen Konflikts bewirkt. Der Kasseler Wahlsoziologe Eike Hennig und der Wiesbadener Meinungs- und Sozialforscher Konrad Schacht kommen gemeinsam zu dem Ergebnis, daß sich die Menschen in den Stadtteilen, die an der Peripherie der Innenstadt liegen, „sozial abgehängt“ fühlen. Wenn Magistrat, Partei und Fraktion sich nicht diesen grundlegenden Fragen stellen und stattdessen nur darauf hoffen, mit ein paar neuen Köpfen und einer geschickten Befriedungs- und Ausgrenzungspolitik von oben, innerhalb der Partei „Querdenker“ zum Schweigen zu bringen, dann sehen die Perspektiven für die Kommunalwahl 1993 und damit auch darüber hinaus für das Land Hessen eher düster aus. Auch die Parteioberen müssen sich fragen lassen, wie sie nun, nach der vorübergehenden Ruhigstellung der Parteibasis, zur sozialen Kurskorrektur der Partei beitragen wollen. Ist doch dieser Disput nicht nur ein Frankfurter Streitthema, sondern rührt als „Modernisierungsdebatte“ die gesamte Partei, vorläufig vorwiegend in ihren Großstadtformationen. Ohne schonungslose Kurskorrektur (und mit dem bloßen Hoffen auf Kohl) dürfte ein Projekt Rot-Grün jedenfalls nicht über die Runden zu bringen sein.

Andreas Wehr

Die Ursachen liegen tiefer

Zur Diskussion der Wahlniederlage in Berlin



Bild: Ralf Schmitz

Am 2. Dezember 1990 wurde in Berlin nicht nur die bisher am längsten amtierende rot-grüne Koalition auf Landesebene abgewählt, beendet wurde auch die durch die beiden sozialdemokratischen Bürgermeister Momper und Schwierzina so werbewirksam dargestellte Hegemonie sozialdemokratischer Politik in der sich vereinigenden Hauptstadt.

Die SPD erlitt vor allem in Westberlin schwere Stimmenverluste. Gegenüber der Wahl von 1985 zum Abgeordnetenhaus in Berlin-West, wo sie 37,4% erreichte, erzielte sie jetzt nur noch 29,5%, und damit 7,8 Prozentpunkte weniger. In Ostberlin erreichte sie 32,1%, und damit 1,9 Prozentpunkte weniger als bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung im Mai 1990, als sie 34% erzielte. Die herbe Niederlage im Westteil war in erster Linie auf deutliche Verluste unter sozialdemokratischen Stammwählern in den traditionellen Hochburgen der Partei zurückzuführen. So fiel der sozialdemokratische Stimmenanteil im Wedding von 44,9% auf 31,5%, in Spandau von 44,8% auf

32,9%, in Neukölln von 38,3% auf 28,4% und in Reinickendorf von 39,9% auf 28,5%.

Im Unterschied zu solchen „süddeutschen Ergebnissen“ in den Wohngebieten der Arbeiter, kleinen Angestellten und Beamten verlor die Partei nur leicht in den sogenannten bürgerlichen Gebieten, in Wilmersdorf, Zehlendorf, Steglitz und in Teilen von Charlottenburg. Zwar wechselten auch hier zahlreiche Wähler zur CDU, durch den Rückgewinn von Stimmen aus dem Lager der Grünen gab es in diesen Stadtteilen jedoch keinen katastrophalen Absturz.

Im Ergebnis dieser beiden gegenläufigen Trends gleichen sich die traditionell so unterschiedlichen Resultate der Berliner SPD im westberliner Stadtgebiet langsam an. Doch anders als erhofft schließen nicht die bürgerlichen Wohngebiete zu den alten Hochburgen im Wedding und in Kreuzberg auf, die Novellierung findet vielmehr andersherum statt: Die SPD wurde stadtweit zu einer 30%-Partei.

Die Zahlen sprechen eine ernüchternde Sprache: Geht man alleine vom Wähler-Verhalten im Westteil der Stadt aus, kann man die CDU schon fast eine Arbeiterpartei nennen; selbst unter den

geschrumpften Republikanern ist der Anteil der „kleinen Leute“ höher als bei uns Sozialdemokraten.

Wäre die Situation nicht so dramatisch, man könnte leichthin spotten, die Partei ist am Ende ihres in Godesberg eingeschlagenen Weges angekommen: Sie ist Volkspartei im Sinne von „Allerweltpartei“, d.h. von aller Welt wählbar oder - in diesem Zusammenhang wohl naheliegender - nicht wählbar. Den Ludergeruch der Arbeiterpartei ist man jedenfalls endgültig los. In der Tat entspricht die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft fast exakt der gesamtgesellschaftlichen Gliederung; keine Gruppe ist mehr überproportional vertreten.

Die CDU hat umgekehrt durch ihren Zuwachs von traditionellen sozialdemokratischen Wählern eine hegemoniale Stellung errungen. Ist es ihr doch gelungen, auch ihre klassische Wählerklientel zu halten bzw. von den REPs zurückzugewinnen. Ändert sich daran nichts, so droht die Berliner SPD in eine dauerhafte Defensivstellung zu geraten. Das verheerende Wahlergebnis erzwingt förmlich eine Diskussion über die soziale Verankerung der SPD unter ihren traditionellen Wählern und über die weitere Ausrichtung sozialdemokratischer Politik in der Stadt. Anders als bei früheren Wahlniederlagen findet denn auch zum ersten Mal eine innerparteiliche Auseinandersetzung über den weiteren Weg statt.

Es ist sicher kein Zufall, daß es dabei so manche Parallelen zu den jüngsten Kontroversen in der Frankfurter SPD gibt. Auch in Berlin zeigt sich ein großer Abstand zwischen Partei und Gewerkschaften. Als bezeichnend für diese Distanz kann die Stellungnahme der neugewählten Berliner DGB-Vorsitzenden Christiane Bretz gewertet werden: „Dabei zeigt das Wahlergebnis mit ernüchternder Deutlichkeit: die SPD hat die Arbeitnehmer als Wähler weitgehend verloren. Die Politik der rot-grünen Koalition lief ganz offensichtlich weitgehend an den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Stadt vorbei. Der DGB Landesbezirk Berlin hat darauf nicht nur einmal hingewiesen. Einzelne Gewerkschaften haben ebenfalls mehrfach deutlich gemacht, daß eine Politik, die sich einsei-

tig an den interpretierten Interessen der 'neuen Mittelschichten' orientiert und die traditionellen Arbeitnehmergruppen weitgehend ignoriert, Gefahr läuft, die Mehrheit zu verlieren.“ (aus: Pflege ideologischer Lustgärten, Christiane Bretz und Klaus Pankau antworten der SPD-Linken, in: Berliner Stimme vom 9. März 1991)

Diese Bewertung von knapp zwei Jahren rot-grüner Senatsarbeit zeugt von nur geringer Kenntnis der tatsächlichen Erfolge der Senatsarbeit gerade für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Stadt, die Kritik verbleibt vielmehr auf der Erscheinungsebene. Das „zurück zu den Wurzeln“ der Organisationen der traditionellen Arbeiterbewegung wird unheilvoll mit der rechten Kritik an rot-grünen Bündnissen vermengt. Die innerparteiliche Diskussion scheint auf dem Kopf zu stehen: Nicht die Jusos und die Parteilinke fordern die stärkere Berücksichtigung der sozialen Frage, der Ruf danach kommt vielmehr aus der Ecke der Volksparteiapologeten. Die Parteilinke droht, in Verteidigungsstellung verharrend gegenüber den Angriffen auf die neuen sozialdemokratischen Inhalte und auf das rot-grüne Bündnis, in die Defensive zu geraten: Sie überläßt es anderen, darüber nachzudenken, wie die Lohnabhängigen wieder stärker für die Sozialdemokratie interessiert werden könnten.

Neun Thesen

Eine zur Diskussion herausfordernde Antwort der Parteilinken sollte dabei von folgenden Thesen ausgehen:

1. Der Stimmenrückgang der Berliner SPD unter ihren Stammwählern ist keineswegs alleine das Ergebnis einer verfehlten Politik der vergangenen zwei Jahre oder etwa eine Reaktion auf die Bildung der rot-grünen Koalition. Die Abwanderung zu konservativen Parteien bzw. in die Wahlenthaltung ist vielmehr bereits in den siebziger Jahren zu beobachten. 1981 gehen schließlich die großen Neubaugebiete am Stadtrand verloren, wird die CDU stärkste Partei in Neukölln, Reinickendorf und Spandau. 1985 kommt es schließlich zum dramatischen

Absturz auf 32,4%. Erst der Unmut über die Amtsführung des konservativen Senats und die Spaltung des rechten Lagers mit dem Aufstieg der Republikaner gestatten der SPD die Rückkehr in die Stadtregierung. Das Wahlergebnis vom 2. Dezember knüpft dann wieder an dem Trend des kontinuierlichen Abstiegs an.

2. Das Problem der sich lockernden Bindung traditioneller Wähler an die Partei ist kein Berliner Problem allein, es macht vielmehr den Genossinnen und Genossen in nahezu allen Großstädten zu schaffen. In den Flächenstaaten können diese Verluste teilweise noch durch das Einebnen von CDU-Hochburgen (Gewinn ländlicher und katholischer Wähler) ausgeglichen werden. Inzwischen hat der Erosionsprozeß in den Großstädten auch die als uneinnehmbar geltenden Ruhrgebietsstädte erfaßt. Bereits bei den Landtagswahlen im Mai 1990 gab es hier durchgängig Verluste, bei der Bundestagswahl sind sie noch höher ausgefallen.

3. Nachdem bereits in den fünfziger Jahren die klassische Subkultur der Arbeiterbewegung abstarb, sich in den sechziger und siebziger Jahren schrittweise die Funktionärs- und auch Mitgliederstruktur entproletarisierte, erreicht dieser Prozeß mit dem jetzt nicht mehr festgelegten Wählerverhalten nun auch die Zitadelle der repräsentativen Demokratie. Gerade diejenigen, die die Partei für bürgerliche Wähler immer öffnen wollten, sind zum Umdenken gezwungen. Die Leugnung der Existenz von Klassen hatte sie ja nicht gehindert, daran zu glauben, daß Arbeiter fast naturgesetzlich nur sozialdemokratisch wählen können, wenigstens in ihrer Mehrheit.

Übrigens scheint die neugegründete Sozialdemokratie in der früheren DDR bereits als entproletarisierte Partei zu beginnen. Dort, wo sie sich eigenständig artikuliert, gleicht sie eher den neuen Bürgerbewegungen als einer klassischen Arbeiterpartei.

4. Es lockern sich nicht nur die Bindungen großer Teile der Lohnabhängigen zur SPD, auch

Verlag Westfälisches Dampfboot

Eimar Altwater Die Zukunft des Marktes

Ein Essay über die politische Ökonomie der Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden Sozialismus'. ca. 300 S., ca. DM 34,00 ISBN 3-924550-46-4

Geoff Eley Wilhelminismus Nationalismus, Faschismus

Zur historischen Kontinuität in Deutschland ca. 320 S., DM 62,00 ISBN 3-924550-47-2

Hermann Bruch mit Kommunismus

Über autobiografische Schriften von Ex-Kommunisten in geteilten Deutschland ca. 325 S., DM 39,00 ISBN 3-924550-48-0

Logie Barrow, Dorothea Schmidt, Jutta Schwarzkopf (Hg.)

Nichts als Unterdrückung

Geschlecht und Klasse in der englischen Sozialgeschichte ca. 290 S., ca. DM 45,00 ISBN 3-924550-51-4

Gesamtverzeichnis beim Verlag: 4400 Münster - Achtermannstr. 10 - 0251/626268

Sozialismus

Marxistische
Monatszeitschrift

Es schreiben 1990 u.a.

Uta Apendrohn, Louis At-
rasser, Manfred Baden,
Pietro Bardegha, Karin
Benz-Ovenage, Theodor
Bergmann, Heinz Ber-
baum, Joachim Bischoff,
Manfred Bobke v. Camen,
Andre Briel, Michael Briel,
Karl Burgmaier, Alexander
Buzgan, Jochen Cerny,
Hansgeorg Conert, Frank
Debbe, Richard Detje, Horst
Detzel, Irene Dörring, Eber-
hard Fernmann, Peter
Götz, Mona Gorbatschow,
Bryan Gould, Gregor Gys,
Stuart Hall, Heinrich Har-
ven, Ingeborg Herold, Peter
Hess, Eric Hoospawm, Has-
ko Hüning, Pietro Ingrao,
Mechtild Jansen, Chris-
toch Jetter, Hans Jung,
Robert Katzenstein, Sabine
Keck, Sonja Kemnitz, Dieter
Kien, Arno Köhler, Lorenz
Knorr, Otto König, Uta Krie-
ter, Jürgen Kuczyński, Wal-
ter Kuhn, Steffen Lehndorff,

Andre Lejewitz, Gerd Löödda, Christa Lüft,
Ulrich Meitsch, Heinz-Rudolf Meißner, Michael
Menard, Hans Modrow, Manuel Vasquez Mon-
talan, Manfred Muster, Lothar Nott, Hildegard
Maria Nöcker, Alexander Ort, Lothar Peter, Klaus
Pöckhaus, Alfredo Rabin, Rossana Rossan-
da, Peter Rubin, Bernhard Sander, Helmut
Schauer, Peter Scherer, Eduardo Schewardnadse,
Josef Schiefstein, Horst Schmittner,
Werner Seppmann, Otto Singer, Theo Steeg-
mann, Bruno Trentin, Mario Tronti, Hilde Wag-
ner, Helmut Warke, Michael Wendt, Jochen
Wierding, Alexander Wögel, Karl-Georg Zinn

Einzelheft: DM 7,50, Jahresabo: DM 75,-
Probenheft: USA Verlag, Postfach 50157,
W-2000 Hamburg 50

die Gewerkschaften sind längst in die-
sen Strudel geraten. Es ist ein zentraler
Irrtum von Christiane Bretz und Klaus
Pankau, wenn sie glauben, diese Pro-
bleme nur bei der SPD erkennen zu
müssen. Trotz immer noch hoher
Mitgliederzahlen betrachten die weit-
aus meisten Gewerkschafter ihre Orga-
nisation lediglich als soziales
Dienstleistungsunternehmen, das auch
ohne ihr Zutun zu funktionieren hat.
Selbst in aktiven Gewerkschaftskreisen
ist von einer um sich greifenden „ADAC-
Mentalität“ die Rede.

Wo einzelne Gruppen noch aktiv sind -
etwa in der politischen Bildungsarbeit
oder in der Gewerkschaftsjugend - sind
es nicht selten die Themen der so ge-
nannten neuen sozialen Bewegungen
(Ökologie, Frieden, Gleichstellung von
Frauen u.ä.), die aufgegriffen werden.
Es ist daher nicht damit getan, wenn sich
Sozialdemokratie und Gewerkschaften
wechselseitig Versagen vorwerfen.
Weiterreichende Lösungen können nur
gemeinsam entwickelt werden.

5. Auf der Suche nach Ersatz für die
sich auflösenden sozialen Bin-
dungen zu einem wichtigen Teil
ihrer angestammten Wählerschaft nahm
die Partei Zuflucht zu einer popu-
listischen, oft landsmannschaftlich ge-
färbten Orientierung. Sie ist damit -
verbunden mit einer Zuspitzung der
Wahlkämpfe auf „große Persönlichkei-
ten“ - in NRW („Wir in...“) und im
Saarland auf's erste erfolgreich gewe-
sen. Die krachledernde blauweiße
Sozialdemokratie in Bayern blieb hin-
gegen nur peinlich.

Der Versuch eines Teils der Enkel-
generation - unter der Führung von
Lafontaine - Ende der achtziger Jahre,
aus der Not eine Tugend zu machen,
und mit dem Postulat des „Endes der
Arbeitsgesellschaft“ die soziale Frage
selbst aus dem Zentrum der
sozialdemokratischen Politik zu nehmen,
wurde abgebrochen. Angesichts der
enormen sozialen Probleme im Zusam-
menhang mit dem Vereinigungsprozeß
verlor diese Position erst einmal ihre
Anziehungskraft. Lafontaine selbst stell-
te sich nach einer rasanten Kehrtwende
an die Spitze derer, die die Um-
verteilungsfrage für sich wiederentdeckt
haben.

6. Die politische Linke ist gegenwärtig
wohl noch in der Lage, graverende
Mängel der kapitalistischen
Wirtschafts- und Gesellschafts-
ordnung zu benennen (z.B. die
ökologische Katastrophe, Massen-
arbeitslosigkeit, Verelendung der 3. Welt,
Benachteiligung von Frauen, Verkehrs-
chaos in den Großstädten, um nur einige
Stichworte zu nennen), sie besitzt
aber nur sehr undeutliche Vorstellungen
über das soziale Subjekt, das zum Träger
einer neuen Reformpolitik werden
könnte.

Parallel zu dem Anwachsen der absolu-
ten Zahl der Lohnabhängigen hat die
Sphäre der materiellen Produktion, der
Betrieb, seine ehemals zentrale Rolle als
wichtigster Ort des sozialen Widerstan-
des verloren. Jenseits der Arbeit ist ein
„Reich der Nichtarbeit“ entstanden, ohne
daß jedoch etwa zugleich das Ende der
Arbeitsgesellschaft gekommen wäre.
Man spricht bereits vom „Kapitalismus
ohne Klassen“ (Ulrich Beck).

7. Die traditionelle sozialdemo-
kratische Ansprache des einzel-
nen, gerichtet auf seine soziale
Stellung im Betrieb, reicht heute nicht
einmal mehr für die Wahlmobilisierung
aus. Für den einzelnen sind Habitus und
kulturelle Lebensform oft wichtiger als
seine soziale Stellung. Die abhängig
Beschäftigten definieren sich selbst als
Angehörige unterschiedlichster Lebens-
welten. Man ist „in erster Linie“ Hedonist,
Umweltfreak, Punk, Ted, Marlboro-Typ,
Vereinigungsverlierer, Schwuler, Lesbe,
Mutter, Familienvater, Feministin, Durch-
schnittsbürger, Aussteiger, mitunter auch
nur Mantafahrer oder schlicht Deutscher,
nur nicht Lohnabhängiger, dann schon
eher „Prolet“ - im negativen Sinne aller-
dings. All diese hier nur beispielhaft
genannten Haltungen treten selten in
reiner Form auf, sie gehen fließend
ineinander über, meist sind mehrere von
ihnen widerspruchsvoll in einer Person
vereinigt. Natürlich wechseln die Men-
schen im Laufe ihres Lebens ihre kultu-
rellen Einstellungen. An Sprache, Mode,
Konsum und Bildungsverhalten erkennt
man ihre jeweilige Haltung.

So differenziert sich das Bild auf der
Erscheinungsebene auch darstellt, es
bleibt den Bestimmungen der kapitalisti-
schen Gesellschaftsordnung verhaftet.

Vor allem die unterschiedlichen
Bildungschancen und die sehr ungleich
verteilten materiellen Möglichkeiten, ein
selbstbestimmtes Leben gestalten zu
können, strukturieren und trennen die
unterschiedlichen Kulturen.

8. Populistische oder gar lands-
mannschaftliche Orientierungen
können auf Dauer ebensowenig
wie die bürgerliche Fixierung auf „gro-
ße Persönlichkeiten“ Ersatz für strategi-
sches Handeln sein. Will die Sozial-
demokratie sich nicht selbst aufgeben,
werden im Zentrum ihres strategischen
Handelns die soziale Frage und damit
letztlich die Machtverhältnisse zu stehen
haben. Allerdings wird dies in einer sehr
anderen Form geschehen als etwa noch
in den fünfziger Jahren. Ein Zurück hinter
Godesberg kann es in diesem Sinne
nicht geben. Wir werden uns vielmehr
auf die Ausdifferenzierung der Lohn-
arbeit, auf die Entstehung einer Sphäre
immaterieller Produktion, auf das „Reich
der Nichtarbeit“, so einzulassen haben,
daß wir in der Lage sind, die verborgen
inneren Zusammenhänge der ver-
schiedensten kulturellen Haltungen offen-
zulegen und ihre Abhängigkeiten von
den gesellschaftlichen Strukturen im ent-
wickelten Kapitalismus darzustellen. Nur
dann lassen sich mehrheitsfähige Reform-
bündnisse zusammenbringen.

9. Gefordert ist das sich Einmischen
in die Herausbildung kultureller
Identitäten, mit dem Aufstellen
richtiger Programme ist es noch lange
nicht getan. Die Fähigkeit, Bündnisse
herzustellen, besteht im Ansprechen ver-
allgemeinerbarer Haltungen und An-
sichten. Für eine Partei, die gesell-
schaftlichen Fortschritt erreichen will,
stehen dabei natürlich Wünsche nach
Emanzipation, nach Teilnahme am ge-
sellschaftlichen Leben, nach Sicherung
der materiellen Existenz, nach einer
befriedigenden beruflichen Tätigkeit,
nach einem besseren Leben schlechthin,
im Mittelpunkt. Und solche Bedürfnisse
finden sich überall. Sie finden nur ge-
genwärtig so schwer zusammen!

Die Kulturen der Linken sind sich einan-
der fremder als vergleichsweise die der
Rechten. So hatte es die CDU bei der
Berliner Abgeordnetenhauswahl ge-
schafft, sowohl die kleine Rentnerin als

auch den mit ihrer Wohnung Spekulie-
renden, sowohl den Bauarbeiter als
auch den von seiner Arbeit Lebenden,
fast widerspruchsfrei in ihre Wähler-
schaft zu integrieren. Ganz anders auf
der Linken: Hier stehen sich die Lebens-
weisen oft unversöhnlich gegenüber.
Der ökologisch orientierte Radfahrer
verachtet den arbeitslosen Mantafahrer,
die von Sozialhilfe lebende Rentnerin
will mit den „emanzipierten Weibern“
im Senat nichts zu tun haben, der
frühinvaliden Busfahrer will sich nicht von
Akademikern regieren lassen. Jeder
kennt diese Beispiele, es lassen sich
noch viele ähnliche aufzählen. Die Tra-
gik der rot-grünen Koalition bestand
auch darin, daß sich diese Lebens-
haltungen nicht alleine nur fremd, son-
dern oft genug auch noch feindlich
gegenüberstanden.

Nun haben nicht wenige Sozialdemo-
kraten aus diesem Dilemma den Schluß
gezogen, daß die Partei Verständnis
und Platz für fast jede Haltung - und sei
sie noch so dümmlich - bieten müsse.
Darum geht es aber ebensowenig wie
um die vorherige Austreibung aller
Vorurteile. Entscheidend ist, daß wir
den kulturellen Zugang zu den unter-
schiedlichsten Menschen mit Themen
finden, die sie gleichermaßen interes-
sieren. Eine nachvollziehbare staatliche
Beschäftigungspolitik, ein realisierbares
Konzept einer wirksamen Mietpreis-
begrenzung, eine umfassende Steuer-
reform und die gesellschaftliche Siche-
rung der Kindererziehung könnten sol-
che Themen sein. Es handelt sich um
Reformvorschläge, die das Bedürfnis
nach materieller Sicherung als Voraus-
setzung des entwickelten Individuums
und entsprechenden privaten Lebens-
formen ansprechen. Erst solche Siche-
rungen schaffen die Voraussetzungen
für größere Selbständigkeiten sowohl
im Arbeitsleben als auch im „Reich der
Nichtarbeit“.

Abwicklung Neu"ordnung" des Bildungssystems in den neuen Bundesländern

Ein Interview mit Brigitte Speth, MdL-NRW, SPD



spw: Der Umbau der Schulsystems in den FNL ist zur Zeit in vollem Gange; es gibt je nachdem Vorschaltgesetze, Entwürfe für eben solche und bereits Referentenentwürfe für Schulgesetze. Wie ist insgesamt der Stand der Umwandlung?

Speth: Es gibt in keinem der neuen Länder eine Gesetzgebung, es gibt nur Entwürfe. Diese sind schon von der Terminologie her grundsätzlich unterschiedlich und vom Ansatz her natürlich

ebenfalls. Wenn man z.B. Sachsen und Brandenburg gegenüberstellt, dann gibt es im sächsischen Entwurf überhaupt keine Gesamtschulen, in Brandenburg ist sie drin, dort waren im Referentenentwurf übrigens zunächst nur die Gesamtschule und das Gymnasium vorgesehen. Nun gibt es dort ja die Ampelkoalition und die FDP hat gefordert, die Realschule reinzunehmen und sich damit durchgesetzt ...

spw: ... und damit die Gesamtschule zur Ersatzhauptschule gemacht.

Speth: Ja, wobei ich immer sage, daß es darauf ankommt, wo dann die Gesamtschule steht. Heißt es Realschule, Gesamtschule, Gymnasium, oder heißt es Gesamtschule, Realschule, Gymnasium? Daß die Gesamtschule die Ersatzhauptschulfunktion übernimmt, könnte damit möglich sein.

In Sachsen haben wir eine CDU-Bildungsministerin aber einen SPD-Staatssekretär, Wolfgang Nowack, und der hat in der Presse erklärt, die Gesamtschule westlicher Prägung sei überholt. Er sieht als Alternative die Zweigliedrigkeit in Form von Gymnasium und Realschule, wobei die Realschule nach der sechsten Klasse aufgeteilt werden soll, in a) einen sog. Zweig mit beruflicher Bildung und b) einen sog. Sprachlichen Zweig. Folgerichtig haben wir auch hier eine im System angelegte Dreigliedrigkeit.

Dagegen wehrt sich interessanterweise der Verband Erziehung und Bildung hier in NRW; er findet den Ansatz der Zweigliedrigkeit gut, lehnt aber die Aufgliederung der Realschule bzw. „Mittelschule“ in zwei Zweige als falsch ab, weil es das alte System der Realschule und Hauptschule widerspiegelt. Das sind die Trends der Entwicklung. Daneben gibt es allerdings auch in Sachsen eine sehr starke Gesamtschulbewegung von unten. Viele Eltern wollen Gesamtschulen. So haben sich in Brandenburg und Sachsen viele Gesamtschulinitiativen gegründet und auch Anträge auf die Umwandlung von POS oder EOS in Gesamtschulen gestellt. Ob diese allerdings genehmigt werden, steht völlig in den Sternen.

spw: Ist diese doch recht schwache Position der Gesamtschule v.a. zu erklären durch die auch in anderen Bereichen zu beobachtende undifferenzierte Ablehnung aller Strukturen des alten Staates, oder liegen hier die Ursachen noch woanders?

Speth: Hauptgrund ist sicher, daß alles, was aus der DDR kommt - und zwar vom Joghurt bis zu Schulsystem - als schlecht gilt. Dazu zählt v.a. das Einheitsschulsystem mit seiner Kommandopädagogik. An letzterem Vorwurf ist ja in der Tat viel dran. Hinzu kommt, daß nach der Wende Verbände wie der Philologenverband als auch die CDU hingegangen sind und unser Schulsystem als das

einzig Wahre angepriesen haben. Dies trafsich mit dem Wunsch der Eltern nach hochwertigen Abschlüssen für ihre Kinder, und das ist nunmal das Abitur, und mit dem Abitur wird v.a. das Gymnasium assoziiert, weil von der Gesamtschule zu wenig bekannt ist und zudem von den genannten Verbänden die Gesamtschule als Einheitsschule diskreditiert wird.

spw: Woher kommt denn dann diese Gesamtschulbewegung von unten?

Speth: In der Ex-DDR gab und gibt es eine Reihe von sehr ernstzunehmenden BildungspolitikerInnen und Eltern, die von vornherein gesagt haben, die Struktur, die wir haben, ist gar nicht so falsch, wenn man sich pädagogisch anders orientiert. Dann könnten wir eigentlich die Struktur so lassen, weil sie Chancengleichheit für alle eröffnet. Einer der Vertreter dieser Position ist der jetzige Landtagspräsident von Brandenburg, Knoblich, der immer für eine Orientierung Brandenburgs auf die Gesamtschule gekämpft hat. Außerdem haben sie sich natürlich auch Unterstützung aus den alten Ländern geholt. Kontakte existieren u.a. zur GGG, die vor allem in Sachsen und Brandenburg arbeitet, aber auch in den drei anderen Ländern über Landesverbände verfügt, und v.a. versucht, die Elterninitiativen von unten zu stützen.

Ich behaupte, daß diese Initiativen eine realistische und gute Chance haben, Gesamtschule in den neuen Ländern durchzusetzen.

spw: Dies setzt natürlich handlungsfähige Strukturen von bildungspolitisch fortschrittlichen Verbänden wie GGG, GEW und auch AfB voraus. Sind diese denn überhaupt im dafür notwendigen Maße vorhanden?

Speth: Sowohl GGG wie GEW und AfB verfügen in allen neuen Ländern über Landesverbände. Aber dies ist natürlich nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist die Frage nach der Zahl der Mitglieder und Aktiven. Hier kann ich keine Zahlen nennen, und wenn, dann wären sie genauso spekulativ wie vor einiger Zeit bei den Mitgliederzahlen der SPD, die man ja auch hoffnungslos überschätzt hat. Die Unterstützung der Strukturen von unten ist das eigentliche Problem.

spw: Zur Zeit werden die wesentlichen

Entscheidungen über Schulgesetzgebung und Schulstruktur getroffen und damit wird der Einfluß der genannten Verbände jetzt am dringendsten benötigt.

Speth: Wir haben ja auch immer gesagt, daß das alles zu schnell geht. Die neue Freiheit für die Menschen in der Ex-DDR bedeutet auch, daß sie lernen müssen, was Demokratie eigentlich heißt. Das ist bekanntlich keine einfache Sache, und hat v.a. damit zu tun, selbst Verantwortung zu übernehmen, in Diskussionsprozesse einzugreifen und aus diesen heraus Entscheidungen zu treffen. Selbst Entscheidungen zu treffen heißt, nicht alles schlicht von uns zu übernehmen. Ein eigener Weg braucht Zeit. Gleichzeitig haben aber bestimmte Verbände und Organisationen die neuen Länder überrollt. Dadurch besteht die Gefahr, die Entwicklung der eigenen Identität zu verhindern. Für mich gibt es keine schnelle Lösung des Problems.

spw: Es gibt in den FNL drei Linien, die gemeinsame Schnittpunkte aufweisen. Nämlich a) die existierenden - mit Ausnahme Brandenburgs - konservativen politischen Mehrheiten; damit eine starke konservative Hegemonie; b) die Suche vieler Eltern nach hochwertigen Qualifikationen für ihre Kinder sowie ein gewisses Beharrungsvermögen bezüglich alter Strukturen; und c) alte Strukturen, auf deren prinzipiellen Ideen und Ansätzen sich aus unserer Sicht aufbauen ließe, wie z.B. gemeinsame Unterrichtung aller SchülerInnen bis zur zehnten Klasse, Polytechnischer Unterricht sowie auch Ausbildungsgänge wie „Berufsausbildung mit Abitur“. Die Frage ist nun, wo es dort Zugriffsmöglichkeiten für eine progressive Bildungspolitik gibt, um z.B. Positives zu erhalten oder neue Dinge auszuprobieren.?

Speth: Ich fange mal bei den Strukturen an. Die Struktur des Systems mit POS und EOS hat neben dem Aspekt der Integration noch eine weitere Dimension: in der Ex-DDR sind erstens die Städte und Gemeinden wesentlich kleiner als bei uns, und zweitens handelt es sich vor allem bei den POS in erster Linie um ein- bis zweizügige und damit sehr kleine Schulen, die allerdings überall vorhanden sind. Dadurch ist eine sehr große Ortsnähe gewährleistet. Wollte man überall in den neuen Ländern eine Dreigliedrigkeit - wie auch immer - praktizieren, kommt man mit diesen System-

größen überhaupt nicht zurecht. Damit stellt sich ein Problem, das für mich ein möglicher Hebel ist: nämlich das finanzpolitische Problem. Um eine Dreigliedrigkeit ernsthaft in finanzierbaren Größen aufzubauen, kommst Du sofort zur Frage nach der notwendigen Größe einer Schule. Unser politischer Ansatz muß deshalb sein, mit unseren Fraktionen diese Finanzierungsfrage in den neuen Ländern immer wieder auf den Punkt zu bringen; in der Hoffnung, daß sich dann am Ende die Vernunft durchsetzt.

Der andere Hebel ist der schon angesprochene Weg von unten. Du mußt die Elterninitiativen organisatorisch und inhaltlich stärken, die integrierte Schulen im Interesse der Chancengleichheit fordern.

Dann gibt's noch einen dritten Hebel, der allerdings wesentlich schwieriger zu nutzen ist. Wenn man sich die Anträge, die von POS und EOS auf Umwandlung in Gymnasium gestellt werden, anschaut, erkennt man bei der Durchsicht der Beschreibung des geplanten Konzepts der Schule, daß die Vorstellungen vom Gymnasium eine Spannweite aufweisen von der Integrierten Gesamtschule mit Team-Kleingruppen-Modell bis hin zum alten Typengymnasium. Daraus folgt, daß die Vorstellungen von unserem Schulsystem völlig falsch sind. Der Gedanke, über Information etwas zu bewegen liegt also nahe. Da liegen auch die Möglichkeiten für SPD, GGG und GEW.

spw: Der Aspekt der Gemeindegroße ist ja auch hier aus den alten Ländern nicht unbekannt, wo auch konservativ regierte Flächengemeinden das Prinzip der Ortsnähe dem der Dreigliedrigkeit vorangestellt haben.

Speth: Dies hängt in der Tat oft nicht von den politischen Mehrheiten ab. Und wenn die neuen Länder mit einer Schulentwicklungsplanung beginnen, dann kommen sie auch schnell zu dieser Konsequenz.

spw: Die von Dir genannten Anträge von Elterninitiativen auf Umwandlung von POS oder EOS in Gesamtschule sind ja an sich gut und schön, aber nur dann realistisch, wenn eine Schulgesetzgebung vorliegt, die überhaupt Raum für Gesamtschulen bietet. Wenn keine Gesamtschulen im Gesetz vorgesehen sind, können solche Anträge auch

nicht genehmigt werden. Deshalb können doch solche Initiativen die fehlende Steuerung von unserer Seite aus bezüglich der Gesetzgebungsverfahren in keiner Weise kompensieren.

Speth: Richtig, aber so eine Situation kennen wir auch aus den alten Bundesländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Wir können dieses Problem in der Tat nicht lösen, wenn die Gesetzgebung einer Gesamtschule entgegensteht. In Sachsen kann man der SPD-Fraktion eigentlich nur empfehlen, die Gesamtschule ins Gesetz reinzubringen. Meinetwegen auch als Versuchsschule, damit überhaupt Gesamtschulen genehmigt werden können. Das hört sich jetzt zwar sehr kompromißmäßig an, aber wenn Du den Hebel Gesamtschule nicht hast, dann ist es möglicherweise für Jahre vorbei.

spw: Welchen Stellenwert haben denn z.B. Varianten wie sechsjährige Grundschulen?

Speth: Das ist das Modell West-Berlin. Ich wage keine Prognose, denn es ist ja noch so viel in der Diskussion, z.B. die fünfjährige Grundschule. Aber die Gefahr bei verlängerten Grundschulen ist natürlich, daß Du die Orientierungsstufe in den weiterführenden Schulen verlierst. Ich könnte mir vorstellen, daß es letztlich doch auf die vierjährige Grundschule hinausläuft, mit den „Ausreißern“ Berlin und Brandenburg.

spw: Im Zusammenhang mit möglichen Ausstrahlungen des Umbaus der Schule in den FNL stellt sich ja immer wieder die Frage nach dem Thema Schulzeitverkürzung. Im Prinzip die Gleichung: „FNL plus Europäische Einigung gleich Zwölf Jahre“ als Vehikel für z.T. ganz anders motivierte konservative Konzepte der Elitebildung. Wie stellt sich hierzu die AFB?

Speth: Die Debatte um die Verkürzung der Schulzeit findet überall statt. Wir haben z.B. im Landtag NW auf Antrag der CDU im Juli eine Anhörung zum achtjährigen Gymnasium. Interessant an diesem Thema ist allein schon, daß sich diese Debatte v.a. auf das Gymnasium bezieht. Wo gekürzt werden soll, ist natürlich noch nicht klar, aber ich sage voraus, daß der Trend zur Kürzung in der Sekundarstufe I stattfinden wird, und das würde bedeuten, daß wir ein Gymnasium haben, das fünf Jahre in der SEK

I hat, und zwei andere Schulformen (die Gesamtschule nehme ich mal aus), die sechs Jahre haben. Damit sind die Übergänge zum Gymnasium unmöglich gemacht oder zumindest erheblich erschwert. Woran man aber sieht, daß die Diskussion um eine Verkürzung der Bildungszeit sich von seiten der CDU vor allem auf die Schaffung einer neuen Elite im Gymnasium bezieht.

Wir werden diese Diskussion führen müssen, und zwar offensiv. Die AFB auf Bundesebene hat hierzu bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um bis Ende des Jahres die Grundlage für eine Position zu erarbeiten. Wobei wir gesagt haben, daß man die Diskussion um eine Verkürzung der Schulzeit nur führen kann, wenn wir bestimmte Bedingungen setzen: 1. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems darf unter gar keinen Umständen zerstört werden. 2. Es darf nicht zu Lasten der SchülerInnen gehen. Keine Komprimierung des Stoffes auf Teufel komm raus, nur um ein Jahr zu streichen. 3. Es darf nicht sein, daß neben dem normalen Durchgang durch die Schule eine Art elitärer verkürzter Zug entsteht. Dies sind unbedingte Grundbedingungen.

Totschlagsargument aus den alten Ländern ist ja immer die vermeintlich kürzere Ausbildung in den anderen EG-Staaten. Wenn man die EG aber analysiert, dann stimmt das nicht: 1. Es gibt völlig unterschiedliche Modelle; 2. Die allgemeine Hochschulreife, die hier nach dreizehn Jahren vergeben wird, wird in manchen europäischen Ländern zwar nach zwölf Jahren vergeben, aber die Leute müssen dann, um tatsächlich die allgemeine Zugangsberechtigung zu haben, Zusatzprüfungen machen, Auflagen erfüllen, etc. Ich bin gespannt, was bei unserer Diskussion in der AFB herauskommt. Ich gehe davon aus, daß die AFB eine Entscheidung fällen wird gegen eine Schulzeitverkürzung

spw: Die AFB hat also noch keine endgültige Position?

Speth: Nein, wir haben diese Expertengruppe, und Ende des Jahres werden wir der Öffentlichkeit unsere Position vorstellen. Ich habe immer gesagt, daß wir nicht den anderen nachlaufen, wir müssen unsere eigene Position definieren. Sollte es wirklich so sein, daß es Freiräume in der schulischen Ausbildung gibt, muß daraus nicht gleich die Forderung nach der Verkürzung von

Schulzeit resultieren. Sondern diese Freiräume könnten ja anders genutzt werden.

Wichtig ist, die Diskussion um Bildungszeitverkürzung mit einer Diskussion um Inhalte von Schule zu verbinden. Bereiche wie soziales Miteinander, Projekte, allgemeines soziales Lernen, wie Inhalte, die z.Z. zu wenig in der Schule behandelt werden, siehe hier auch Stichwort Mädchenbildung, spielen dabei eine Rolle. Eine Menge von Punkten, die für die SchülerInnen wichtig sind, und für die etwaige freie Zeit genutzt werden könnte.

spw: Hinzu kommt noch, daß z.B. bei uns Jusos wenig Bereitschaft existiert, einer wie auch immer gearteten Verkürzung der lange erkämpften eigenständigen Jugendphase zuzustimmen.

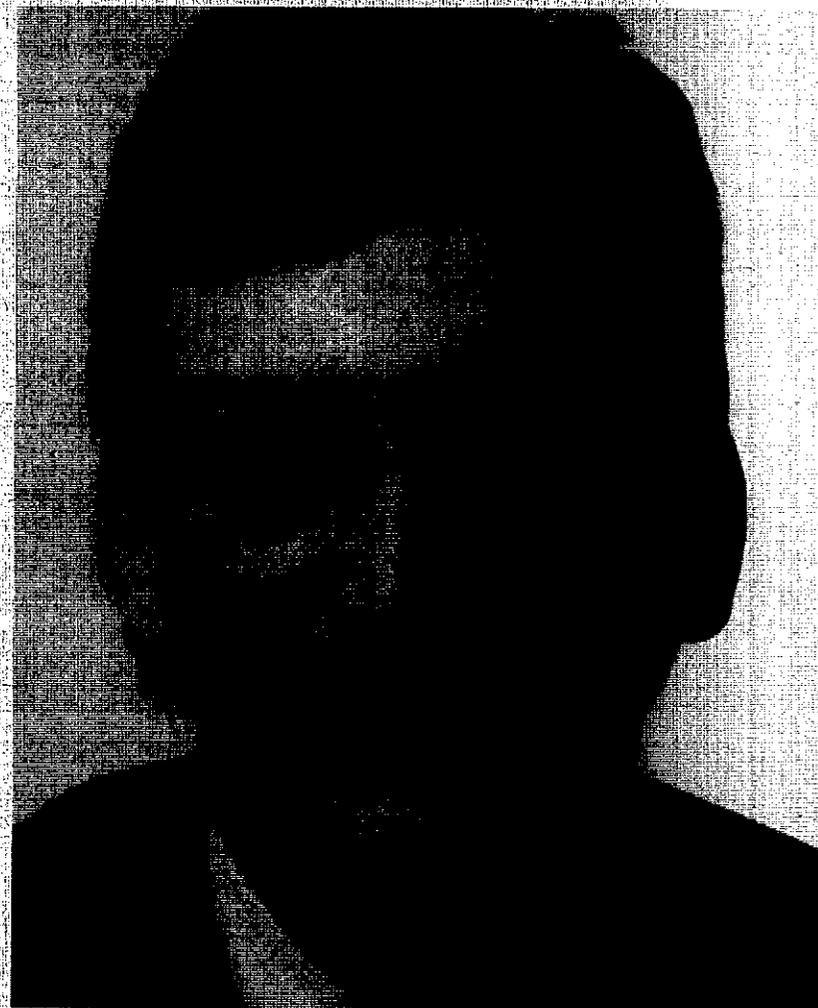
Speth: Sehe ich genauso. Darüberhinaus gestalten Jugendliche ihre Freizeit heute wesentlich individueller als noch vor zehn Jahren, und dafür brauchen sie Zeit, genauso wie zur Entwicklung demokratischer Grundorientierungen. Außerdem geht der Trend heute verstärkt zur Ganztagschule, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Aus der Sicht der SchülerInnen ist es v.a. auch so, daß es immer mehr Einzelkinder gibt, daß immer mehr Ein-Eltern-Familien existieren und daß immer öfter beide Eltern berufstätig sind. Konfliktlösungen, die früher in Familie oder Nachbarschaft (und auch die verliert angesichts der höheren Mobilität von Jugendlichen immer mehr an Bedeutung) stattfanden, finden dort überhaupt nicht mehr statt und werden folgerichtig in die Schule verlagert. Dafür brauchst Du einfach mehr außerunterrichtliche Zeit in der Schule. Und dies widerspricht allen Überlegungen zur Schulzeitverkürzung.

spw: Brigitte, wir danken Dir für dieses Gespräch.

Für spw führten das Gespräch Jadranka Thiel und Cor Leendertse

PROF. DR. MICHAEL DAXNER

THESEN FÜR EINE ZWEITE HOCHSCHULREFORM



Politische Perspektiven oder, wie im folgenden Text gefordert, Visionen für eine neue Hochschulreform zu entwickeln, gehört nicht gerade zum sozialdemokratischen Alltagsgeschäft. Die offizielle sozialdemokratische Wissenschaftspolitik ist mit der Verwaltung oder gar der Rücknahme der eigenen, früheren reformpolitischen Ansprüche beschäftigt, die studentischen Gruppen und Interessenvertretungen sind in ritualisierten Abwehrkämpfen und organisatorischer Lethargie befangen.

Eine Arbeitsgruppe der SPD Mittelrhein versuchte im vergangenen Jahr einen bescheidenen Ausbruch

aus dieser Situation. Es entstanden „Thesen für eine zweite Hochschulreform“, die im Oktober 1990 auf einer Fachtagung vorgestellt und diskutiert wurden. Prof. Dr. Michael Daxner, Rektor der Universität Oldenburg, setzte sich in einem Referat auf dieser Tagung nicht nur mit diesem Papier und mit der örtlichen SPD-Bezirksvorsitzenden Anke Brunn, die in NRW Wissenschaftsministerin ist, auseinander, sondern entwickelte auch eine Reihe eigener Vorschläge für Hochschulreform jenseits der eingefahrenen konservativen und linken Diskurse. Wir dokumentieren sein Referat in einer für die Veröffentlichung leicht gekürzten Fassung.

Pläne wurden niedergeschrieben, Komitees versammelten sich; uralte Einrichtungen wurden beim Namen genannt, als existierten sie noch, Gutachten kursierten zwischen den Instanzen, ohne jemals gelesen zu werden, kurz gesagt: hinter hohen Opernkulissen wirkte eisern die gleiche unsichtbare, zentralistische Hand wie auf so vielen anderen gesellschaftspolitischen Gebieten, hier jedoch mit größerer Konsequenz, mit einer grandioseren Diskrepanz zwischen Wort und Wirklichkeit, zwischen der Konnotation der Wörter und ihrer Denotation, zwischen Sinn und Bedeutung als auf irgendeinem anderen sozialpolitischen Sektor.

Glücklich versank ich in einer Welt, in der es keine Universitätsreformen gab, in der kein Vertrauen enttäuscht werden konnte: warme Dunkelheit und die goldenen Wellen des Madrigals: Dunkelheit, Wehmut und die goldene Schlinge eines Haars.

Ich erklärte, daß meine Erfahrungen mit kontinuierlicher, langfristiger Planung begrenzt seien, und das ich gerade deshalb den eben vorgetragenen, hervorragenden Ausführungen mit großem Gewinn gelauscht hätte. Ich wies auf die Gefahr hin, die in jeder prognostischen Tätigkeit liegt: daß die Prognose nämlich, all ihrem Anspruch auf empirischen Unterbau und auf größtmögliche Objektivität zum Trotz, in Wirklichkeit zu etwas anderem, etwas Subjektivem werde, zu einem Instrument in der Hand der beschlußfassenden Behörden. Die möglichen Folgen: mangelnder Realismus, eine Kluft zwischen Wirklichkeit und Plan, zwischen dem Begriffsapparat der Prognosen und der historischen Entwicklung, stellten eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar.

Auf einen Punkt wollte ich die Aufmerksamkeit ganz besonders lenken: im Kanzleramt beschäftige man sich in außerordentlich großem Umfang mit der Einrichtung, beziehungsweise Abschaffung von Planstellen an den Hochschulen. Wesentlicher als diese Planstellen seien aber vielmehr die Funktionen, die diese Planstellen erfüllen sollten. Kein Plan könne letztlich von der Frage absehen, welches die vornehmlichsten Aufgaben einer Universität seien, das heißt, von der Frage, was Wissen ist und welche Aufgabe es in einer lebendigen Gesellschaft hat."

Wir sollten das - als solidarische Kritik - dem Autor abnehmen, denn es ist eine Kritik an einer ganz speziellen sozialdemokratischen Haltung, anders, als die Konservativen immer gesagt haben, die meinten, die Wissenschaft sei nicht demokratisierbar. Ein solcher Satz ist objektiv unsinnig. Die Konservativen sagten, die Wissenschaft sei diesen Argumenten nicht zugänglich. Dieser Satz ist objektiv unsinnig, weil die Wissenschaft die Argumente überhaupt erst formulieren kann, die man ja nicht aus Alltagsverständnis machen kann. Aber das Entscheidende ist, daß die Segmentierung der Wissenschaft nicht zuletzt durch die Studienreformkommissionen der genuinen Vorstellung der

Sozialdemokratie entsprach, man könne solche Reformen über den Staat festschreiben. Man ist damals - wirklich sozialliberal - nicht davon ausgegangen, daß es jemals andere Regierungsmehrheiten geben könnte, die dieses Instrument perfekt bis zur Zerstörung wissenschaftlicher Diskursformen und Kommunikationskulturen ausnutzen würden.

Antizyklische Wissenschaftsförderung

Insofern finde ich höchst fatal, daß in Ihrem Papier darauf nicht eingegangen wird. Das ist auch ein objektiver Widerspruch zu der späteren These, daß Wissenschaft nicht die romantische Vorstellung der sogenannten Nischenforschung pflegen sollte, daß also dort, wo es nicht ohnehin einen Markt gibt, die Wissenschaft gefördert werden müsse.

ICH HALTE ES FÜR EINEN SKANDAL, DIE NICHT BEWEISBARE VERBINDUNG ZU ARBEITSPLÄTZEN IN DER WELTRAUMFORSCHUNG UND DEN BEREITS WIDERLEGTEN SPIN OFF FÜR TECHNOLOGISCH SINNVOLLE NEUERUNGEN UNTER „WISSENSCHAFTSPOLITIK“ ZU VERKAUFEN.

Ich kann z.B. nicht verstehen, warum in Fächern wie Betriebswirtschaft oder Informatik noch entgegen jeder ökonomischen Vernunft unentwegt zyklische Förderung

passiert. Informatik oder Betriebswirtschaft sind ja nicht schlecht, aber die fördern sich von alleine, da ist der Markt da. Aber wir werden eines der Länder sein, wo die Hälfte der wissenschaftlichen Archive in den nächsten 20 Jahren nicht mehr benutzbar sein werden, weil wir keine ausgebildeten ArchivarInnen mehr haben, die mit diesen Archiven umgehen können. (Damit meine ich stellvertretend fast alle Geistes-, Kultur- und qualitativen Sozialwissenschaften.) Man muß sich vorstellen, daß die ganze Kulturleistung von Jahrzehnten zum Teil wirklich nicht mehr bearbeitbar ist, geschweige denn der ganze Bereich der Alltagskultur. Ich finde es richtig, daß es das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen gibt. Und es ist gut, daß Nordrhein-Westfalen nach Berlin so etwas gemacht hat, aber das ist viel zu wenig. Das heißt auch, daß wir eine ganze Menge von Spezialistinnen und Spezialisten brauchen, die ihren Markt noch nicht haben, und die Öffentlichkeit, die Gesellschaft, muß sagen, daß ihr das viel wert ist.

Das sind keine hinausgeschmissenen Gelder, und mit einiger wissenschaftlicher Autorität sage ich, daß bloß 10% dessen, was völlig sinnlos und ohne spin off in die Weltraumforschung hineingepulvert wird, völlig ausreichen würde, um aus diesem Land auf der Ebene von Hochschulen wieder eine Kulturnation zu machen. Ich halte es für einen Skandal, die nicht beweisbare Verbindung zu Arbeitsplätzen in der Weltraumforschung und den bereits widerlegten spin off für technologisch sinnvolle Neuerungen unter „Wissenschaftspolitik“ zu verkaufen. Es ist noch nicht einmal Rüstungs- und Industrieförderung, denn eine anständige Rüstungsindustrie braucht vielmehr die theoretischen Ergebnisse der Universitäten als das, was in der Weltraumforschung gemacht wird. Das ist das letzte Aufblakern einer Nationalitäten-Wissenschaftspolitik, die um die Jahrhundertwende in Deutschland schon einmal unter dem Begriff „Weltgeltung“ zu einer völligen Fehlorientierung der Wissenschaftspolitik geführt hat. Wer meint, er könne einen technologischen oder wissenschaftlichen Beleg für die Sinnhaftigkeit dieser Forschung erbringen, der müßte Belege auf den Tisch legen, die hier noch niemand kennt. Ich nehme das nur als ein Beispiel, und ich sage nicht, daß wir jetzt alles in „Kulturwissenschaften“ stecken dürfen. Es gibt eine ganze Menge von technologischen Aufgaben, die wir dringend brauchen, aber dann bitte definiert über Strukturen und Objekte der Wirklichkeit und nicht über ein fast religiös hybrides Ausweichen gegenüber den Problemen auf dieser Erde. Es ist nämlich absolut gleichgültig für alle Leute, ob wir wissen, wie der Jupitermond wirklich aussieht angesichts der Tatsache, daß unsere Kinder möglicherweise diesen Jupitermond nicht mehr sehen werden.

Nun sagen Sie selbst, daß Hochschulreform unter stärkerem Einbezug der Studierenden jetzt auf der Tagesordnung stünde. Ich finde das richtig und ich gebe jetzt einige Punkte an, von denen ich glaube, daß sie sinnvolle und - darauf lege ich großen Wert - praktikable Elemente von Hoch-

schulreform sind. Zunächst hatte ich das Problem der Entstaatlichung weiterer Bereiche schon angesprochen: was in NRW mit der teilweisen Selbstverwaltung, aber auch Selbstbestimmung im finanziellen Sektor versucht wird, ist ein richtiger Weg.

„Der Staat kennt sich nicht aus“

In einem zweiten Punkt verstoße ich gegen ein sozialdemokratisches Tabu: Ich finde, primär sollen die Hochschulen für ihre eigenen Abschlüsse verantwortlich sein. Es soll öffentliche Kontroll-, Begutachtungs- und Akkreditierungsinstrumente geben, aber es soll nicht der Staat sagen, welche Abschlüsse die Hochschulen machen. Man muß dann natürlich komplizierte Anerkennungs- und Vergleichbarkeitsverfahren machen - aber das geht. Der Staat hat verhältnismäßig wenig Verständnis dafür, daß die Wissenschaft nicht nach Studiengängen, sondern nach innerwissenschaftlicher Arbeitsteilung organisiert ist. Es kann für die Autorität des Staates nicht gut sein, wenn alle Hochschulen der Bundesrepublik tagtäglich und bewußt alle staatlichen Prüfungs- und Studienordnungen und mit pädagogischer und wissenschaftlicher Glaubwürdigkeit unterlaufen. Oder anders gesagt: der Staat soll sich nicht lächerlich machen. Das ist auch nicht gut für Autoritätsstrukturen. Mein Gewährsmann ist Immanuel Kant, der aufregend hellsichtig sagt, wenn der Staat die Wissenschaft mitbestimmt, schadet er sich, wenn er den Respekt vor ihm verlieren. Der Staat kennt sich nicht aus. Die Respektlosigkeit vor dem Staat kann zu der völlig falschen und unsinnigen Privatvorstellung. Ich bin keineswegs dafür, daß privatisiert wird, aber ich bin dafür, daß Hochschulen stärker das werden, was sie sind, nämlich öffentliche Einrichtungen und nicht staatliche. Wenn Sie einen Schritt in die Richtung machen würden, daß Wissenschaft aus den hoheitlichen Funktionen ausgenommen wird, würden Sie uns allen helfen.

Ein weiterer Tabubruch, der mir persönlich besonders wichtig ist: Die „Anti-Elite-Diskussion“, von der ich meine, daß auch die Jusos, aber überhaupt die ganze Linke sie mit so schlechten Argumenten geführt hat, daß sie mit Recht auf den Bauch gefallen ist, hat eine andere Perspektive verstellt, nämlich die des Verhältnisses von Wissenschaft und Avantgarde. Ich gebrauche den Begriff Avantgarde nun wirklich nicht so, wie er in der DDR gebraucht wurde, also in Richtung auf Partei, das kommt überhaupt nicht infrage. Aber die anti-elitäre Diskussion hat immer gesagt, Spezialstudien für eine kleine ausgelesene Minderheit seien ein völliger Skandal, das würde die Funktionseliten reproduzieren und für die Masse käme etwas ganz schlechtes heraus. Das ist ja ein richtiges Argument, hat aber mit Eliten nichts zu tun. Zunächst eine Unterscheidung:

eine Avantgarde ist dadurch bestimmt, daß die Mehrheit der Leute sie einholen kann. Der Begriff der Avantgarde macht keinen Sinn, wenn sie nicht einholbar ist, während der Begriff der Elite heißt, es wird immer wieder ausgewählt, also mit gleichem Abstand zum tumben Volk.

Avantgardistische Wissenschaft für alle

Wenn wir nicht die allerbeste avantgardistische Wissenschaft unter hohen Leistungsanforderungen allen zugänglich machen, dann brauchen wir anspruchsvolle wissenschaftliche Ausbildung an den Hochschulen überhaupt nicht weitermachen. Damit will ich sagen, die beste Qualität ist gerade gut genug, und wir geraten nicht in den Verdacht, es könnten postelitäre Leute sich unzulässig bereichern. Das ist natürlich eine schmale Gratwanderung, aber ich würde sagen: laßt ein paar konservative Elitisten durchrutschen, aber verlangt die allerbeste - jetzt müßte man im Sinn der bürgerlich-demokratischen Tradition sagen - die allerbeste bürgerliche Wissenschaft, die es gibt. Wenn die nicht gepflegt und gefördert wird, dann kann man darauf nicht die zuerst angesprochene Vision verwirklichen. Ich persönlich bin der Meinung, daß man z.B. das Institut der Graduiertenkollegs nutzen soll. Es hat überhaupt keinen Sinn, gegen etwas, was es bereits ohnehin gibt, hier laut anzustinken, sondern es ist wichtig, daß das mit Inhalten gefüllt wird, die den Leuten klarmachen, über solche Wege zu promovieren oder zu habilitieren, kann auch etwas mit dem Erneuerungsprozeß in der Wissenschaft zu tun haben, weil eine massenhafte interdisziplinäre Vernetzung ohne Alternativen, ohne parallel laufende Qualifikation nicht geht. Deshalb hielte ich es für falsch, ganz darauf zu verzichten.

Ein weiteres ist die Öffnung zur Lebenswelt. Universitäten sind heute Lebenswelten, und sie sind keine Ausbildungsanstalten. Natürlich wird an den Universitäten auch ausgebildet. Es sind Orte, wo Menschen relativ große Prozentanteile ihres erwachsenen Lebens verbringen. Sie brauchen dort eine bestimmte Kultur, und sie haben Anspruch, die von ihnen dort produzierte Zivilisation auch auf die Gesellschaft ausstrahlen zu lassen. Aber was heißt das? Die künstliche Trennung zwischen dem Denken auf dem Campus und dem Denken in der Stadt oder in der Hochschulumgebung hat ganz negative Konsequenzen. Ich würde darüber nachdenken, ob nicht Modelle einer Integration von Grundbildung, Weiterbildung und alltäglichem Stadtleben, d.h. also nicht das simulierte Projekt, sondern die Stadt oder der Hochschulort, als reales Projekt für das, was studiert wird, denkbar sind. Es gibt z.B. in Minneapolis die Metropolitan-University, die so etwas versucht, eine gute Universität mit sozusagen städtisch allgegenwärtigem Campus. Wissenschaft und Hochschulen werden immer mehr konstitutive Bestandteile der kultu-

rellen Basis-Strukturen ihrer Umgebung. Öffentliche Mitwirkung an ihnen und Ausstrahlung von ihnen sind Elemente von Hochschulpolitik.

Wissenschaftsgeschichte müßte meines Erachtens zur Propädeutik aller Studierenden gehören. Jetzt kann natürlich jemand sagen, da kommt ein anderer und sagt „Philosophie“ und ein dritter sagt „Allgemeine Staatsbürgerkunde“. Ich sage Wissenschaftsgeschichte deshalb, weil es die einzige Möglichkeit ist, sich mit dem eigenen Fach zu einem Zeitpunkt auseinanderzusetzen, wo man noch nicht alles weiß. Es ist natürlich klar, daß Erstsemestriker nicht alles das wissen können, was sie im 8. Semester wissen, aber sie können nachvollziehen, wie es zu ihrer eigenen Wissenschaft gekommen ist, und nur, wer das weiß, kann kompetent die logischen Strukturen und die Differenzierungen zwischen den einzelnen Wissenschaften überhaupt abchecken.

Von Prüfungen unbelastetes Studium

Dann möchte ich zu den Prüfungsreformen kommen. Ich bin aus vielen Jahren der Prüfungsforschung in den 70er Jahren zu einem entschiedenen Gegner aller studienbegleitenden Prüfungen geworden. Es ist völlig undenkbar, Wissenschaft zu lernen und zugleich sich unentwegt dem sozialen Druck der Leistungs-, nicht Arbeitskontrolle zu unterwerfen. Ich würde in Kauf nehmen, die traditionelle Form weniger, kommissioneller, punktueller Prüfungen aufzunehmen und ansonsten ein von Prüfungen möglichst unbelastetes Studium zu garantieren. Die Lernerfolge werden besser.

ES IST VÖLLIG UNDENKBAR, WISSENSCHAFT ZU LERNEN UND ZUGLEICH SICH UNENTWEGT DEM SOZIALEN DRUCK DER LEISTUNGS-, NICHT ARBEITSKONTOLLE ZU UNTERWERFEN.

Es gibt dabei einen großen juristischen Konflikt. Gilt eher der Vergleichbarkeitsgrundsatz, also die Maxime, daß Leistungen aufgrund vergleichbarer Prozeduren zustandekommen sind; oder gilt der Gleichheitsgrundsatz, der jedem und jeder Geprüften eine Variation angemessener Lehr- und Kontrollformen zugesteht, weil Gleichheit uns zwingt, ungleiche Voraussetzungen zu akzeptieren? Während es Mitte der 70er Jahre noch keine prüfungsrechtliche Literatur gab, denke ich, daß jedes Wissenschaftsministerium mittlerweile einen hauptamtlichen Juristen braucht, der nichts anderes macht, als die laufenden Fälle für das Land zu vertreten. Ich bin der Meinung, daß es der Wissenschaft überhaupt nicht schadet, wenn weniger, aber dafür kompetenter geprüft wird, und wenn das, was ich die Prüfungsvertrags-theorie nenne, von beiden Seiten akzeptiert wird, nämlich daß, gerade weil bei uns Studium weitgehend kostenlos ist, die beiden Partner, nämlich die Öffentlichkeit, die die Hochschulen erhält, und die StudentInnen einen Vertrag eingehen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt wird diese Geldausgabe öffentlich legitimiert, und das sind dann die Prüfungen. Ich bin dafür, daß es nur mehr Hochschulprüfungen gibt, aber das Entscheidende ist, daß der Vertrag sagt, wir einigen uns über die Regeln, die bei der Prüfung gelten sollen. Die sind einigermaßen transparent. Es gibt da nur kommissionelle Gruppenprüfungen, also von mehr als einem Prüfer, und die macht man wirklich an den entscheidenden Scheitelpunkten des Studiums, und damit hat es sich. Und alles, was dazwischen an prestigefördernden Prüfungen ist, kann wegfallen.

Jede Haushaltsabteilung im Ministerium weiß natürlich, daß die Prüfungsordnung in Wirklichkeit eine Stellungsbeschaffungs-garantie ist. Denn das, was in der Prüfungsordnung steht, hat Vorrang bei der Stellenanmeldung vor dem, was durch einen Fachbereichsbeschuß hinausfällt. Das weiß man, und so kann man über Haushaltspolitik ganz einfach Wissenschaftspolitik machen, indem man immer nur das Prüfungsrelevante einsetzt, das andere fällt weg, und irgendwann wird sich niemand mehr daran erinnern, daß Wissenschaft einmal sehr viel breiter als das prüfungsrelevante Wissen war. Zugleich sollten die Ministerien ihre Rechtsaufsicht über Professoren und Professorinnen noch sehr viel strenger in eine andere Richtung ausüben. Es geht nicht an, daß die Forschungsschwerpunkte der Professoren das Lehr- und Prüfungsvermögen dieser Leute bestimmen. Ich finde es unerträglich, daß jemand, der einen schmalen Forschungsschwerpunkt hat, sich weigert, in aller Breite, wie das HRG und die Ländergesetze es fordern, zu lehren, und natürlich kann man mehr prüfen, als man in der Forschung vertritt. Wir haben doch nicht so jämmerliche Professoren, daß die auf Nachborgebieten ihres Schwerpunktes nicht Studierende prüfen können. Kein Mensch sagt, daß sie auf diesen Nachborgebieten ihre Nobelpreisarbeiten schreiben sollen. Damit würde ein solcher Druck von den Studierenden genommen, daß die Studienbedingungen auch viel zivilisierter wären.

Ein weiterer Punkt ist schon angesprochen: die Qualität der Lehre. Ich bin hier sehr optimistisch, man hochschuldidaktisch immer nur auf neue Formen „Gruppenarbeit“, „Projektarbeit“ usw. Es ist auch durchaus nicht schlecht, ein wenig mehr im Überblick zu haben. Das ist nicht das Problem, ich finde, jeder Studierende und jeder Lehrende hat Anspruch auf einen persönlichen Moment der Auseinandersetzung mit dem Studium. Das kann ein hauptamtlicher Mitarbeiter sein, weil das natürlich Arbeit macht, kostet Geld, braucht Personal. Es kostet aber auch auch vor allem eine gewisse Verpflichtung. Und jetzt will ich etwas sagen, was für die älteren Studierenden unter Ihnen mag nicht so gut paßt. Das deutsche Hochschulsystem, das das angelsächsische, geht von der Fiktion des unbegleiteten berechtigter Erwachsener aus. Das englische System, das die erzieherische Funktion, deshalb kommen die Kinder schon mit 16, 17 an die Universitäten, und was die Persönlichkeit anbelangt, das deutsche System, das die erzieherische Funktion der Hochschulen, das ist nicht so bewußte, explizit aus. Es gibt einen Bildungsausschuß, der die Wissenschaft, und ansonsten gehen Erwachsene um. Aber das ist natürlich nur eine Fiktion. In Wirklichkeit die Studierenden in allen Belangen nicht wie Erwachsene behandelt werden, sondern infantil regredieren. Es tut mir leid, daß ich das sagen darf. Das wiederum bringt die Professoren dazu zu sagen, die sind ja gar nicht mehr Kinder, denen muß man ja alles vorkauen, vorschnell, was für die ist wichtiger, Prüfungs-Rechtssicherheit, die ganze Freude an der Anstrengung der Wissenschaft.

„Man lebt doch zusammen“

Das Problem kann man sehr leicht erkennen. Studierende und Lehrende endlich miteinander zu tun zu machen, und geht das nicht freiwillig, dann muß man zu einer der Dienstaufgaben der Hochschulen und Hochschullehrer erklären. Eigentlich ist das ein Gesetz, aber die Studienberatung, die die Professoren professionelle Beratung abgeschlossen haben, die Professoren sind nicht mehr in der Lage, das zu tun, sondern unverkrampft zu reden. Entweder man muß die billiger Hochschulromane oder auf der einen Seite die wissenschaftlicher Kompetenz. Der Common Sense sagt: Das kann doch nicht wahr sein, das muß zusammen. Aber der Common Sense sagt: Das waren einige Vorschläge, die man machen kann. Es ist natürlich klar, daß man etwas sagen, und ich danke Ihnen.

jeden Fall nutzen. Es wird von den Westländerpolitikern immer so getan, als müßte man mit dem nun in der Tat abscheulichen System, das es dort an den Hochschulen gegeben hat - da lasse ich auch kaum ein gutes Haar dran -, als müßte man damit auch gleich die Leute und auch gleich die Potentiale plattmachen, die durchaus widerständig dort entwickelt wurden. Dagegen wehre ich mich. Eines kann doch nicht wahr sein: Da kommt die SPIEGEL-Erhebung heraus, da gibt es die Demonstrationen von '88, und Politiker aller vier Parteien im Bundestag sagen, unser Hochschulwesen ist nun wirklich an x Stellen kaputt oder dringend reparaturbedürftig, dann kommt die Vereinheitlichung der beiden deutschen Staaten, und plötzlich ist genau dieses reparaturbedürftige kaputte System das, was man den anderen schenken möchte. Man kann doch nicht die Cholera mit der Pest heilen, sondern sinnvollerweise sucht man ein Antibiotikum, das für beides gilt.

WIR MÜSSEN MIT DEM, WAS ICH VISIONÄRE DREIHEIT GENANNT HABE, MIT KRITIK, IDENTITÄT UND SOLIDARITÄT, DER ÖFFENTLICHKEIT GEWALTIG AUF DEN WECKER FALLEN.

Manche Hochschulsektionen (ich rede jetzt nicht von Ökonomie und Marxismus-Leninismus, sondern von anderen Bereichen) haben z.B. noch relativ viel wissenschaftliches Personal. Andererseits können wir im Westen für uns beanspruchen, die besseren hochschuldidaktischen Konzepte zu haben. Was liegt eigentlich näher, als dies zusammenzufügen? Im Westen fehlt uns das Personal für diese Bereiche, vor allem fehlen Stellen, und den Leuten an den ostdeutschen Universitäten fehlen nun wirklich viele Vorstellungen von gesellschaftsorientierter Hochschuldidaktik. Wenn man dies zusammenfügt, dann glaube ich, ist es mehr wert als jeder zynisch geheuchelte Reeducationsansatz. Wie müssen sich denn diese Leute im Osten vorkommen? Der Prorektor einer ehemaligen DDR-

Universität hat mir vor kurzem gesagt: „Wir halten es nicht mehr aus, von euch immer nur als dumm bezeichnet zu werden. Wir sind nicht dumm, sondern wir brauchen was Materielles“. Die Hochschuldidaktik wäre so ein Bereich.

Ich denke, daß hier der Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Herr Simon, ziemlich richtig liegt in seiner Einschätzung, daß jetzt alle aggressiven Ablenkungsmanöver von der eigenen wissenschaftlichen Geschichte nichts taugen. Wir können damit umgehen, und die Zeit für Hochschulreform war noch nie so gut. Als Österreicher kann ich mir leisten zu sagen: Es darf nach dem 2. Dezember nicht so schlimm werden, wie sich das jetzt abzeichnet. Denn es ist möglich, daß dann etwas geschieht, was wir alle nicht wollen können, was im übrigen auch die CDU nicht wollen kann. Daß eines der noch immer reformfähigsten Wissenschaftssysteme der westlichen Welt, das noch immer im Vergleich zu anderen Ländern ungeheuer gut materiell abstützbar ist, innerhalb kürzester Zeit kollabiert. Dann hätten natürlich alle die Leute, die wirklich englische Verhältnisse wollen, Auftrieb.

Das setzt aber voraus, daß diese Diskussion in den Hochschulen geführt wird. Solange sie nur zwischen den Hochschulen und der Politik geführt wird, ist es zu wenig. Das geht nur, wenn aus der Betroffenheit so etwas wie Beteiligung wird. Ich nenne das immer die republikanische Option, denn wir sind ja nicht nur eine Demokratie, sondern ich hoffe, auch eine Republik. Und zum Republikanismen gehört, daß wichtige Angelegenheiten res publica, also öffentliche Sache werden. Was bei uns in den Hochschulen passiert, das geht nicht nur die Hochschulen an, sondern es geht die Öffentlichkeit etwas an, und wir müssen Wissenschaft hinaustragen und haben dann auch ein Recht, gehört zu werden. Wir müssen mit dem, was ich visionäre Dreiheit genannt habe, mit Kritik, Identität und Solidarität, der Öffentlichkeit gewaltig auf den Wecker fallen. Sie muß sich unsere Warnungen und unsere Perspektiven anhören, weil es sonst niemanden gibt, der dies formulieren kann.

Die Mittelrheiner „Thesen“ können bei:

**SPD-Bezirk Mittelrhein
Albertusstr. 40/46
5000 Köln 1**

bezogen werden.

Petra Frantziach/Heiko Kretschmer

Bildung für die Zukunft

Die öffentliche Diskussion um Bildung und Bildungspolitik erlebt in letzter Zeit ihre Renaissance. Nicht erst nach dem Anschluß der DDR ist dieses Politikfeld auf immer mehr Interesse gestoßen. Die Jusos haben 1988/89 nach 16jähriger Abstinenz mit dem Bundeskongreß-Beschluß „Bildung 2000“ sich endlich wieder einen inhaltlichen Grundstock erarbeitet. Der deutsche Bundestag schließlich setzte 1988 eine Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000“ ein. Diese Kommission legte ihren fast 800 Seiten starken Schlußbericht wenige Tage nach der deutschen Einheit vor. (!) Zu diesem Zeitpunkt ging dieser Bericht jedoch fast unter. Der Bundestag debattierte darüber gar nur 30 Minuten. Dies hat der Enquete-Bericht nun allerdings nicht verdient. In den Minderheitsvoten, die SPD und GRÜNE gemeinsam vorlegten, sind einige interessante und auch neue Gesichtspunkte für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik benannt. So wird dort ausdrücklich festgestellt, daß das „Menschenrecht Bildung als ein Grundrecht“ in der neuen Verfassung der Bundesrepublik zu verankern sei. Entge-

gen der halbherzigen Politik, die SPD und GRÜNE in den Ländern betreiben, konstatiert die Minderheit in der Enquete-Kommission auch, daß ein neuer Reformschub notwendig ist und dafür dringend Finanzmittel bereit gestellt werden müssen.

Die Wissenschaftlich-Technische Revolution und ihre Folgen

Mitte der 80er Jahre begann die Diskussion darüber, wie das Bildungssystem auf neue gesellschaftliche Entwicklungen und den Einsatz der neuen Technologien reagieren soll. Das Tempo der Wissenschaftlich-Technischen Revolution und ihre Bedeutung für fast alle gesellschaftlichen Bereiche stellen immer neue Anforderungen an jedes einzelne Individuum. Dementsprechend muß das Bildungssystem lebenslanges Lernen ermöglichen.

Der Prozeß der Wissenschaftlich-Technischen Revolution verläuft widersprüchlich. Die Demokratisierung und Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist Voraussetzung, um beim Einsatz Neuer Technologien diesen Widersprüchen zu begegnen. Gestaltungskompetenzen der

Betroffenen umfassen daher nicht nur den Umgang und die kritische Auseinandersetzung mit diesen Technologien, sondern auch demokratisches Handeln und Vertretung der eigenen Interessen. Mit der Computerisierung und Roboterisierung der Arbeit seit Anfang der 80er Jahre tritt eine neue Phase der Arbeits- und Produktionsweise ein. Bereits Mitte der 80er Jahre wurde in etlichen Studien darauf hingewiesen, daß ein Ende des Taylorismus in der Arbeitsweise möglich sei. (2) So kann in etlichen Produktionsbereichen festgestellt werden, daß Arbeitsprozesse verstärkt wieder zusammen gefaßt werden und die Monotonie ewig gleicher Handlungen oftmals entfällt. Es boten sich u.a. für Kern/Schumann zwei Entwicklungsvarianten der Veränderung der Arbeitsweise an. (3) Eine mögliche Variante wäre die des dezentralen Einsatzes Neuer Technologien gewesen (und ist dies noch immer). Hierbei ist zumindest eine Gestaltung der eigenen Arbeit durch die Betroffenen möglich (z.B. durch Programmierung am Arbeitsplatz). Diese vielfach kostengünstigere Variante setzte sich allerdings kaum durch, denn sie ließ zumindest die Möglichkeit demokratischer Eingriffe der abhängig Beschäftigten verstärkt zu. (4) Dieser Weg erfordert höher qualifizierte ArbeitnehmerInnen. Der Weg der Dequalifizierung

Petra Frantziach, Hamburg,
Heiko Kretschmer, Marburg

von breiten ArbeitnehmerInnenschichten durch zentrale Programmier-Einheiten, die am Arbeitsplatz nur noch Zuarbeit erforderlich machen, war dagegen die Alternative, auf die die Konservativen setzten. Lothar Späth stellt damals die These auf, die breite Masse werde nur einen Computer-„Führerschein“ benötigen. Hochqualifizierte FacharbeiterInnen stellten nur eine Minderheit dar. Die offizielle Politik ging meistens diesen Weg. Die Neuordnung der Ausbildungsberufe kam nur schleppend oder vielfach gar nicht voran. Die KultusministerInnen hielten mit der Abi-Deform 1987 an der Trennung der allgemeinen und beruflichen Bildung fest. Gerade in der Auseinandersetzung um das Abi-Deform-Papier⁽⁵⁾ wurde deutlich, daß die konservativ-liberalen Kräfte in der Kultusministerkonferenz (KMK) massiv auf Elitebildung und Dequalifizierung breiterer Schichten im Bildungssystem setzten.⁽⁶⁾ Sie führten damit nur konsequent den Weg fort, der 1983 mit der Streichung des SchülerInnen-Bafögs eingeschlagen worden war.⁽⁷⁾ In den CDU-regierten

ersichtlich, daß Eltern und SchülerInnen ungeachtet dessen immer mehr nach höheren Abschlüssen streben, und mehr noch an dem massiven FacharbeiterInnenmangel in der Bundesrepublik. Heute sind auch Konservative darauf bedacht, genügend mittlere Qualifikationen zur Verfügung zu stellen. Die Bafög-Novelle von 1990 war ein Schritt dahingehend, bestimmte Qualifikationen auch wieder breiteren sozialen Schichten zugänglich zu machen. Offensichtlich waren Politik und Kapital nicht in der Lage, den Bedarf an FacharbeiterInnen und an entsprechenden Qualifikationen bei der gewählten Entwicklungsvariante richtig einzuschätzen.

Daher gehen heute oftmals die Bestrebungen kapitalorientierter Kräfte dahin, inhaltliche Segmentierungen im Bildungssystem vorzunehmen. Wissen soll auf bestimmte Fachgebiete beschränkt und nicht umfassend vermittelt werden. Trotz globaler Problemlagen ist das Denken in Zusammenhängen unerwünscht. Deutlich wurde dies in den Lehrplan-Debatte der ehemaligen hessischen Landesregierung.

Dem in der beruflichen Ausbildung entgegenzutreten war das Ziel der Neuordnung der Berufsbildung. Die Ausbildung sollte breiter angelegt werden. Spezialisierungen sollten erst am Ende erfolgen, Neue Technologien verstärkt berücksichtigt werden. Doch nach den ersten Vereinbarungen im Bereich der IG Metall kam es nur zögerlich oder gar nicht zu weiteren. Da die berufliche Bildung auch im dualen Ausbildungssystem unmittelbar in die Verwertungsinteressen des Kapitals eingebunden ist, gibt es kaum Versuche, entsprechende Vorstöße in der schulischen (und staatlich organisierten) Ausbildung zu unternehmen. Der vorhandene Spielraum für Eingriffe wird so fast überhaupt nicht genutzt.

Die Weiterbildung dagegen ist in der BRD zum größten Teil privat organisiert. Da mit der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens die Bedeutung und der Umfang der Weiterbildung erheblich steigen wird, stellt dies eine erhebliche Gefährdung für jegliche Form der Chancengleichheit dar.

TROTZ GLOBALER PROBLEMLAGEN IST DAS DENKEN IN ZUSAMMENHÄNGEN UNERWÜNSCHT.

Bundesländern wurde bis Ende der 80er Jahre der Versuch unternommen, SchülerInnen wieder stärker auf die Hauptschulen abzurängen. V.a. die Kultusminister a.D. Mayer-Vorfelder in Baden-Württemberg und Wagner in Hessen propagierten diese „Aufwertung“ der Hauptschulen.

Das Scheitern dieser Politik ist daran

Neue Fragestellungen

In die bildungspolitische Debatte haben inzwischen auch die globalen Fragestellungen Einzug erhalten. Zeichnen sich diese durch ihre überkomplexen Strukturen aus, so erfordert dies einen neuen Typus des Lernens und Arbeitens. Vor diesem Hintergrund stellte sogar eine Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) fest, daß der Fachunterricht überholt und fachübergreifender, projektorientierter Unterricht erforderlich sei.⁽⁸⁾ Auch wird dort die Erkenntnis formuliert, daß der schulische Notendruck einem solchen neuen Lernen und Arbeiten entgegensteht.

Obwohl Frauen inzwischen die höheren und besseren Bildungsabschlüsse erreichen, ist Schule und Ausbildung immer noch nach den Bedürfnissen der Männer organisiert. Unterrichtsformen und -inhalte lassen Frauen keinen Raum. Der Unterricht wird von Männern ausgestaltet und dominiert (siehe z.B. die Unterrichts-beteiligung). Besonders gilt dies in den naturwissenschaftlichen Fächern. Gerade mit der zunehmenden Bedeutung der Informatik für den „beruflichen Alltag“ und der eindeutig männlich-orientierten Lehrweise in diesem Fach wird die berufliche Benachteiligung der Frauen schon in der Schule festgeschrieben. So belegen einschlägige Studien in letzter Zeit, daß SchülerInnen nach dem Abitur viel eher Informatik studieren, wenn sie eine Mädchenschule und nicht eine koedukative Schule besucht haben.

Mit dem Anschluß der DDR ist auch die Debatte um die zukünftige Bildungsstruktur in der BRD neu entbrannt. Konservative versuchen, die gegenwärtige Situation zum schulpolitischen Rollback zu nutzen.

Konservative und Liberale unternehmen jetzt nochmals den Angriff auf die 13-jährige Schulzeit gegen den Widerstand Wertkonservativer und fortschrittlicher SozialdemokratInnen. Dies geschieht in Anbetracht der 12-jährigen Schulzeit in der ehemaligen DDR und dem bevorstehenden EG-Binnenmarkt.

Die Diskussion, daß die anderen europäischen Staaten integrierte Schulsysteme und meistens auch die Ganztagschulen haben, wird hingegen nicht

geführt. Aller Voraussicht nach werden sich die Auswirkungen des Binnenmarktes in erster Linie auf die akademische Ausbildung beschränken. Die Frage einer umfassenden Hochschul-Reform wird so zunehmend auch unter reformorientierten BildungsexpertInnen wieder gestellt.

Grundwerte der Bildung

Die veränderte gesellschaftliche Lage macht heute eine Neuformulierung grundlegender Ziele reformorientierter Bildungspolitik notwendig. Dabei sind die folgenden drei Prinzipien als zentrale Orientierungspunkte zu benennen.⁽⁹⁾

Wissenschaftsorientierung

Im Zug der Wissenschaftlich-Technischen Revolution hat sich die Bedeutung der Wissenschaft in den Industriegesellschaften noch einmal verstärkt. Wissen wird mit den zunehmenden technischen Möglichkeiten weniger durch eigenes Erleben als vielmehr durch wissenschaftliches Forschen gewonnen. Für ein zukunftsfähiges Bildungssystem muß daher eine Orientierung auf die „die Welt aufschließenden, vermittelnden, beherrschenden Wissenschaften“⁽¹⁰⁾ eine zentrale Rolle einnehmen. Wissenschaftsorientierung darf allerdings nicht heißen, daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse kritiklos vermittelt und angewandt werden. Vielmehr geht es darum, die Wissenschaft als „gesellschaftlichen Motor“⁽¹¹⁾ zu verstehen. Die Entstehung und der Zweck der Wissenschaft müssen durchschaubar werden. Wissenschaft darf nicht als Selbstzweck rangieren, sondern sollte der gesellschaftlichen Entwicklung dienen und ihr dementsprechend auch untergeordnet sein.

Im Schulalltag muß deshalb eine Reform weg von der wirklichkeitsfernen Fächertrennung stattfinden. Ein Arbeiten in und an gesellschaftlichen Zusammenhängen, an konkreten Projekten ist nötig, um SchülerInnen zu eigenständigem Handeln zu befähigen.

Demokratie

Um einer demokratischen Gesellschaft den Boden zu bereiten, ist „gleiche

Bildung für alle“ unerlässlich. Dies erfordert auf der einen Seite eine Abkehr von den Differenzierungen im jetzigen Schulsystem. Gleiche Abschlüsse und Lernziel für alle, sowie gleiche Lehrpläne sind unumgänglich, um gleichberechtigtes Handeln zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite muß Schule ein Bewußtsein von Eigenständigkeit und Gleichwertigkeit vermitteln. In den Schulalltag muß die unterschiedliche Lebensgestaltung verschiedener Kulturen und sozialer Schichten einziehen. Insbesondere hat die Erfahrungswelt der Frauen eine gleichberechtigte Stellung zu erhalten.

DIE WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE REVOLUTION HAT ALTE SPALTUNGS- UND SEGMENTIERUNGS-PROZESSE IN DER GESELLSCHAFT DURCH NEUE ABGELÖST.

Mitgestaltung und Demokratie sollten bereits im Schulalltag erlernt werden. Möglichst weitgehende Mitbestimmung und Selbstgestaltung im Unterricht sind zentral für das Erlernen demokratischen Handelns. Der gesamte Schulbetrieb braucht eine radikale Reform, die den SchülerInnen die Gestaltung ihres eigenen Lebensraums wirklich ermöglicht. Demokratie kann daher nicht auf die Unterrichtsgestaltung beschränkt bleiben. Sie muß die Mit- und Selbstbestimmung der Jugendlichen in der Schule beinhalten.

Humanität

Das Bildungssystem muß die Menschen befähigen, gesellschaftliche Auswirkungen technologischer Projekte zu erfragen und Technik in den Dienst des „sozialen Fortschritts“⁽¹²⁾ zu stellen. Die Wissenschaftlich-Technische Revolution hat alte Spaltungs- und Segmentierungsprozesse in der Gesellschaft durch neue abgelöst. Dieser Trennung in „Kopf- und Handarbeit“ muß das Bildungssystem entgegenwirken, statt sie weiter zu reproduzieren. Eine umfassende Reform ist erforderlich, um den fortschreitenden Zerfall in die $2/3$ -Gesellschaft stoppen und umkehren zu können. Deshalb darf Schule nicht nur Lernanstalt sein, sondern ist zu einem Lebensraum zu entwickeln, in dem Jugendliche lernen, miteinander zu arbeiten und sich gegenseitig in ihrer Entwicklung zu unterstützen.

spw

¹ siehe gleichnamiger Schlußbericht der Enquete-Kommission (Zur Sache 20/90)

² siehe z.B. M.Boethge, H.Oberbeck: Berufsbildungspolitische Folgerungen aus Entwicklungen im Angestelltenbereich, Göttingen 1983

³ H.Kern, M.Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung?, München 1984

⁴ siehe hier auch die Ausführungen in K.Klemm, H.G.Rolff, K.J.Tillmann: Bildung für das Jahr 2000, rororo 1985

⁵ gemeint ist eine Vorlage der CDU/CSU-Kultusminister zur KMK am 5./6.Februar 1987

⁶ siehe auch M.Brüggemann, H.Burmester, A.v.Dülmen, S.Gillessen, S.Lennardt und F.Welti: Abi-Deform - Schüler aktiv für Ansprüche an Leben und Zukunft, SPW 37

⁷ Es sei hier nochmals daran erinnert, daß diese Entscheidung vom Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) vorbereitet worden war.

⁸ Diese Arbeitsgruppe „Schutz der Erdatmosphäre - eine Herausforderung an die Bildung“ wurde vom BMBW auf Bitte der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des deutschen Bundestages eingerichtet.

⁹ Wir beziehen uns hier auf die Minderheitenauffassung der Enquete-Kommission zum Abschnitt „III. Grundherausforderungen und Orientierungen für die zukünftige Bildungspolitik“. Bleibt das Votum im bildungstheoretischen Teil oftmals vage und fällt die teilweise schon krampfhaft Beschränkung auf Bundeskompetenzen negativ auf, so wird doch in III.2. „Bildung ist mehr als Qualifikation“ gerade der Begriff der Wissenschaftsorientierung wesentlich weiterentwickelt. Die angeführten Zitate stammen aus diesem Teil.

PapyRossa Frühjahr 1991



Eckart Spoo (Hg.)
Kohlzeit
Neudeutschland und sein Kanzler
180 Seiten, DM 18.- ISBN 3-89438-013-6

Bezug über Ihre Buchhandlung oder (zuzügl. Versandkosten) direkt bei

PapyRossa Verlag Petersbergstr. 4 5000 Köln 41

Neuerscheinungen

Arbeitsgruppe Alternative
Wirtschaftspolitik
MEMORANDUM '91
Gegen Massenarbeitslosigkeit
und Chaos – Aufbaupolitik in
Ostdeutschland
240 Seiten, DM 22.-
ISBN 3-89438-014-4

Jörg Wollenberg (Hg.)
Von der Hoffnung aller Deutschen
Wie die BRD entstand
1945 bis 1949
373 Seiten, DM 28.-
ISBN 3-89438-016-0

Neuauflagen

Georg Fülberth
**Leitfaden durch die Geschichte
der Bundesrepublik**
170 Seiten, DM 16.-
ISBN 3-89438-017-9

Bernd Müllender/Peter Vermeulen
Nicht mehr mit uns!
Reservisten verweigern
4., auf den neuesten Stand gebrachte Aufl. '91
206 S., DM 18.- ISBN 3-89438-020-9

Winfried Schwaborn/Bernd Müllender
Handbuch für Kriegsdienstverweigerer
12., aktualisierte u. erweiterte Auflage '91
220 S., DM 12,80 ISBN 3-89438-024-1

Verbilligt noch lieferbar

Jan Brauns
Handbuch für Zivildienstleistende
196 S., DM 6,- ISBN 3-89438 318-6

Jonas Müller/Detlev Thiesen
Handbuch für Wehrpflichtige
Von A wie AIDS bis Z wie Zurückstellung
411 S., DM 15.- ISBN 3-89438-299-6

Carsten Sieling

Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik?

88 Prozent der westdeutschen Führungskräfte befürworten nach einer Umfrage des Wirtschaftsmagazins „Capital“ eine Neuauflage der konzertierten Aktion. Wirtschaftsminister Müllemann kommt der gewerkschaftlichen Forderung nach Strukturbeiräten in Ostdeutschland durch die Einrichtung regionaler Aufbaustäbe entgegen und gibt der Politik der Bundesregierung seit Jahresanfang vor allem durch seine „Strategie Aufschwung Ost“ eine neue Richtung. Spielt sich eine neue „Wende“ vor unseren Augen ab? Die politisch motivierte Währungsunion vom Juli 1990 hat den faktischen Zusammenbruch der Wirtschaft der ehemaligen DDR unausweichlich gemacht. Die Unternehmen konnten den Wettbewerbsschock nicht durchstehen, die Produktionszahlen und Umsätze gingen schlagartig zurück und eine sofortige Massenarbeitslosigkeit konnte nur durch Operationen wie die „Kurzarbeit null“ verhindert werden. Doch trotz dieser Entwicklungen verlangen auch heute noch neoklassische Ökonomen, wie sie beispielsweise im Sachverständigenrat oder beim Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln sitzen, die volle Entfaltung der Marktkräfte. Kein Wunder, denn in deren Modellwelt spielt eine funktionsfähige öffentliche Verwaltung keine Rolle und der Standortnachteil einer schwachen Produktivität kann mittels niedriger Löhne ausgeglichen werden.

Carsten Sieling, Ökonom, Referent für regionale und sektorale Wirtschaftspolitik bei der Arbeiterkammer Bremen

Bankrott von Kohls Wirtschaft. Die führenden deutschen Wirtschaftsexperten brockten Kanzler Kohl die Steuerökonomie ihr Waterloo.

Rosa Brille

Strukturpolitik ist wieder ein positiver Begriff

Mit dem Amtsantritt Müllemanns aber, so scheint es, sind diese schlichten Logiken ins Hintertreffen geraten. Strukturpolitik ist wieder ein positiver Begriff und gewerkschaftliche Forderungen, beispielsweise nach Ausweitung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Ländern, werden plötzlich von den Maßnahmen der Bundesregierung übertroffen. Keine Frage, die Bundesregierung stand politisch unter Druck und mußte Handeln. Ist das nun Müllemannscher Aktionismus oder steckt ein strukturpolitisches Konzept dahinter, das gar den Vorstellungen der Linken und der Gewerkschaften entspricht?

Spätestens im Herbst 1988 war eine Kontroverse im Unternehmenslager aufgebrochen, bei der es um die Frage

aktiver Industriepolitik ging. In der „Wirtschaftswoche“ setzte sich der damalige AEG-Chef Dürr für ein deutsches MITI und eine Industriepolitik nach japanischem Vorbild ein, Arbeitgeberpräsident Murmann hielt dagegen. Die Debatte flammte zwischenzeitlich immer wieder auf, gewann jedoch erst mit der deutlich werdenden Krise Ostdeutschlands an realpolitischer Bedeutung. Angesichts dessen spricht „Capital“ nun von einem Waterloo der herrschenden ökonomischen Denkschule. „Dank ihres Wahrnehmungsrasters“, so das Magazin über die Marktwirtschaftsökonomen,

15 Jahre

SOZIALIST

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/Innen

Jetzt zum Kennenlernen:
15 Hefte aus 15 Jahren
zum Preis eines Jahresabos
von nur DM 21,00

solange Vorrat reicht!

Ich bestelle die 15 Sozialist-Ausgaben

Name _____

Strasse _____

PLZ-Ort _____

Bitte DM 21,00 beilegen
(Briefmarken oder V-Scheck)

Bestellcoupon ausfüllen, ausschneiden
und einsenden an:
SOZIALIST
Im Korbchen 10
3400 Göttingen

„blenden sie die komplexen Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswelt und funktionierender öffentlicher Verwaltung ebenso aus wie Fragen der Infrastruktur, der Mentalität der Bevölkerung oder des Zeitbedarfs. Daher wirken die Rezepte nicht, und die Prognosen laufen fehl“. „Ideologische Blindheit“ und „schlichte handwerkliche Fehler“ wirft der Artikel der ganzen Reihe bekannter konservativer Ökonomen, angefangen von Herbert Giersch vom weltwirtschaftlichen Institut in Kiel über die „Sachverständigen“ Streit und Sievert bis hin zu den Bankern Norbert Walter und Ernst-Moritz Lipp, vor.

Die ostdeutsche Wirtschaft als „Paradefall“ der kurzfristigen Globalsteuerung

Durchgesetzt hat sich in dieser Auseinandersetzung um die Strategie für den Osten zur Zeit die 'Interventionsrechte'. So hat Anfang April selbst Otto Schlecht, bekannt als ordnungspolitischer Galshüter im Bundeswirtschaftsministerium, im Handelsblatt „Programme in durchaus keynesianischem Sinne der Nachfrage“ für dringend nötig erklärt und die ostdeutsche Wirtschaft als „Paradefall“ für die kurzfristige Globalsteuerung bezeichnet. Und mit dem „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost“, den verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und der Aktivierung der Investitionsfinanzierungsprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie den sonstigen Transferleistungen gen Osten wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage - sowohl hinsichtlich der Investitionen als auch des Konsums - auch in der Praxis in erheblichem Maße angeschoben.

Die genannten Maßnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung und werden auch im jüngsten „Memorandum“ der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik als „wichtige finanzpolitische Kurskorrektur“ bewertet. Während allerdings die Gewerkschaften und die Memorandumgruppe einen deutlichen

Akzent zugunsten staatlicher Infrastrukturprogramme sowie ein größeres finanzielles Volumen - 500 Mrd. DM bis 1995 fordert das Memorandum - verlangen, setzt die andere Seite stärker auf direkte Maßnahmen zur Verbesserung der privaten Investitionsbedingungen. Obwohl auch hier gilt, daß die Investitionsförderungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die Möglichkeit kumulativer Nutzung öffentlicher Zulagen u.a.m. unbestritten notwendig sind, haben die Überlegungen der Bundesregierung doch eher einen angebotsorientierten Schwerpunkt: Die Diskussion um ein Niedrigsteuergelände zeigt dies ebenso wie die herabgesetzte Gewerbesteuer und die Sympathie mit Maggi Thatcher's enterprise-zones sowie mit einer weiteren Senkung von Unternehmenssteuern.

Ostdeutschland als neues „Süd-Italien“?

Wie weit eine solche Aufschwungstrategie trägt, steht allerdings sehr in Frage. Abgesehen von der Fortsetzung eines verteilungspolitischen Kurses zu Lasten der Lohn-, Gehalts- und TransfereinkommensempfängerInnen werden damit vor allem Investoren angesprochen, die entweder unter Nutzung der niedrigen Lohnkosten - nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nur 37 % des Westniveaus - verlängerte Werkbänke aufbauen wollen oder die lediglich Verkaufs- und Handelsniederlassungen gründen. Die Gefahr einer solchen Strategie liegt in der Festreibung eines niedrigen Einkommensniveaus und der Entwicklung einer abhängigen Industrialisierung, so wie wir es aus dem Süden Italiens kennen. Von ökonomischen Krisen werden solche Regionen als erste getroffen, von Aufschwüngen profitieren sie als letzte. Wenn die Pferde nicht nur, wie Karl Schiller es formulierte, zur Tränke geführt werden sollen, sondern wenn es sich möglichst um ostdeutsche Pferde handeln soll, reicht eine globale, angebotsorientierte Unterstützung für den Osten nicht aus. Was nützt es, wenn die Aufträge zur Restaurierung der Städte und

zum Bau von Wohnungen von westdeutschen Firmen ausgeführt werden, wenn der Weiterbildungsbedarf von schnellen Westanbietern gedeckt wird, ohne daß Einrichtungen vor Ort entstehen, wenn es nicht gelingt, die Konsumbedürfnisse der ehemaligen DDR-BürgerInnen wenigstens teilweise durch eine eigene Verbrauchsgüterindustrie zu befriedigen. Die Strategie der Bundesregierung ist viel zu global, um nachhaltige Strukturverbesserungen zu erreichen.

Der Grund für die sich abzeichnenden Fehlentwicklungen der Nachfrageströme liegt auf der Hand: Kein Wirtschaftssektor in den neuen Ländern ist aus sich heraus national oder gar international konkurrenzfähig. Das war ja auch bekannt, als im Juli 1990 die ehemalige DDR-Ökonomie mit der Währungsunion über Nacht dem Weltmarkt preisgegeben wurde. Dieser Konstruktionsfehler der deutschen Vereinigung, der den gewaltigen 'Marktschock' ausgelöst hat, kann durch angebotsseitige Maßnahmen allein nicht repariert werden. Die ostdeutsche Ökonomie kann nur entwickelt werden, wenn der nachfrage-seitige Schutz, den vor Juli 1990 die Währungssouveränität geboten hat, zum Zwecke einer selektiven und zeitlich befristeten Restrukturierungsstrategie mittels politischer Auflagen zumindest teilweise wieder hergestellt wird. Nachfrageströme müssen deshalb auch auf Produkte und Dienstleistungen gelenkt werden, die derzeit noch an Produktionsorten in Westdeutschland kostengünstiger hergestellt und erbracht werden können.

Gefordert ist ein „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost-plus“

Die Realisierung derartiger lokaler Bindungsklauseln, die sich zu allererst auf die öffentliche Auftragsvergabe, partiell aber auch auf öffentlich bezuschußte private Bauaufträge und bestimmte Verbrauchsgüter richten sollte, muß im Rahmen eines Sanierungskonzeptes flankiert werden von einer rigorosen Entschuldung der treuhand-

verwalteten Betriebe. Entscheidend für eine erfolversprechende Verwirklichung eines solchen „Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost-plus“ Konzeptes wird die Arbeit der regionalen Aufbaustäbe sein, in denen die Gewerkschaften und hoffentlich auch die SPD nicht nur die benannten Eckpunkte gegen Widerstand werden durchzusetzen haben, sondern die für ihre jeweilige Region Vorstellungen über die zukünftige Branchenstruktur entwickeln müssen. Gelingt dies nicht, drohen auch die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften lediglich als Bestandteil eines lohnsubventionierten 'Zweiten Arbeitsmarktes' zu enden.

Ob sich die optimistische Aussage des IG-Metall-Funktionärs Karl-Heinz Hiesinger bewahrheitet, mit den genannten Initiativen der Bundesregierung habe sich das gewerkschaftliche Konzept einer aktiven Strukturpolitik „still und heimlich“ durchgesetzt, wird sich vor dem skizzierten Hintergrund erst noch zeigen müssen. Auch wenn „Marktwirtschaft pur“ kurz nach ihrem 'Endsieg' über die planwirtschaftlichen Ökonomen sehr schnell einen ersten Dämpfer erhalten hat, handelt es sich bei den eingeleiteten Maßnahmen - abgesehen von einigen arbeitsmarktpolitischen Aspekten - doch im wesentlichen um Regulierungen der Kapital- und Investitionsströme, wie sie für die westdeutsche Ökonomie so ungewöhnlich nicht sind.

Die geforderten konzertierten Aktionen und die verwirklichten Aufbaustäbe dienen damit vor allem der Schaffung der für einen hochvergesellschafteten Kapitalismus adäquaten Rahmenbedingungen, über den realen Einfluß gewerkschaftlicher Vorstellungen sagen sie per se noch nichts aus. So dreht sich die öffentliche und auch innergewerkschaftliche Debatte heute weniger um die Frage, wie es gerade angesichts der bescheidenen privaten Investitionstätigkeit - nach Angaben des Ifo-Instituts nur 28 Mrd. DM in 1991 - gelingen kann, vereinigungsbedingte unternehmerische Profite über einen „Solidar-Investitionsfonds“ in direkterer Weise als durch die herkömmliche Wirtschaftsförderungen Osten zu lenken, sondern mehr um einen lohnfinanzierten Solidarfonds. Verteilungspolitisch zu rechtfertigen aber sind solche Lohnfonds gerade angesichts

der steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung keineswegs.

Ob sich die Ansätze der letzten Monate zu einem wirklichen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik verdichten oder ob sie eine Sonderaktion für die neuen Länder bleiben, muß sich erst zeigen. Ein deutsches MITI zeichnet sich bei der bisherigen Politik jedenfalls noch nicht ab, und eine einheitliche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik ist auch noch nicht zu erkennen. Im Gegenteil darf nicht übersehen werden, daß derselbe Möllemann, der im Osten mit der Treuhand Industriepolitik betreiben möchte, im Westen in industriepolitisch verheerender Weise Subventionskahl-schlag betreiben will, ohne für die Folgen erkennbare Konzepte zu haben. Unterst Anfang Mai hat die sogenannte Deregulierungskommission ihre Vorschläge zur Liberalisierung tarif- und arbeitsmarktpolitischer Regelungen vorgelegt, nach denen u.a. tarifliche Leistungen durch Betriebsvereinbarungen herabsetzbar werden sollen, Langfrist-arbeitslose zu untertariflichen Einsteigervergütungen bei verlängerter Probezeit eingestellt werden können und die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge und der Leiharbeit ausgeweitet werden soll. Von den politisch Verantwortlichen und der breiten Öffentlichkeit sind diese Vorschläge erfreulich wenig beachtet worden. Es bleibt zu hoffen, daß das so bleibt und sich die Auffassung von „Capital“, die Deregulierer wollten hiermit die Erfolgsgaranten des „Modells Deutschland“ zerschlagen, durchsetzt.

spw

Stefan Heimlich, Andreas Wöllersdorf

Gewerkschaftsarbeit in den fünf neuen Ländern

„Dann geh doch rüber!“

... war in der Vergangenheit, als es die

DDR noch gab, das „letzte“ Argument

des BRD-Bürgers gegenüber jedweder

linker Kritik an den bestehenden Verhält-

nissen. Als so Gescholtene finden wir

uns nun „drüben“ wieder. Nun sind wir

also da und versuchen, freie

Gewerkschaftsstrukturen im Wilden

Osten aufzubauen. Hierbei stoßen wir

auf zwei prinzipielle Hemmnisse: die

wirtschaftliche Entwicklung und die

sozialpsychologische Bewußtseinslage

unserer NeubürgerInnen.

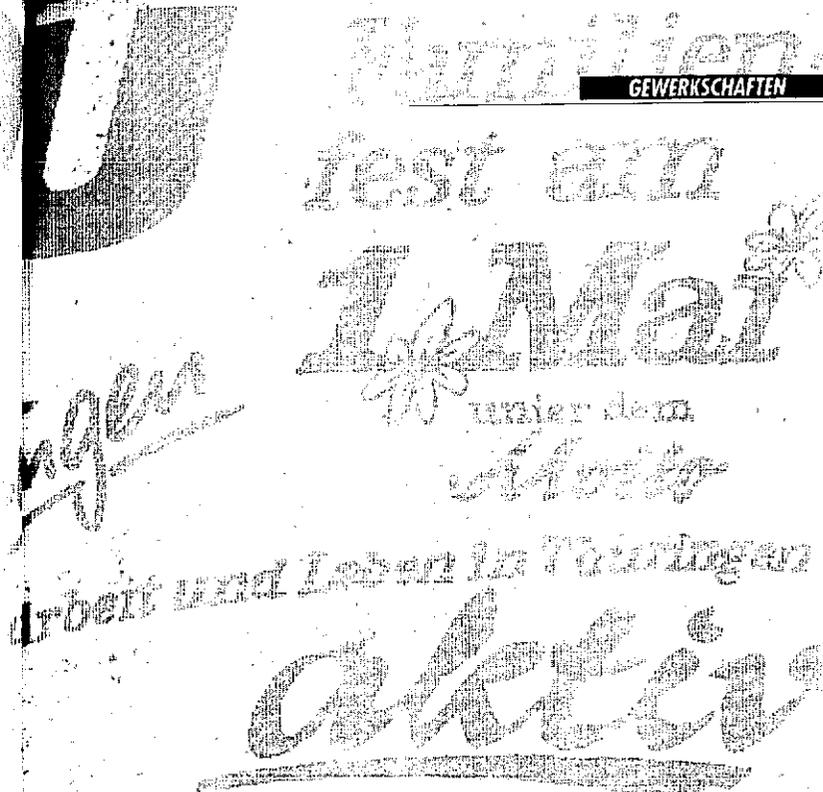
Stefan Heimlich, Gewerkschaftssekretär,
Erfurt, Andreas Wöllersdorf, Politologe,
Erfurt

Ein Krisenszenario - ohne Anspruch auf Vollständigkeit

Die wirtschaftliche Entwicklung ist keineswegs so homogen, wie sie in den westlichen Medien immer dargestellt wird. Kennzeichnend ist vielmehr eine ausgeprägte Segmentierung.

So stehen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst seit 1. Januar in der Warteschleife. Dies bedeutet, daß sie mit 70% ihrer Bezüge bis zum 30.6. d.J. (bei über 50-jährigen Arbeitnehmern bis zum 30.9. d.J.) formal „arbeitslos“ sind. Teilweise wurde ihnen für diesen Zeitraum ein befristeter Arbeitsvertrag angeboten. Dies heißt konkret, daß die Arbeitnehmer unter Umgehung sämtlicher Rechtsmittel (Kündigungsschutzklage etc.) zu diesem Datum ohne weitere Mitteilung aus ihrem Arbeitsverhältnis ausscheiden müssen. In der Zwischenzeit selektieren die öffentlichen Arbeitgeber ihre „Olympiamannschaften“ aus.

Die Beschäftigten des Einzelhandels sind in einer ähnlichen Lage, denn aufgrund der politischen Vorgabe der Treuhand (Rückgabe vor Entschädigung) ist die Existenz der meisten Einzelhandelsläden trotz entsprechender Nachfrage und ausreichenden Umsatzes gefährdet. Dieser Umsatz wird fast ausschließlich mit Westprodukten erreicht, weil die



... und Landtagsabgeordneten der Parteien
... sowie Gewerkschaft IG Metall

... Minister Norbert Blum und Landesozialmini-
... stellen sich den Fragen der Schüler in der

... in der vor und in der Stadthalle

... Information und Kulinarisches mit Auto-
... stellung

... Kinderspielplatz

... Handwerk, Tourismus, Dienstleistungen und

... Metall

... Wurst, Bier, Eis und Kuchen

... Morgen

... Peter Suhl

„Großen Drei“ (Edeka, Spar, Rewe) es ihren Konzessionsläden - bei Androhung eines Konzessionsentzugs - untersagt haben, Ostwaren ins Sortiment zu nehmen. Dieses Verfahren führt zugleich zu einer Zerstörung der regionalen Versorgungsstrukturen und aufgrund der langen Transportwege zu übermäßigen Belastungen der Umwelt. Ferner werden dadurch noch nicht einmal die Arbeitsplätze in den Kraftverkehrsbetrieben gesichert, da die „Großen Drei“ ihre eigene „LKW-Flotte“ nebst Fahrern gleich mitbringen.

Diese Sortimentspolitik der bestimmenden Einzelhandelskonzerne bringt die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in die ökonomische Pleite. An ihren angestammten Plätzen werden sie ihre Erzeugnisse nicht mehr los. Über Wochenmärkte und VerkaufslKWs versuchen sie, ihre Kundschaft zu erreichen. Doch dies genügt natürlich nicht, um ökonomisch zu überleben. Hinzu kommt, daß sich einige GenossenschaftlerInnen, ermutigt durch die Treuhand-Politik, wieder als bäuerliche Kleinunternehmer etablieren wollen, was zum einen keine Zukunft hat und zum anderen der Zerschlagung der LPGs Vorschub leistet.

Auch für die Arbeitnehmer der metallverarbeitenden Industrie kann der 30. Juni zum Schicksalsdatum werden, da zu diesem Zeitpunkt das Kündigungsschutzabkommen, über dessen Verlängerung verhandelt wird, ausläuft. Allein in diesem Bereich sind mindestens 50% der Arbeitsplätze nicht zu retten. Die bereits begonnenen Investitionen (durch Mercedes und Opel) greifen erst nach Fertigstellung der Produktionsanlagen und werden den Beschäftigungsverlust in keiner Weise kompensieren können. Insgesamt wird aus gewerkschaftlicher Sicht für den Sommer mit einer Arbeitslosenzahl von rund 4 Millionen gerechnet. Bei 7-8 Millionen Erwerbstätigen bedeutet dies eine Arbeitslosenquote von mindestens 50%. In der Alt-Bundesrepublik hat Anfang der 80er Jahre schon eine weitaus geringere Arbeitslosenquote zu politischen Verschiebungen geführt. Mit einer Besserung der wirtschaftlichen Lage für dieses Jahr rechnet aufgrund der nichtvorhandenen Konsumtion bei gleichzeitiger Produktion im Westen statt im Osten kein Mensch mehr. Der vielzitierte Aufschwung, der

sich über Jahre hinziehen wird, müßte sich vor dem Hintergrund weltwirtschaftlicher Krisenprozesse entwickeln.

Das in den Medien der Alt-BRD immer viel diskutierte Schlagwort von der „Rückgabe statt Entschädigung“, welches man auf die Füße stellen müßte, beleuchtet nur eine Facette des gesamten Problems: Personell stellt sich die Treuhandzentrale in Berlin sowie ihre Niederlassungen in den fünf neuen Ländern als ein Brückenkopf der westdeutschen Industrie dar. Momentan sind ca. 160 hochrangige Manager zum Ost-Einsatz abkommandiert, um die Treuhand zu unterstützen. So ist beispielsweise der Abteilungsleiter für das private Verkehrswesen bei der Treuhandzentrale in Berlin, Dr. Matthies, eigentlich Aufsichtsratsvorsitzender des Deutschen Paketdienstes (DPD). Entsprechend zerschlägt er die überlebendigen Strukturen der Kraftverkehrsbetriebe, um für seinen im Aufbau befindlichen DPD keine Kon-

DIE TREUHAND-ANSTALT VERHÄLT SICH SO, ALS OB SIE SELBST DEN BESTEN BEWEIS FÜR DIE VULGÄRSTE FORM DES STAMOKAP LIEFERN WOLLTE

kurrenz aufkommen zu lassen. Daß dies kein Einzelfall ist, belegt die Politik der Treuhand auch an einem anderen Punkt: So werden den der Treuhand unterstellten Betrieben keine Investitionskredite eingeräumt, sondern lediglich Liquidationskredite zur Lohnfortzahlung. Vor dem Hintergrund, daß mit einer „zügigen“ Privatisierung der über 8000 Betriebe nicht gerechnet werden kann, ist dies ein probates Mittel, selbst die sogenannten „Filetstücke“ so in die Kri-

se zu führen, daß sie zu einem Spottpreis dem Markt (sprich West-Firmen) übergeben werden.

Die vielzitierten Seilschaften, die den Aufschwung verhindern und die Treuhand bei ihren Bemühungen bremsen würden, haben unserer Meinung nach nicht den Stellenwert, der ihnen in der ideologisierten Diskussion zugestanden wird. Die Existenz alter Seilschaften ist unbestritten; ihren Ausdruck finden sie im stattfindenden Personalkarussell, sprich: alte Kader wollen untergebracht werden. Die neuen Seilschaften aus dem Westen dagegen verschieben mittels der Treuhand ganze Betriebe. Die Treuhandanstalt verhält sich so, als ob sie selbst den besten Beweis für die vulgärste Form des Stamokap liefern wollte - ein Ansinnen, was vor dem Hintergrund einer entwickelten Zivilgesellschaft in dieser Form anachronistisch ist. Ebenfalls anachronistisch und nur noch sozialpsychologisch zu begreifen ist die Bewußtseinslage der Neubürger. So sensibel und moralisch empört ihre Reaktion auf alte personelle Seilschaften ist, so fehlt sie gänzlich bei der reflektierenden Wahrnehmung der neuen Machtstrukturen und deren Auswirkungen. Somit fehlt schlicht und einfach ein der neuen Problemlage adäquates Bewußtsein.

Probleme des gewerkschaftlichen Neuaufbaus

Schon früh zeigte sich, daß die neuen gesamtdeutschen Gewerkschaftsstrukturen nicht durch einen „Anschluß“ autonomisierter FDGB-Gewerkschaften an die bestehenden Strukturen zu realisieren waren. Dieser anfangs versuchte Weg führte nur zu weiterem Zeitverzug und hätte zu unabsehbaren Delegitimierungsprozessen geführt. Da die FDGB-Gewerkschaften nicht als Interessensvertretungsorganisationen, sondern als „ideologische Staatsapparate“ fungierten, gab es zu dem Neuaufbau von Grund auf keine realistischen Alternativen. Daß dabei plötzlich die im Westen bestehenden Strukturen im hellen Licht erschienen, als seien diese nicht selbst veränderungsbedürftig, und die Möglichkeit einer Organisationsreform

verspielt wurde, sollte allerdings kritisch vermerkt werden.

Wurde noch in der gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion/West auf die Notwendigkeit eines stärkeren Zusammengehens der Einzelgewerkschaften und eines Funktionszuwachses für den Dachverband verwiesen¹, um den neuen politischen Herausforderungen begegnen zu können, so ist heuer eine Verfestigung des subalternen Status des DGB zu konstatieren. Denn der Aufbau von Strukturen der Einzelgewerkschaften schreitet schneller als der des DGB voran und bestimmt so die nun noch weiter ausgeprägte Asymmetrie ihres Verhältnisses. Am Beispiel der fünf neuen Länder kann jetzt studiert werden, welche negativen Folgen ein Rückzug des DGB aus der Fläche zeitigt.

Kein Wessi, der noch nicht in den Genuß eines längeren „Osteinsatzes“ gekommen ist, kann sich vorstellen, welchen enormen Kraftaufwand es erfordert, gewerkschaftliche Strukturen gänzlich neu aufzubauen. Ein Arbeitsalltag aus „Feuerwehreinsätzen“ blockiert die eigene Gestaltungsphantasie, grundlegende Interessensvertretungsinstrumente wie Vertrauensleutekörper fehlen weit hin. Und überall vollzieht sich die gewerkschaftliche Aktivität vor dem Hintergrund des sozialen und ökonomischen Niedergangs der Region, der zu einer grundlegenden Defensivsituation der Gewerkschaftsbewegung führt.

Dennoch haben die Gewerkschaften im Osten einen ungeheuren Vertrauensbonus, der sich in einem überdurchschnittlichen Organisationsgrad niederschlägt. Sie werden allerdings „häufig als Rückversicherungs-Anstalt verstanden - als Macht im Hintergrund, die im Notfall Hilfe leistet, und kaum als Mittel der Entfaltung eigener Forderungen“². Vor dem Hintergrund fehlender tradierter Bindungen und der weiteren Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit ist mit einem drastischen Rückgang der Mitgliederzahlen - zwischen 20% und 50% - zu rechnen. Dieser organisatorische Einbruch wird umso drastischer ausfallen, je mehr eigene Gestaltungsperspektiven fehlen. Weil es keine kurzfristigen Lösungen der ökonomischen Probleme gibt und diesbezügliche, den Gewerkschaftsbeitritt motivierende Hal-

tungen der Mitglieder illusionär sind, bedarf es „Programme mittlerer Reichweite“, die eine Bindung an die Gewerkschaftsbewegung über den Tag der Arbeitslosigkeit hinaus bewirken könnten.

Doch hier ist mit aller Nüchternheit zu konstatieren, daß solche Gestaltungsvorschläge weitgehend fehlen. Die Konzentration auf Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ist in keiner Weise ausreichend. Notwendig wäre deren Integration in ein regional- und strukturpolitisches Konzept, das die industrielle Rekonstruktion und den Aufbau einer Infrastruktur mit einer durchgreifenden Ökologisierung verbindet, und solche Globalprogramme bis auf die Ebene betrieblicher Konversion „herunterdekliniert“. Davon ausgehend wäre dann der krisenverschärfende Crash-Kurs der Bonner Rechtsregierung ins Visier zu nehmen.

Bisher schwanken die Gewerkschaften jedoch zwischen einer Mobilisierungsstrategie, die ohne solche Perspektiven zunehmend - wie die schwache Beteiligung an der IG Metall-Demonstration in Berlin zeigt - ins Leere laufen wird, und einer zahnlosen korporativistischen Politik „konzertierter Aktionen“ (neudeutsch: Runde Tische) im Rahmen des „Aufschwungplans Ost“, die in Gefahr steht, ein zur Kapitaleseite hin verschobenes Kräfteverhältnis zu „ratifizieren“.

Die Gewerkschaften ohne Partner?

Vor diesem Hintergrund entwickelt sich ein Klima der Alternativlosigkeit, ein „Titanic-Gefühl“ mit einem enormen Gefahrenpotential für die politische Entwicklung. Versagt die „Rückversicherungsanstalt Gewerkschaft“ bei der Verteidigung der existentiellen Interessen und fehlen gleichzeitig linke Reformalternativen, so droht eine Kanalisierung des sozialen Protests durch den Rechtspopulismus a la Schönhuber. Solche Varianten rechter Politik können in dem weitverbreiteten Autoritarismus und Etatismus („Der starke, fürsorgliche Staat“) unserer NeubürgerInnen Anknüpfungspunkte finden. Der Niedergang der Repts im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses, der die

Integrationsfähigkeit des Neokonservatismus reaktivierte, könnte sich als ein kurzfristiger Abschwungzyklus erweisen, wenn unter dem Druck der sozialen Probleme der nationalisierende Kitt des Blocks an der Macht bröckelt.

Dabei muß in Rechnung gestellt werden, daß auch auf der parteipolitischen Ebene die Gestaltungsalternativen fehlen und insofern den Gewerkschaften für eine überbetriebliche Einflußnahme auch ein sie unterstützender Partner in der „politischen Gesellschaft“ fehlt. Sie befinden sich in einer Art „Zwangsautonomie“. Dies führt jedoch keineswegs - wie eine linke Mythenbildung vielleicht annehmen könnte - zu einer erhöhten gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit.

Der Sozialdemokratie - als originärem Partner der Gewerkschaften im Westen - fehlt im Osten die betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung. Der Geburtsfehler einer Pastorengründung hat zu einer sozialstrukturellen Minderheitenposition geführt. Es sind nicht nur Mitglieder und Ortsvereine, die der Sozialdemokratie fehlen. Was fehlt, ist eine positive programmatische Identität, die sich in die wechselvolle Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einordnet und dadurch auch historisches Selbstverständnis und -vertrauen gewinnt. Bisher ist sie noch eine „Partei alten Typs“, d.h. ihre Identität bestimmt sich nachwievordurch ihre Oppositionshaltung gegenüber den früheren poststalinistischen Strukturen. Nach deren Wegfall ist diese Identität jedoch kaum zukunftsfähig und zur Abgrenzung gegenüber anderen Parteien wenig geeignet. Gleichwohl kann in den östlichen Bundesländern auch keine andere Parteiformation die Rolle der Sozialdemokratie im politischen System - und hieraus erwächst ihre Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung wie auch für die Gesamtlinke - ausfüllen. Insofern zeigt sich hier die Schlüsselrolle in negativer Form.

Die PDS ist im großen und ganzen eine absterbende Regionalpartei, die bisher nicht in der Lage war, ihre strukturellen Defizite (Überalterung, mangelhafte Aufarbeitung der Vergangenheit etc.)³ aufzuheben. Ähnlich konzeptionslos in wirtschaftspolitischen Fragen wie die anderen Parteien, betreibt sie - fast wäre

**PDS/Linke
Rheinland-Pfalz**

Die Linke neu erfinden

PODIUM PROGRESSIV

Die Broschürenreihe der PDS/Linken Liste

Heft 1

Sebastian Reinfeld

*Rassismus:
Die unsichtbare Gewalt*

2. Auflage, 64 Seiten,
brosch., Einzelpreis: DM 3.-

Heft 2

**Manon Tuckfeld/
Jens-Christian Müller**

*Kritik der Theorie
eines ökologischen
Kapitalismus*

80 Seiten, brosch.,
Einzelpreis: DM 5.-

LILI Korrespondenz

Die Zeitschrift der PDS/Linken Liste

3/1991

Joachim Hirsch Nach dem Ende der Neuen Linken; Jutta Dilsfurth u.a. Perspektiven der Ökologischen Linken; Uwe Kremer Das Ende von '17 - das Erbe von '68; Theodor Bergmann Kommunistische Alternativen zum Stalinismus; Dietmar Wittich Sozialstrukturelle Umbrüche und politisches Verhalten in den neuen Bundesländern; Janine Millington-Herrmann/Anne Neugebauer Kein § 218 in Ost und West

Probexemplar anfordern

**Bestellungen an: PDS/LILI
Postfach 3346, 6500 Mainz**

man versucht, zu sagen: typisch sozialdemokratisch - das Geschäft lautstarker Presseverlautbarungen, in denen der „Kolonialisierungsprozeß“ moralisierend beklagt wird. Die Durchführung von eigenen Protestkundgebungen für das eigene Milieu ist nur das Spiegelbild ihrer fehlenden Verankerung

**ANGESICHTS
DER GESELLSCHAFT-
LICHEN ISOLIERUNG
DER PDS
IST EINE REFORM-
POLITISCHE
BÜNDNIS-
KONSTELLATION
AUF ABSEHBARE ZEIT
NICHT
DENKBAR.**

in den gewerkschaftlichen Interessensvertretungsstrukturen und ihrer fehlenden Akzeptanz bei Bündnispartnern. So bitter es für „bündnisverwöhnte“ Westlinke, die Verfasser eingeschlossen, sein mag: Angesichts der gesellschaftlichen Isolierung der PDS - bedingt durch einen mit realen Negativerfahrungen gespeisten und aufgeladenen „Antikommunismus von unten“⁴, der durch die Widersprüche der PDS-Erneuerung (Finanzskandal, personelle Kontinuitäten auf unteren Parteebenen etc.) immer wieder aktualisiert wird - ist eine reformpolitische Bündniskonstellation, die einerseits machtpolitisch relevant ist, also die Gewerkschaften einschließt, und andererseits das gesamte plurale Spektrum der Linken integriert, auf absehbare Zeit nicht denkbar. Möglicherweise wird sich eine linke Bündniskultur erst nach dem Ende der PDS entwickeln lassen.

Das Bündnis-90-Spektrum hat sicherlich als Opposition in der DDR, bei der

Einleitung des Demokratisierungsprozesses, eine verdienstvolle Rolle gespielt. Aber gleichwohl lebt dieses Spektrum von seinen alten Zeiten, die durch neue Enthüllungen (Veröffentlichung von Stasi-Listen) noch am Leben gehalten werden. Der Differenzierungsprozeß an den neuen gesellschaftspolitischen Konfliktlinien ist erst eingeleitet, wird aber nicht zu verhindern sein. Einen strategischen Bezug zu gewerkschaftlichen Handlungsfeldern und eine diese Probleme aufgreifende Linke (vergleichbar dem Linken Forum bei den Grünen/West) gibt es allenfalls als Randerscheinung. Durchaus typisch für den main-stream dieses Spektrums ist die Position des Neuen Forum-Mitbegründers, Jens Reich: „Die Bürgerbewegungen stehen also auf folgender Position: Im Gegensatz zu Parteien halten wir uns aus ordnungspolitischen und ökonomischen Interessenkonflikten heraus oder nehmen eine vermittelnde Stellung ein. ... Die ideale Bürgerbewegung sorgt sich um das Wohl des Gemeinwesens, ohne Partei zu ergreifen“⁵.

So leben alle Parteien, die im politisch-parlamentarischen Raum gewerkschaftliche Forderungen aufgreifen könnten, sowohl mental als auch von ihrem politischen Profil her, noch von ihrer Identität unter DDR-Bedingungen. Die Gewerkschaften sind zur Zeit die einzige Kraft, die sich mit den neuen ökonomischen und politischen Machtstrukturen auseinandersetzen, während diese ihren potentiellen Partnern häufig aus dem Blick geraten.

Gewerkschaftliche Alternativen

Wenn verhindert werden soll, daß die fünf neuen Länder eine extrem strukturschwache Region bleiben, reichen Appelle an die Unternehmer nicht aus. Die Gewerkschaften und die ihr nahestehenden politischen Kräfte müssen sich auf einen „politökonomischen Aufbaukonsens“ verständigen:

- Angesichts ihrer ökonomischen Schlüsselrolle muß die Treuhand-Anstalt auf eine Politik der ökologischen Sanierung und Modernisierung der bestehenden Betriebe umprogram-

miert werden. Nur durch eine aktive Regional- und Strukturpolitik wird der Deindustrialisierungsprozeß zu stoppen sein.

- Nachdem selbst der Neokonservatismus zu einer Politik des deficit spending übergegangen ist, ist es völlig fehl am Platz, wenn jetzt Teile der Sozialdemokratie einen anti-keynesianischen Verschuldungsdiskurs führen. Vielmehr müßte die politische Konstellation genutzt werden, um ein umfangreiches öffentliches Ausgabenprogramm zu propagieren, das den ökologischen Umbau mit beschäftigungspolitischen Initiativen verbindet. Schwerpunktbereiche eines solchen Programms liegen im Aufbau der Verwaltungen, in der Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur, der ökologischen Sanierung, der Modernisierung des Kommunikationssystems und im Wohnungsbau⁶.

Es ist kaum vorstellbar, daß diese Eckpunkte eines Alternativprogramms im Rahmen einer ausschließlichen Dialogpolitik durchgesetzt werden können. Die gewerkschaftliche Mobilisierung und Aktion bleibt daher unverzichtbar, um den eigenen Forderungen eine Realisierungschance zu lassen. Sie ist zudem die einzige Form, in der der „rebellische“ soziale Protest der von Deklassierung Bedrohten sich zivilisiert artikulieren können. Durch materielle Interessensvertretung muß dem Rechtspopulismus das Terrain genommen werden. Auf der Basis einer solchen Mobilisierungs- und Gestaltungsstrategie kann dann auch der Druck von unten in die „politische Gesellschaft“ hinein, in institutionalisierte Klassenkompromißstrukturen übersetzt werden, für deren „linksradikale“ Ablehnung kein Anlaß besteht.

Linke Wessis und Ossis vereinigt Euch?

Bisher hat die Linke die Auswirkungen der staatlichen Vereinigung auf das innere Gefüge des Reformlagers unterschätzt bzw. diese nur staunend zur Kenntnis genommen. Eine Vereinigung der Grünen mit dem

gesamten Spektrum der Bürgerbewegungen würde das Linke Forum aus seiner derzeitigen innerparteilichen Rolle verdrängen und den Durchmarsch des Ökoliberalismus bedeuten. Das Ergebnis wäre eine grüne FDP mit einer an den Rand gedrängten Parteilinke.

Die innere Reformfähigkeit der Ost-SPD darf wohl angezweifelt werden. Gelingt es über in den Gewerkschaften verankerte Sozialdemokraten nicht, eine Parteilinke aufzubauen, und verbleibt die SPD-Ost in dem Zustand programmatischer Diffusion, wird dies den generellen SPD-Trend hin zur amerikanisierten Allerpartei, die nach allen Seiten hin koalitionsfähig ist, verstärken. Die Bereitschaft von Teilen der SPD- und DGB-Führung, sich in die Politik des „Blocks an der Macht“ einbinden zu lassen (von gemeinsamen Arbeitsgruppen bis hin zur ständigen Spekulation über eine große Koalition angesichts der „nationalen Notlage“), wird nur dazu führen, daß die vom Neokonservatismus Betrogenen überhaupt keine Ansprechpartner mehr haben werden.

Und die Gewerkschaften? Zurecht hat Blessing⁷ auf die Gefahr hingewiesen, daß die in der Zukunftsdiskussion der IG Metall bearbeiteten „neuen Fragen“ (von der Ökologie bis zum Feminismus) wie-

der in den Hintergrund gedrängt werden. Diese Diskussion ist allerdings auch im Westen schon zum großen Teil versickert, so daß Zweifel über deren organisationsinterne Breitenwirkung angebracht sind. Eine fatale Gleichzeitigkeit: Dem Fehlen einer gestalterischen Politik im Osten entspricht die Stagnation der Zukunftsdebatte im Westen.

Es besteht die Gefahr einer wechselseitigen Blockade: Im Osten kann eine traditionalistische Politikvorstellung mit ihren althergebrachten Wertorientierungen (verengter Interessensbegriff, Organisationsdisziplin etc.) - sei sie sozialpartnerschaftlicher oder altlinker Couleur - wieder an Boden gewinnen und eine Orientierung der gewerkschaftlichen Politik auf Schlüsselgruppen der „modernen Arbeitnehmer“ erschweren. Umgekehrt besteht im Westen vor lauter „moderner Orientierung“ die Neigung, den Schutz vor Deklassierung und Marginalisierung als Randbereich gewerkschaftlicher Politik erscheinen zu lassen. Das alte und aktuelle Problem besteht darin, die unterschiedlichen Kulturen, Interessen und Zugänge zu gewerkschaftlicher und linker Politik in einem politischen Projekt der „Klasseneinheit“ zu bündeln.

spw

¹ Vgl. Martin Kempe: Die Kraft kommt von den Wurzeln. Perspektiven der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Frankfurt am Main/Wien 1990, S.227ff

² Horst Kern/Rainer Land: Zur Mentalität der ArbeiterInnen in der Ex-DDR. Abwarten und sehen was kommt. In: Die Quelle 3/91, S.28ff.

³ Vgl. Frank Wilhelmy: Perspektive als Alternative? Gedanken zur Zukunft der PDS in Deutschland. In: Utopie Konkret Heft 1, S.44ff. spw-Redaktion: Die heimatlose Linke. In: spw-Heft 54, S.23ff

⁴ Es sollte nicht verschwiegen werden, daß der größte Teil unserer NeubürgerInnen sich in keiner Weise mit ihrem früheren opportunistischen Täter-Verhalten auseinandersetzt. Daher spielt bei diesem „Antikommunismus von unten“ der Schuldtransfer, die eigene Selbstgerechtigkeit, eine zentrale Rolle. Seine Wirksamkeit resultiert vor allem daraus, daß er auf selbsterfahrene, von der SED zu verantwortende Mißstände rekurrieren kann. Dies unterscheidet ihn von einem von der Logik der Macht ausgehenden „Anti-

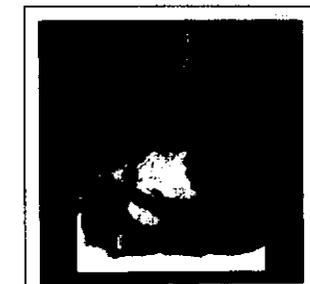
kommunismus von oben“. Eine Gegenstrategie sollte diese unterschiedlichen Antikommunismen unterscheiden.

⁵ Jens G. Reich: Bürgerbewegungen und parlamentarischer Netzwerck. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/91, S.43-50, hier S.46f.

⁶ Vgl. Jörg Huffscheid: Statt warten und wursteln: Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland. In: Sozialismus 3/91, S.27ff

**Von Frauen,
die auszogen,
um Angst
zu erforschen**

Angst gehört so sehr zu den Erinnerungen, die bis in die Gegenwart hineinreichen, daß sie fast ein natürliches Befinden zu sein scheint, ständig bereit, Leib und Seele in einen Alarmzustand zu versetzen.



F. HAUG/K. HAUSER (HG.)
DIE ANDERE ANGST
FRAUENFORMEN

Angst vor der Dunkelheit, Angst vor Höhen und Tiefs, vor Geschwindigkeit. Später Angst vor Öffentlichkeit, vor Fremdheit, vor Veränderung. Angst, vor der geflohen, Zuflucht gesucht, ein Heim gefunden wird. So begleitet Angst zweckmäßig den Frauenweg in die geschützten Räume. Der Zustand hindert, Plätze einzunehmen, die es zur Wendung bräuchte. Das Aufschreiben von Angsterfahrungen — aus der Erinnerung an die Kindheit oder auch aktuellen — wie Angst im Dunkeln, Angst, daß es herauskommt und Angst, aus dem Haus zu gehen, war die Grundlage eines Frauenforschungsprojektes zum Thema Angst, das mit diesem Buch abgeschlossen und vorgestellt wird.

Argument Sonderband
AS 184, DM 18,50

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Grundgesetzänderung?

Interview mit Norman Paech

spw: Es hat Diskussionen über die völkerrechtliche Bewertung des Golfkriegs und der Rolle von USA und UNO gegeben. Wie siehst Du das jetzt im Rückblick?

Paech: Mit Kriegsbeginn am 17.1. hat UN-Generalsekretär Perez de Cuellar gesagt: „Dies ist eine Niederlage für die UNO“. Das meine ich auch, trotz des vordergründig siegreichen Krieges. Die UNO hat sehr richtig und prompt auf die völkerrechtswidrige Annexion Kuwaits reagiert, indem sie den Rückzug verlangte und sogleich ökonomische Sanktionen androhte. Bis in den November hatte die UNO durchaus die Führung der antiirakischen politischen Aktion. Im August hatte der Sicherheitsrat begrenzte militärische Aktionen zur Unterstützung des Embargos verfügt. Das war alles adäquat. Obwohl die Resolution Ende August die militärischen US-Aktionen faktisch nachträglich legalisierte, hielt sie sich noch im Rahmen der Verfügungsmöglichkeiten der UNO. Aber Resolution 678 war schließlich der Sündenfall der UNO: Damit hatten die Mitglieder des Sicherheitsrats sehenden Auges auf US-Druck ihre nach Artikel 42 UN-Charta nötige Kontrolle und strategische Führung der Aktionen gegen den Irak an die USA abgegeben.

spw: War das von vornherein programmiert oder beruhte das auf Fehleinschätzungen?

Paech: Was ab 15.1. geschah, war vorherzusehen. Die US-Regierung hat früh genug gesagt, daß ihr Ziel die Ausschaltung Iraks als politischer und militärischer Machtfaktor im Nahen Osten war. Darin waren sie auch mit Israel einig. Und sie haben nie Zweifel aufkommen lassen, daß sie sich niemals einer kollektiven Führung der UN, z.B. durch den Generalstabsausschuß nach

Artikel 47 unterwerfen würden. Das Dilemma der Sowjets war, daß sie damals schon politisch und ökonomisch nicht in der Lage waren, sich dem Druck der Amerikaner zu widersetzen.

spw: Du hast während des Krieges darauf hingewiesen, daß Maßnahmen aufgrund der UN-Charta verhältnismäßig sein müssen und daß das hier nicht der Fall ist.

Paech: Wir kennen noch gar nicht alle Verluste und Schäden. Und obwohl dieser Krieg relativ kurz war, war er in der Tat unverhältnismäßig. Im November wurde keine erste Bewertung der

Embargo-Maßnahmen vorgenommen. Sowohl die CIA als auch unabhängige Organisationen waren der Meinung, daß sie bereits in dieser kurzen Zeit so erfolgreich waren, daß sie auf längere Frist durchaus gezogen hätten. Im Fall Rhodesiens hat die UNO mehr als zehn Jahre gewartet, im Falle Südafrikas und Namibias unendlich mehr Geduld walten lassen. Aber die USA waren hier zum Abwarten nicht bereit. Saddam hatte von vornherein damit gedroht Gas einzusetzen, Israel anzugreifen. Selbst ein Atomangriff schien möglich und eine Ausweitung des Konflikts war zu befürchten. Auch die ökologischen Schäden, die nun eingetreten sind, waren abzusehen. Das waren kalkulierbare

Norman Paech,

53, Professor für öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg mit dem Schwerpunkt Staats-, Verfassungs- und Völkerrecht, langjähriger Vorsitzender der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ), ist Mitherausgeber und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift Demokratie und Recht und Mitglied der SPD.

Paech hat in den vergangenen Jahren wiederholt an juristischen Beobachtungsmissionen im Nahen Osten, u.a. in den von Israel besetzten Gebieten

teilgenommen und hat sich während des Golfkrieges zu dessen völkerrechtlicher Einschätzung geäußert.

Eine detailliertere Analyse der völkerrechtlichen Probleme des Golfkriegs und der Pläne, die Bundeswehr auch außerhalb der NATO-Grenzen einzusetzen, hat Paech in: Werner Ruf (Hrsg.): Eine neue Weltordnung? Der Golfkrieg: Hintergründe und Perspektiven, Münster 1991, veröffentlicht.

Mit Norman Paech sprachen Wiebke Baars und Felix Welti Anfang April.

Risiken, die einen solchen militärischen Eingriff nicht rechtfertigten. Das UN-Instrumentarium des militärischen Eingriffs ist in bestimmten Situationen heute inadäquat, es gibt keine Alternative zu politischen Lösungen. Wir werden sehen: Keines der großen Probleme im Nahen Osten, sei es das Palästinenser-, das Kurdenproblem oder das der willkürlich gezogenen kolonialen Grenzen, ist damit gelöst. Weitere Kriege dort sind nach wie vor wahrscheinlich.

spw: Der Krieg war also völkerrechtswidrig?

Paech: Ja. Und es ist interessant, daß die herrschende Völkerrechtslehre der Bundesrepublik dazu komplett schweigt. International, z.B. in USA, Frankreich und Japan, gab es sehr kritische Stimmen zum Ablauf des gesamten Sanktionsmechanismus, die mit meiner Auffassung übereinstimmen. Es hat auch eine internationale Initiative von Völkerrechtlern gegeben, die auf einschneidende Mängel hingewiesen hat. So muß eine solche Entscheidung nach Artikel 27 UN-Charta mit den Stimmen aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates erfolgen. Die VR China hatte sich aber enthalten.

spw: Der Begriff der Erforderlichkeit in Artikel 42 ist von UN-Seite noch nicht klar definiert.

Paech: Anders als z.B. beim Aggressionsbegriff ist eine solche Kodifikation nicht erfolgt. Die Verhältnismäßigkeit ist aber Inhalt des Staatsrechts vieler UN-Mitglieder und ist somit auch Bestandteil des Völkerrechts. Im vorliegenden Fall ist die Verhältnismäßigkeit kaum mehr begründbar. Im Zusammenhang der Friedensfunktion der UNO ist ein Krieg auf solchem technologischen Niveau mit derart großem Zerstörungspotential nicht mehr verhältnismäßig.

spw: Zu beleuchten wären auch Rolle und Kompetenzen des Generalstabsausschusses nach Artikel 47.

Paech: Das ist ein dunkles Kapitel. Die Alliierten von 1945 waren vor die Frage

gestellt, wie sie den erfolglos gebliebenen Sanktionsmechanismus des Völkerbunds besser ausbilden könnten. Eines der Mittel war, daß alle Staaten nach Artikel 43 verpflichtet wurden, dem Sicherheitsrat in Sonderabkommen Truppen zur Verfügung zu stellen. Das ist aber auf den passiven Widerstand sämtlicher Mitglieder gestoßen - es gibt keine solchen Sonderabkommen. Dafür haben sich außerhalb der UN-Charta die Blauhelme entwickelt, um zumindest Pufferzonen schaffen zu können. Der Generalstabsausschuß nach Artikel 47 aus Vertretern der ständigen Sicherheitsrats-Mitglieder ist praktisch leergelaufen, die USA konnten sich denn auch seiner Kontrolle entziehen.

Wird eine Macht dominant, hat das Völkerrecht nicht mehr viel zu sagen

spw: Wie schätzt Du hier die Chancen der UN-Reform ein? Die USA spielen dort ja momentan eine Rolle, die ihnen aufgrund ihres ökonomischen und politischen - außermilitärischen - Gewichts eigentlich nicht zukommt, nicht nur gegenüber den Ländern des Südens, sondern auch Westeuropa und Japan, die z.B. in der Produktivitätsentwicklung längst vor den USA liegen.

Paech: Ich bin da sehr skeptisch. Es gibt kaum ein Gegengewicht zur USA und vor allem zur atlantischen Allianz. Die UdSSR ist geschwächt und die Staaten Westeuropas sind nicht gewillt, eine andere Machtkonstellation zu schaffen. Wird eine Macht dominant, hat das Völkerrecht nicht mehr viel zu sagen. Das gilt für alle historischen Epochen.

spw: Norbert Gansel argumentiert, durch die Beteiligung bundesdeutscher Truppen nahe einer Grundgesetzänderung könne das politische Gewicht gegenüber den USA gesteigert werden.

Paech: Das halte ich nach 40 Jahren atlantischer Geschichte für eine Illusion. Keine Bundesregierung, auch die sozialliberale nicht, war je ein Bremsklotz für die imperialistische Politik der USA.

Auch die Aufwertung der BRD zum ständigen Sicherheitsratsmitglied hätte ich für schlecht, man würde den Böck zum Hilfgärtner machen. Das wäre - wie auch im Falle Japans - eine Stärkung der westlichen Interessen in der Welt. Auch in der Golfkrise hat die Bundesregierung ja keine bremsende, sondern eine unterstützende Funktion gehabt. Besser wäre, Lateinamerika, Asien und Afrika stärker im Sicherheitsrat vertreten zu haben. Aber dazu sind die ständigen Mitglieder USA, Frankreich und England im Augenblick nicht bereit.

Die USA erledigen die Kriege in der „Dritten Welt“ wie ein geleastes Militärunternehmen

spw: Gibt es nicht differierende Interessen zwischen den USA einerseits und Deutschland und Japan andererseits, nicht weil die letztgenannten aufgrund ihrer historischen Erfahrungen friedlicher wären, sondern weil beispielsweise das bundesdeutsche Kapital an - momentan nichtmilitärischer - Expansion in Osteuropa und das japanische in Asien interessiert ist?

Paech: Das ist richtig, es hat immer zwischen den wichtigsten westlichen Staaten Machtkämpfe um Kapitaleinflüsse gegeben und wird es weiterhin geben. Aber in der Frage der Beherrschung der Welt nach einer atlantisch kapitalistischen Weltordnung wird es weiter einen westlichen Konsens derart geben, daß die Amerikaner wie ein geleastes Militärunternehmen die Kriege in der Dritten Welt erledigen, um diese Weltordnung aufrecht zu erhalten. Man merkt, daß nach dem Ende des Ost-West-Konflikts der Nord-Süd-Konflikt die Zukunft beherrschen wird. Darauf stellen sich die Militärstrategien der atlantischen Vereinigung und der USA ein. Der Krieg gegen den Irak war ein erster Ausfluß dieses Konfliktes, in dem es große Interessenübereinstimmung zwischen den USA, Japan und den europäischen Staaten in Hinblick auf den Zugriff auf die Ressourcen des Südens gibt.

spw: Allein die Tatsache, daß der Krieg einer Macht des Südens gegen die westliche Weltführbar gewesen ist, wird als potentiell revolutionäre Situation bewertet, da andere daraus folgern könnten, daß z.B. eine Atommacht bessere Karten hätte.

Paech: Eine der mit diesem Krieg verbundenen Illusionen war, daß die Staaten des Südens akzeptieren würden, daß der Hammer im Norden hängt und sie sich deshalb nicht auf weitere Rüstungsausgaben stürzen und damit ihre Ökonomien ruinieren. Effekt dieses Krieges wird aber sein, daß die Staaten des Südens weiter aufrüsten. Der Norden bietet ihnen die Rüstung an und sie werden in einer verbesserten Rüstung die einzige Möglichkeit sehen, ihre Souveränität zu verteidigen. Dies findet in den Strategien der Amerikaner und der Franzosen in letzter Zeit sehr deutlich seine Entsprechung. Mitte der achtziger Jahre war das Schlagwort „low intensity warfare“, man führte im Süden - von Angola über Nicaragua bis Afghanistan - Stellvertreterkriege auf niedriger militärischer Stufe, um das eigene Personal zu schonen. Der Golfkrieg stellt eine andere Art des Krieges dar. Staaten wie Pakistan, Indien und Brasilien haben ein entwickelteres ökonomisches, politisches und militärisches Potential, das weit über dem Standard beispielsweise zentralafrikanischer Staaten steht. Die reale Gefahr für den Norden ist, daß sie sich dem Zugriff auf ihre Ressourcen verweigern wollen. Dafür ruft jetzt Baker nach einem noch weiter differenzierten militärischen Potential, daher der neue Aufschwung für SDI.

Um Menschenrechte kümmert sich der Norden nur, wenn es in sein Geschäft paßt

spw: Sind die beiden letzten Resolutionen des Sicherheitsrates, die auch zur Frage der Kurden Stellung nehmen, in diese Linie einzuordnen oder gibt es eine neue Entwicklung, in der Menschenrechte eine wichtigere Rolle spielen?

Paech: Um Menschenrechte in dieser Region kümmert sich der Norden immer nur, wenn es in sein Geschäft paßt. Das Kurdenproblem ist seit Jahrzehnten bekannt, man hat sich nie darum gekümmert. Nur jetzt droht es die ganze Struktur des Nahen Ostens zu sprengen. Das ist wie mit den Palästinensern. Allmählich muß man sich damit beschäftigen. Die ganze Region mit ihren willkürlichen Grenzziehungen ist ein Erbe des französischen und britischen Kolonialismus und ihrer wie der USA ökonomischen Interessen. Die USA wie auch die UNO sind weit davon entfernt, ein zukunftsträchtiges Modell für das momentan hochexplosive Kurdenproblem zu haben. Die Kurden sind über fünf Staaten verteilt, hatten nie einen eigenen Staat. Kaum einer dieser Staaten hat jemals die Menschenrechte der Kurden geachtet. Der Vorschlag von Schutzzonen ist auch nur ein Ausdruck der Hilflosigkeit gegenüber diesem Problem. Nach der UN-Charta Art. 2, Ziffer 7 haben die UN keine Möglichkeit, Schutzzonen gegen einen Staat durchzusetzen, der dies nicht will. Um realistisch zu sein, müßte sich der Ruf nach Schutzzonen auch an die Nachbarländer richten. Würden die Türkei, Syrien und Iran Schutzzonen einrichten, könnte auch der Irak dazu gebracht werden. Eine Lösung kann nur durch eine internationale Konferenz erfolgen.

spw: Hat die vielbeschworene Nahost-Konferenz überhaupt eine Chance?

Paech: So wie das Kuwait-Problem politisch hätte gelöst werden müssen, so ist es auch mit den Fragen der Palästinenser und Kurden. UNO und auch USA haben immer diese Position vertreten, was Palästina betrifft. Auch das Palästina-Problem ist nicht militärisch zu lösen. Es gibt hoffnungsvolle Ansätze, aber auch Stimmen aus Israel, die mich skeptisch stimmen.

spw: Manche im Westen, sogar Sozialdemokraten, halten die PLO nach dem Golfkrieg für schwer angeschlagen, ja für nicht mehr geschäftsfähig.

Paech: Es gibt keine Alternative zur PLO. Seit 1967 waren die Israelis auf der Suche nach „zionistischen“ Palästinensern, sie haben keine gefunden. Die

sogenannten gewählten Vertreter aus den Westbanks, wie sie Israel als Gesprächspartner will, gehören größtenteils ebenfalls der PLO an, wenn nicht, haben sie auch kein Verhandlungsmandat der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Die verzweifelte Parteinahme für Saddam Hussein ist nur aus der desolaten Situation der palästinensischen Sache heraus zu verstehen. Sie ist nicht erfolgt, weil man in Saddam einen demokratischen Führer für die Zukunft des Nahen Ostens sah, sondern weil es weder von Israel, noch von den arabischen Staaten, noch von USA oder Sowjetunion irgendeinen Lösungsansatz gegeben hat und weil Saddam der erste gewesen ist, der sich dem amerikanischen Herrschaftsanspruch entgegengesetzt hat. Das war das Setzen auf ein falsches Pferd, wie es das in der PLO-Geschichte häufig gegeben hat.

spw: Also ist es ganz pragmatisch unmöglich, die PLO auszuklammern?

Paech: Ja. Sowohl die Führung als auch die palästinensischen Massen in Jordanien sehen jetzt zwar, daß ihre Haltung eine Niederlage war, aber sie werden sich nicht auseinanderdividieren lassen.

Die USA müssen Druck auf Israel ausüben

spw: Außer fernen Konferenzen - gibt es Ansätze, die Resolution 242 des Sicherheitsrates betreffend die besetzten Gebiete zu verwirklichen?

Paech: Die Schlüsselposition hierfür haben die USA. Sie müssen Druck auf Israel ausüben. Nur dann werden sich die Widersprüche in Israel verschärfen. Peres hat sich ja schon auf die Position „Land für Frieden“ eingespielt.

spw: Ob das Grundgesetz geändert wird, hängt ja nicht unmaßgeblich an der SPD. Es gibt mittlerweile den Vorschlag des Parteivorstands, dem „Einsatz der Bundeswehr für friedenssichernde Maßnahmen der UNO (Blauhelme)“ zuzustimmen.

Paech: Dazu bräuchte es gar keine Grundgesetzänderung. Mit dem Beitritt von BRD und DDR 1974 zur UNO hat die Bundesrepublik die Rechte und Pflichten der UN-Charta als eines multilateralen Vertrags akzeptiert. Es hat da keine Vorbehalte gegeben. Sie ist daran gebunden.

spw: Also Einsatz nach Artikel 24 II Grundgesetz?

Paech: Dort steht in der Tat die Möglichkeit der Integration in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit. Das ist die UNO - und daraus erwächst die Möglichkeit, daß sich die Bundeswehr an Einsätzen nach Artikel 42 UN-Charta beteiligt. Allerdings ist die BRD nicht zu verpflichten, das ergibt sich aus Artikel 43, da es bisher keine Sonderabkommen gibt. Es geht nur um die Möglichkeit, dies freiwillig zu tun. Und manche Staaten, z.B. Österreich, haben sich von dieser Verpflichtung befreien lassen, um ihren Neutralitätsstatus zu wahren. Mein Ansatz wäre, daß die Bundesrepublik - aufgrund ihrer Vergangenheit - um eine Befreiung nachkommt. Es blieben die Blauhelme. De facto sind sie das Friedenssicherungsinstrument der UNO, und obwohl nicht in der UN-Charta vorgesehen, sehen sie doch alle Völkerrechtler als durch sie legitimiert an. Eine Grundgesetzänderung für „Blauhelme“ hätte für mich allerdings nur den Charakter einer Klarstellung.

spw: Karsten Voigt sagt, daß durch diese Klarstellung eine größere Einschränkung von Bundeswehreinsetzungen möglich ist, als wenn man die Interpretation beispielsweise dem Bundesverfassungsgericht überließe.

Paech: Man muß hier die juristische von der politischen Seite trennen. Würde die SPD es ernst meinen zu verhindern, daß die Bundeswehr bei UN-Zwangsmaßnahmen nach Artikel 42 der Charta mitmacht, müßte sie ein Doppeltes tun: Sie müßte das im Grundgesetz klarstellen, aber auch in den UN. Dort müßte eine Einschränkung der Verpflichtungen von den Staaten der UN akzeptiert werden. Ich kenne die Blauhelm-Missionen in Afghanistan, Libanon, Namibia und halte sie für echte Friedensmissionen. Eine Beteiligung daran muß nicht der

Schlüssel zu militärischer Expansion der Bundesrepublik sein, sondern könnte die Einbindung in einen Friedensmechanismus sein, die dann auch eine Grenze für alle weiteren NATO, WEU- und auch UNO-Ambitionen sein müßte. Dies müßte im Grundgesetz festgeschrieben werden und könnte dann ein wirksamer Riegel gegen jedes weitere Engagement sein.

Nichts ist in der Sozialdemokratie so eindeutig wie die Zweideutigkeit

spw: SPD-Linke fürchten aufgrund ihrer Erfahrungen einen politischen und juristischen Türöffner. Die Formulierungen erscheinen unklar. Gansel diskutiert gewaltsame Einsätze einer „Weltfriedenspolizei“. Viele meinen, daß solange SPD und Friedensbewegung keine Gestaltungsmacht haben, nur Vetomacht hilft, also das klare Nein.

Paech: Als alter Sozialdemokrat weiß ich, daß nichts so eindeutig ist, wie die Zweideutigkeit der Sozialdemokratie. Die bisherigen Formulierungsvorschläge werden nicht den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von Zwangsmaßnahmen verhindern können. Entgegen der Meinung der Grünen und großer Teile der Friedensbewegung, Bundeswehrsoldaten in keinem einzigen internationalen Zusammenhang zu wollen, bin ich anderer Meinung. Von der friedensstiftenden Wirkung der „Blauhelme“ bin ich aufgrund meiner Erfahrungen überzeugt.

spw: Wird es denn solche Einsätze überhaupt noch geben?

Paech: Das ist eine Frage der UN selbst. Man müßte jeden Ambitionen, den „Blauhelmen“ Zwangs- und Kampfkompetenzen zuzuweisen, entgegen treten. Die gegenwärtigen Eckdaten - kein Kampfauftrag, nur Selbstverteidigung und Achtung der Souveränität der Staaten - sind Voraussetzung für die friedensstiftende Wirkung. Das müßte alles in einer Grundgesetzänderung deutlich werden.

Da dürfte nicht mit einem verschwommenen Begriff wie dem der „friedenssichernden Maßnahmen in einem kollektiven Sicherheitssystem“ gearbeitet werden. Dann wäre z.B. nicht klar, ob die NATO dazu gehört. Man muß das schon eindeutig formulieren.

spw: Es wäre ja dann einfach gewesen, die Bundeswehr über Artikel 24 II GG in den Golfkrieg zu schicken.

Paech: Viele Staatsrechtler, Rupert Scholz, auch der Staatssekretär im Verteidigungsministerium haben darauf hingewiesen. Und Helmut Kohl kannte diese Möglichkeit genau. Er hat nur politisch klug - darauf verzichtet, neben den Problemen in Ostdeutschland nach der Einheit sich auf eine weitere innenpolitische Zerreißprobe einzulassen. Das liegt am Einfluß der Friedensbewegung, auch auf SPD und Grüne. Die CDU kalkuliert hier strategisch langfristig. Sie hofft auf „Einsicht“ bei SPD und Grünen über das gestiegene weltpolitische Gewicht Deutschlands, um dann die SPD durch diese Grundgesetzänderung zu beteiligen und die Sache gesellschaftlich durchstehen zu können.

spw: Dann ist es aber auch möglich, dies Kalkül zu durchkreuzen, wenn die Friedensbewegung stark bleibt und Einfluß auf die SPD nimmt.

Paech: Ja. Ich halte das für eine wesentliche Aufgabe der Friedensbewegung in nächster Zeit: Zu verhindern, daß über NATO, WEU oder UNO die Bundeswehr in eine „Rapid Deployment Force“ mit den Aufgaben eines Welt-polizisten eingebunden wird. Dazu könnte eine Festlegung für „Blauhelme“ mit sehr klarer Abgrenzung taktisch hilfreich sein.

spw: Du würdest die SPD-Bundestagsfraktion bei der Formulierung beraten?

Paech: Ich weiß nicht, ob die darauf Wert legen wird. Ich halte die bisherigen Beschlussvorlagen für nicht ausreichend. Ich verstehe sehr gut die Befürchtung großer Teile der Friedensbewegung und vieler - nicht nur linker - Sozialdemokraten vor einer Uminterpretierung oder einem Umfallen.

Corinna Hauswedell

NACH RÜSTUNG KAM KRIEG - NACH KRIEG ORDNUNG?

Vier Thesen zur gegenwärtigen Debatte nach dem Golfkrieg

Die Debatte über die „Nachkriegsordnung“ ist in vollem Gange, während in der Region die Brände noch nicht gelöscht sind und der Völkermord weitergeht. Wenn es mit dem „Krieg der Alliierten“ am Golf nur darum gegangen wäre, einen „bis an die Zähne (von ihnen, d.V.) bewaffneten Diktator“ (J. Baker) aus der Dritten Welt in die Schranken zu weisen, hätte diese Debatte wahrscheinlich nicht Ausmaße angenommen, die bei allen Unterschieden - durchaus den entsprechenden Diskussionen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg vergleichbar sind. Ein Vergleich der Inhalte dieser Diskussionen - die jeweils vorangegangenen Kriegszieldebatten und militärischen Optionen eingeschlossen - wäre eine lohnende Aufgabe für die Historische Friedensforschung.

Der Charakter der derzeitigen Nachkriegsdebatte berührt die Dimensionen einer „neuen Weltordnung“ ebenso wie zukünftige Konzeptionen in der Region des Nahen bzw. Mittleren Ostens. Dies verweist auf den komplexen Zusammenhang, den die großen internationalen Veränderungen im Ost-West-Verhältnis vor Beginn des Golfkrieges mit den durch den Krieg selbst geschaffenen Realitäten bilden. Um diesen Zusammenhang soll es im folgenden vor allem gehen.

Immersichtbarer wird, in welchem Maße

Corinna Hauswedell, Historikerin, Vorsitzende der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden e.V. in Bonn

die Politikmuster und die Art der Beilegung der alten Ost-West-Konfrontation in die vereinfachend als (neue) Nord-Süd-Dimension gekennzeichneten weltweiten Konfliktkonstellationen hineinreichen. Nicht nur deshalb sind die Ergebnisse des Golfkrieges mit dem Stichwort „Pax Americana“ unzureichend beschrieben. Es geht zwar um die Frage, wie unipolar oder multipolar die Welt von morgen aussehen wird, das heißt wieviel Hegemonie oder wieviel Gleichberechtigung unter den Staaten und Völkern sich durchsetzen wird; aber in einem umfassenderen Sinn ist das Verhältnis der Industrienationen bzw. -zentren untereinander und zu den sog. Schwellenländern und Dritte-Welt-Ländern berührt. In der Nach-Golf-Kriegsdebatte werden quer zu diesen Fronten unter anderem folgende Fragenkomplexe aufgeworfen: Das Zusammenspiel von Identitäts- und Interessenkonflikten, die Wechselwirkung außenpolitischer Strategien und innergesellschaftlicher Legitimation, das Verhältnis von Politik, Militär, Ökonomie und Kultur.

Der Golfkrieg hat - brutaler und dringlicher als der Kalte Krieg - offengelegt, daß es weltweit noch keine neuen Lösungsmuster für die Konflikte der Moderne, die „alten“ und „neuen“ zwischen den Staaten und innerhalb der Gesellschaften sowie diejenigen um die knappen gemeinsamen Güter der Erde, gibt. Ob ausgerechnet der Nahe und Mittlere Osten vom Exerzier- und Kampfplatz zum Übungsfeld solcher nichtmilitärischen Konfliktlösungen werden kann, ist zu fragen; daß die Region wie gegenwärtig keine andere im doppelten Wortsinn ein Brennpunkt der komplizierten Gemengelage west-östlich-nord-südlicher Interessen und Identitäten ist, steht indes außer Frage.

These 1:

Die mangelhafte Zivilisierung des gerade zu Ende gehenden Ost-West-Konfliktes der letzten vierzig Jahre hat den Krieg am Golf wesentlich ermöglicht und prägt insofern auch die Diskussion um die „Nachkriegsordnung“ nachhaltig mit.

Diese These leugnet nicht die spezifischen internen Konfliktpotentiale der Region des Nahen Ostens⁽¹⁾. Aber auch

die regionale Krisen- und Kriegsspezifität ist ohne die Historie und Gegenwart auswärtiger Mächte im Nahen Osten nicht zu denken; andererseits gehört es zu den Eigenarten des Ost-West-Konfliktes, daß in seinem Verlauf die Definition nationaler Interessen im Sinne von Einflußsphären erweitert wurde⁽²⁾. Nehmen wir nun einmal an, die Großmächte USA und UdSSR und die anderen am Ost-West-Konflikt beteiligten Staaten hätten in den vergangenen fünf Jahren seit Beginn des immensen Reformprozesses im Osten in anderen Kategorien als Sieg und Niederlage agiert und stattdessen die Wurzeln und Folgen des Kalten Kriege realistisch bewertet: Die gleichen Akteure hätten im Golf-Konflikt (wie auch in anderen Konflikten) vermutlich auch andere politische Verhaltensmuster zur Verfügung gehabt. Stattdessen fand, nachdem Gorbatschow 1985 mit der Einleitung der Reformen dafür Chancen eröffnet hatte, eine höchst mangelhafte Zivilisierung der militärischen, politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen Ost und West statt⁽³⁾.

Der kurze Frühling der Abrüstung scheint beendet; dabei wirken nicht nur die alten Mechanismen des Systemgegenseitzes von Blockade und Mißtrauen fort, wie man am Stocken der Wiener Verhandlungen sieht⁽⁴⁾. Es stellt sich auch die Frage, ob auf der Agenda der begonnenen Abrüstung von vornherein nicht wichtige Punkte weiterreichender Entmilitarisierung fehlten: alle Fragen des Rüstungsexportes, der Weiterverbreitung von Waffensystemen u.a.⁽⁵⁾, der Einflußsphären also, aber auch eine Ex-Post-Analyse der Feindbildmechanismen. Besonders die Nicht-Infragestellung der atomaren Abschreckung als Mittel der Friedenssicherung gehört hierher. Der hochgerüstete Ost-West-Frieden funktionierte doch nur in der Fiktion gleichgewichtiger Kriegsführungsoptionen⁽⁶⁾; sobald diese „Balance“ jedoch schwand, wuchs die reale Kriegsgefahr, wie wir gesehen haben. Da eine weltweite atomare Balance aber weder realistisch noch wünschenswert ist, führt sich das Abschreckungssystem spätestens jetzt ad absurdum. Die Neubelebung der Abschreckung im „modernen“ konventionellen High-Tech-Krieg am Golf verbessert ihre Legitimation keineswegs. Die Aufrechterhaltung der NATO, als dem einem der beiden durch das alte

System geprägten Militärbündnisse, bei gleichzeitiger Auflösung des anderen konterkariert die Dimension der Veränderungen: Sieg im Sinne militärischer Hegemonie anstelle einer neuen Friedensordnung. Darüber konnte auch der Pariser KSZE-Gipfel nicht hinwegtäuschen und dies begründet unter anderem seine bisher geringe Ausstrahlungskraft.

Politisch ist die Zivilisierung mangelhaft, weil dem gegenseitigen Containment im Kalten Krieg bisher kein wirklicher Übergang zu einer von den Großmächten inspirierten internationalen Kooperation folgte. Die „Global Challenges“, von sowjetischer Seite zu Beginn der Reformen angemahnt, die Beseitigung von weltweitem Elend, Hunger und Naturzerstörung im Bewußtsein der „einen Welt“, finden noch keinen wirkungsvollen internationalen Handlungsrahmen; vor allem die westliche Großmacht blockiert dies und sieht darin offenbar auch kein Kriterium in Konfliktsituationen wie am Golf. Statt Empathie⁽⁷⁾, dem Hineinversetzen in z.B. die innenpolitischen Motivlagen der anderen Seite - ein eigentlich notwendiger Lernprozeß am Ende des Kalten Krieges - wird der Gegner demoralisiert. Die Ablehnung der sowjetischen Waffenstillstandsbestrebungen auf dem Höhepunkt des Golfkrieges war im doppelten Sinne das jüngste Beispiel unzivilen Politik: sie traf den alten und neuen Feind im gleichen Sinne und wirkte zugleich kriegsverlängernd. Schließlich ist auch die mangelhafte Zivilisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West ein schlechtes Vorbild für den Umgang in Krisen, in denen ökonomische Interessen eine große Rolle spielen. Ein (siegreiches) marktwirtschaftliches System, das sich z.B. so mühsam von seinem Cocom-Krieg verabschiedet, weil ein gleichberechtigter Umgang mit neuen Technologien nicht gewollt ist, offenbart im Umgang etwa mit den Energie- und Naturressourcen den gleichen patriarchalen Gestus. Daß mit der Siegerpose zugleich die eigenen (System)Schwächen kompensiert werden sollen, ist auf diesem Gebiet vielleicht am ehesten evident.

Die These von der mangelhaften Zivilisierung am Ende des Ost-West-Konfliktes - immerhin gelang in einigen ost-europäischen Ländern ein historisch weitreichender Machtwechsel ohne

Blutvergießen - verweist auf die unerledigten Aufgaben zwischen den Industrienationen auch jenseits der Nord-Süd-Dimension. Dies gilt es zu berücksichtigen, auch wenn die Probleme und Konflikte weltweit wohl keine Zeit für ein Nacheinander lassen.

These 2:

Als bittere Frucht des Golfkrieges (und der vorangegangenen Aggression Saddams) treten die Konfliktfelder der Region so offen zu Tage wie vielleicht seit dem Sechs-Tage-Krieg nicht mehr. Inwieweit sich damit neue Chancen zu ihrer Lösung auftun, hängt davon ab, ob der komplizierte Weg zwischen Herstellung der Autonomie der in der Region ansässigen Staaten und Völkern einerseits und Entwicklung einer neuen Qualität der Zusammenarbeit seitens der auswärtigen Mächte andererseits gegangen werden kann.

„Die weitreichendste objektive Folge dieses Krieges“ sei die Freilegung der „eigentlichen 'Sprengsätze' der Region...“, die Verteilung des Reichtums, die Notwendigkeit einer umfassenden Demokratisierung und einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes⁽⁸⁾. Andere Autoren ergänzen als einen zentralen Gesichtspunkt die Probleme der Identitätsfindung in der Region⁽⁹⁾, die sich eben nicht auf die ideologischen bzw. religiösen Fragen des islamischen Fundamentalismus reduzieren lassen, sondern die vielfältigen historischen und aktuellen Aspekte von Macht und Ohnmacht der „arabischen Welt“ meinen⁽¹⁰⁾. Anstatt sich über das „arabische Verschwörungsdenken“⁽¹¹⁾ zu erheben oder die PLO immer wieder mit ihren Niederlagen - aktuell mit ihrem gescheiterten Schulter-schluß mit Saddam Hussein - zu konfrontieren⁽¹²⁾, täte der Westen gut daran, die Rolle von Identitätsproblemen für Konfliktgenese und -lösungen⁽¹³⁾ ernst zu nehmen - bei dem Gegenüber und bei sich selbst. Die (fragwürdige) identitätsstiftende Rolle des Golfkrieges für die USA ist bekannt und belegt, in welcher vielschichtigen Weise Mechanismen der politischen Kultur(en)

auf Interessenkonflikte einwirken: Der französische Präsident betonte nach dem Golfkrieg mit Blick auf die Palästinenser die Gefahren, „einem Volk seine Identität vorzunehmen“ (in: FR v.16.3.91) und verweist damit auf die strukturelle Besonderheit dieses Teils der Nah-Ost-Konflikte: Dieses Volk hat (ähnlich den Kurden) neben allen sozialen, ökonomischen und demokratischen Entwicklungsproblemen der Region eben auch noch das der ungelösten staatlichen Identität⁽¹⁴⁾. Und das in einem Umfeld, wo die Staaten- und Nationenbildung ohnehin vor allem durch die koloniale Erblast deformiert ist⁽¹⁵⁾. Es sprengt die Anlage dieser Thesen, die Konsequenzen und Chancen einer politischen Neugruppierung der Kräfte und Interessen im Mittleren Osten im einzelnen auszuloten⁽¹⁶⁾. Manches, wie die konkrete zukünftige Gestalt Iraks oder Kuwaits, ist zudem gegenwärtig sehr spekulativ. Es soll aber gefragt werden, welche seit dem Kriegsende erkennbaren Prozesse für eine mittelöstliche Friedensordnung eher hilfreich oder eher hinderlich sein können.

Schneller vielleicht als erwartet, wurden nach dem Krieg die 'Sprengsätze' der Region von den verschiedenen Akteuren als Gegenstand der Politik realisiert; die öffentliche Akzeptierung des „linkage“, des Zusammenhangs der verschiedenen Probleme des Mittleren Ostens, in Bushs Rede vor dem Kongreß am 6. März bildete den Auftakt, es folgte Bakers erste „Land gegen Frieden“-Sondierungsfahrt in die Region. Der grausame Bürgerkrieg im Irak, die Schwierigkeiten für Kuwaits Herrscherhaus, die Anbahnung neuer Koalitionen wie zwischen Iran und Saudi-Arabien, die verstärkte Einmischung der Territorialmacht Türkei - all das sind Anzeichen einer, zweifellos ambivalenten, Neueinstellung. Der anfänglich monolithisch wirkenden Kriegs- und Nachkriegspolitik Israels, die den Sieg für weitere politische Terraingewinne nutzen wollte, folgt offensichtlich eine Phase, in der die innerisraelischen Kontroversen zwar polarisierend, aber offener ausgetragen werden. Manches wurde in der kritischen israelischen Intelligenz schon zu Kriegszeiten gedacht: „... einen Frieden zu schließen, solange der Kurs unserer Aktien auf dem Weltmarkt so hoch steht, den Palästinensern einen Staat und den anderen Arabern einen ehrenhaften Frieden anzubieten.“

Nicht unter Druck von außen, sondern als freiwilliger souveräner Beschluß eines starken Israel." (U. Avnery, Wir tragen das Nessosgewand, in: Spiegel 9/91). Stattdessen aktivierte die Regierung Schamirs mit Vehemenz die Politik „der beiden parallelen Linien... der bilateralen Gespräche zwischen Israel und den arabischen Staaten... und der Gespräche mit gewählten Vertretern der Palästinenser." (Israels Außenminister Levy, in: FR v. 16.3.91) bei gleichzeitig fortgesetzter Vergeltung gegen die Intifada.

Es ist absehbar, daß ein Einschwenken auf Israels „Bilateralismus“, den aus pragmatischen Gründen auch einige arabische Staaten, etwa Syrien, gutheißen mögen, eine umfassendere Nah-Ost-Konferenz zunächst verhindern wird. Eine solche Konferenz oder eine Folge von Konferenzen bleibt jedoch der einzige Ort, auf dem eine gemeinsame Agenda aller Probleme der Anwohner der Region festgelegt und verhandelt werden kann. Daß bereits die Aufstellung einer solchen Agenda, zu der territoriale, ökonomische, ökologische

Iran. Laut Verteidigungsminister Stoltenberg fällt Anfang der Woche die Entscheidung darüber, ob auch Bodentruppen im Iran für den Fall von Flüchtlingslagern eingesetzt werden. Eintausend Pioniere und eintausend Fallschirmjäger des

störung aller Massenvernichtungswaffen in der Region etwa sowie die Errichtung einer regionalen Sicherheitsstruktur würde - im Rahmen eines weltweiten Abrüstungsprozesses - in die oben genannte Agenda gehören. Ein Land, das laut UN-Bericht durch den Krieg in ein „vorindustrielles Zeitalter“ zurückgeworfen wurde, in dem „nahezu alles, was das moderne Leben ausmacht“ zerstört sei (FAZ v. 23.3.91), kann die vorgesehenen Auflagen des Waffenstillstandes schwerlich erfüllen. Eine trauriger Anlaß, neu über die Kategorien - auch die völkerrechtlichen - von Sieg und Niederlage nachzudenken.

These 3:

Der Golf-Krieg hat die Diskrepanz zwischen einer „neuen Weltordnung“ und der „pax americana“ deutlicher gemacht, als es der US-Führung lieb sein kann. Die Grenzen einer unipolaren Weltstruktur unter der Hegemonie der USA treten nach dem Krieg wieder klarer hervor: Militärpolitik ist keine Alternative zur Lösung der „inneren“ Probleme der Staaten und der Welt.

Anmerkungen:

- [1] Vergl. B. Tibi, Konfliktregion Naher Osten, München 1989; V. Perthes, Die Fiktion der Einheit, Koalitionen und Konflikte im arabischen Raum, in: G. Krell/B. Kubbig (Hrsg.): Krieg und Frieden am Golf, Frankfurt/M. 1991
- [2] Vergl. A.-A. Guha, Frieden und Vernunft, Frankfurter Rundschau [FR] v. 28.3.91
- [3] H.-M. Birckenbach spricht in ihren Beitrag „Frieden in Europa - Krise im Balkan - Krieg am Golf“ (u.a. in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 1/2/1991) von der nicht gelungenen Zivilisierung des Ost-West-Konfliktes und ihrer sozialpsychologischen Dimension
- [4] Vergl. C. Bertram, Abrüstung am Ende?, Die Zeit v. 22.3.91
- [5] Eine Studie der „Brookings Institution“ bringt neue Fakten zur weltweiten Bedeutung der Proliferation, zitiert nach FR v. 13.3.91
- [6] Vergl. die Aussagen zum „imaginären Krieg“ bei M. Kaldor, New World Order, in: Marxism Today, London, March 1991; H. Birckenbach zur „Selbstbindung“, a.a.O.
- [7] Zum Empathiebegriff vergl. N. Ropers, Vom anderen her denken, in: R. Steinweg/C. Wellmann (Hrsg.): Die vergessene Dimension internationaler Konflikte, Frankfurt/M.
- [8] Y.A. Rabu, Exekutivkomitee der PLO, in: taz

- [9] Vergl. M. Massarrat, Der Krieg am Golf - Krieg der Kulturen, in: FR v. 22.2.91; G. Salame, Gewinner und Verlierer, in: taz v. 16.2.91; H. Birckenbach, a.a.O.
- [10] Vergl. auch U. Steinbach, Machtpoker am Golf, u.a. in: Ärzte gegen Atomkrieg, Rundbrief Nr. 34, März 1991
- [11] B. Tibi, Auf der Suche nach einer Nachkriegsordnung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung [FAZ] v. 28.3.91
- [12] Die Gesprächsführung des Spiegel-Interviews mit Y. Arafat vom 11.3.91 ist hierfür paradigmatisch
- [13] Vergl. u.a. E. Senghaas-Knobloch, Zur Bedeutung des subjektiven Faktors in der europäischen Umbruchsituation, in: Friedensforschung in Deutschland, AFB-Dokumentation, Bonn 1990
- [14] Vergl. Interview von P. Glotz mit PLO-Vertreter A. Frangi in Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4/1991
- [15] Dies betonen, bei allen sonstigen Unterschieden, B. Tibi, a.a.O. und V. Perthes, a.a.O.
- [16] Vergl. hierzu Perthes, a.a.O.; Steinbach, a.a.O.; G. Krämer, Der Kampf um Palästina, Geschichte und Aktualität des israelisch-arabischen Gegensatzes, in: Krell/Kubbig (Hrsg.), a.a.O.

- [17] J. Galtung, So läßt sich im Nahen Osten die Katastrophe vermeiden, in: Weltwoche v. 10.1.91
- [18] Vergl. Steinbach, a.a.O.
- [19] zitiert nach K. Ege, Das zweite amerikanische Jahrhundert, in: Freitag v. 8.3.91
- [20] Vergl. P. Salinger/E. Laurent, Krieg am Golf, Das Geheimdossier, München 1991
- [21] Vergl. zu einigen innenpolitischen Motiven T. Nielebock, „Aus der Sicht der USA ist die neue Weltstruktur eher unipolar“, in: FR v. 26.2.91; zum „Funktionsmechanismus“ von George Bush B. Greiner, Der amerikanische Bonaparte, Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1991; B. Kubbig, Des Widerspenstigen Zähmung: Die Strategie der USA am Golf, in: G. Krell/ders. (Hrsg.), a.a.O.
- [22] Zur Rolle der Studie „Discriminate Deterrence“ von 1988 sowie der Strategie des Mid-Intensity-Conflict vergleiche M. T. Klare, Krieg den Aufsteigern, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1991
- [23] Vergl. ein Interview mit dem NATO-Oberkommandierenden J. Galvin, in: FR v. 20.3.91
- [24] G. Salame, a.a.O.
- [25] N. Birnbaum, Georgetown University Washington, im Spiegel v. 18.3.91

- [26] Vergl. Diverse EG-Außenministertreffen der letzten Wochen, zuletzt in Luxemburg am 26.3.91
- [27] Vergl. dazu die FAZ-Artikel vom 20.2.91, Die EG beschäftigt sich mit einer Nachkriegsordnung am Golf, und 14.3.91, EG will an Nachkriegsordnung mitwirken.
- [28] Vergl. dazu taz v. 19.2.91, EG bemüht sich um gemeinsame Nah-Ost-Politik.
- [29] Zu Japans Rolle vergl. FAZ, Nichts gewonnen als Einsamkeit 13.3.91.
- [30] Vergl. u.a. A. Vollmer, Maggies letzte Rache, taz v. 21.2.91; Spiegel 11/91, Frankreich: Manöverkritik nach dem Sieg; FR v. 26.3.91, London nennt PLO geschwächt, aber nicht bedeutungslos.
- [31] Vergl. u.a. kritische Stimmen aus Großbritannien: D. Healy, Bloody shambles in the wake of war, The Guardian, 22.3.91
- [32] Vergl. R. Rossanda, Das kurze Leben der Utopien von '89, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1991
- [33] W. Dettling (ehemaliger Hauptabteilungsleiter Politik der CDU), Amerika, Europa und die Deutschen, Überlegungen nach dem Krieg, in: taz v. 20.3.91

sowie Fragen der Demokratieentwicklung und Abrüstung in der Region gehören - der 12-Punkte-Vorschlag des Friedensforschers Johan Galtung nennt Essentials [17] -, immense Schwierigkeiten birgt, ist klar. Ohne diesen Versuch aber wird die gegenwärtige Chance verspielt und ein jetzt vielleicht naheliegender Übergang zu einem „business as usual“ wird die Konflikte der Region ungemein zuspitzen [18]. Die von den USA in die Debatte gebrachte „Eröffnungskonferenz“, die lediglich den Weg für bilaterale Gespräche öffnen soll, steht in diesem Verdacht. Es ist auch zu fragen, ob das im UN-Sicherheitsrat angenommene Waffenstillstandsabkommen die Chancen für eine neue Art von Friedensschluß und -ordnung in der gesamten Region erhöhen wird. Es entspricht zwar der Natur solcher Abkommen, daß darin vor allem die Niederlage des Verlierers zementiert wird. Die UNO als - erstmals - eine der beiden Vertragsparteien hätte aber die Möglichkeit (und wiedergutmachende Verantwortung, nachdem ihr diese durch die Kriegsführung genommen worden war) gehabt, Festlegungen zu treffen, die stärker die zukünftige Friedensordnung im gesamten Nahen und Mittleren Osten betreffen. Die Zer-

„...Ich glaube aber, daß Sanktionen sich besser mit einer neuen internationalen Weltordnung der Sicherheit und Zusammenarbeit vertragen hätten...“ (Z. Brzezinski, „Orgie der Gewalt“, Spiegel-Interview vom 21.1.91); kritische Golfkriegs-Kommentare wie dieser eines ehemaligen US-Sicherheitsberaters aus der Zeit offensiver Atomkriegsstrategien des Pentagons oder selbst die Aussage eines Henry Kissingers, der den Angriff auf den Irak befürwortete, „Amerikanische Vorherrschaft kann nicht andauern... Die amerikanische Wirtschaft kann sich eine Politik des unilateralen globalen Interventionismus nicht leisten“ [19], sind keine Ausnahmen und verweisen auf Differenzen innerhalb der politischen Klasse der USA. Daß diese Widersprüche sowenig wahrgenommen wurden - was hineinreicht bis in die Bewertung der Kuwait-Krise als kriegsauslösend [20], daß Präsident Bush so relativ unangefochten seinen Kriegskurs steuern konnte, hängt neben den oben genannten Zivilisierungsproblemen am Ende der bipolaren

abschrauben in den Iran

Irak-Einsatz erwogen

(go, ap, dpa) - I
Regierung schickt
eine der Fluchtlinoe ie

Weltordnung vor allem mit dem Ausmaß des innergesellschaftlichen Problemdrucks in den USA und der (zunächst erfüllten) Hoffnung zusammen, mit der „patriotischen Tat“ innenpolitisch zu stabilisieren und außenpolitisch zu imponieren⁽²¹⁾. Hinzukommt daß in der Herrschaftsstruktur der USA das Präsidentenamt traditionell in der Militär- und Außenpolitik über größere Spielräume als in der Innenpolitik verfügt. Der Beraterstab von Bush rekrutiert sich vorrangig aus Militärstrategen; und das Umfeld des Pentagon denkt seit dem Ende der 80er Jahre weitaus intensiver als die zivilen Think-Tanks der USA über die strategischen Implikationen der Post-Cold-War-Ära nach⁽²²⁾. Entgegen der zaghaften Debatte über eine „Friedensdividende“ wird der Golfkrieg in diesen Kreisen „out-of-area“-Strategien und die Beschaffung entsprechender neuer Waffensysteme (v.a. der Raketenabwehr) beflügeln⁽²³⁾. Befürchtungen haben Berechtigung, die angesichts leerer Staatskassen zwar „keinen weltweiten missionarischen Kolonialismus mehr (sehen), sondern einen gezielten Interventionismus, der sich auf die Regionen beschränkt, die wegen ihrer Rohstoffe, wegen des Öls und der Märkte interessant sind“⁽²⁴⁾. US-Senator Richard Lugar umriß das gewünschte außenpolitische Profil der Zukunft so: „Amerika ist kein Polizist, sondern zeigt Führungskraft. Wir offerieren unsere Fähigkeiten, und andere Regionalmächte übernehmen dann die eigentlichen Polizeiaufgaben - mit amerikanischem Beistand und finanzieller Hilfe aus ganz anderen Weltgegenden. Das ist geschickter und beschreibt die künftige Rolle unseres Landes besser“ (Spiegel-Interview v. 18.3.91). Zweifel kommen aber auch aus den USA selbst: „...Eine multipolare Welt, in der sich Staaten und Völker zunehmend gegen Befehle von außen wehren, wird sich durch diese Pax Americana nicht befrieden lassen. Es gibt keine militärischen Lösungen für Krankheit, Hunger und Armut, für das Erbe jahrtausendelanger ethnischer und religiöser Konflikte sowie für die Erinnerung an koloniale Demütigung“⁽²⁵⁾.

Ein Kernproblem der gegenwärtigen Politikentwicklung (nicht nur in den USA) liegt in der Tat dort, wo Sicherheit am Ende der Ost-West-Konfrontation, weiterhin vor allem in militärischen und Dominanz-Kategorien gedacht wird. Die

Rede von Bush vom 29.1.91, die der „neuen Weltordnung“ gewidmet war, enthielt keinen Satz zur weltwirtschaftlichen oder internationalen ökologischen Kooperation. „Die Schwierigkeiten beginnen dort, wo es darum geht, der ‚neuen Weltordnung‘ positiven Inhalt zu geben“ (G. Nonnenmacher, Bushs Vision, FAZ v. 14.3.91). Absurde Auswüchse am Ende dieses Krieges verweisen auf die zügellose und weltgefährdende Eigendynamik des militärisch-industriellen Komplexes: So beschloß der US-Senat fast einstimmig, daß „amerikanische Waffenverkäufe an säumige Länder (gemeint v.a. Saudi-Arabien, d.V.) solange verboten sein sollten, bis die ihren Anteil an den Kriegskosten bezahlt hätten...“ (zitiert nach FAZ v. 21.3.91, Der Senat droht mit Waffenexportverbot). Than (war)business goes on! Vieles deutet daraufhin, daß nach dem Krieg auch andere, realistische Stimmen wieder mehr Einfluß auf die US-Politik gewinnen; etwa die Anmahnungen der UN-Resolution 242 gegenüber Israel „für alle Fronten, die Golan-Höhen eingeschlossen“ (zitiert nach FR v. 21.3.91) kamen überraschend schnell. Der Krieg hat bezüglich außenpolitischer Doppelmoral auch entlarvend gewirkt; innenpolitisch für die Lösung der

immensen ökonomischen und sozialen Probleme ist jedoch in den USA noch keine neue Konzeptionsbildung erkennbar; hier wirkt der „Sieg“ eher hinderlich. Eine fatale Wechselwirkung. Besonders augenfällig wurde die Diskrepanz zwischen Weltordnungs(-anspruch) und Pax Americana, als die US-Regierung den eigentlich positiven Impuls, der von einem Krisenregelungsversuch der Vereinten Nationen zunächst ausging, durch die Usurpation der militärischen Kommandogewalt gründlich konterkarierte. Daß dies gelang, verweist auf den komplizierten Doppelcharakter der UNO: Als bisher einziger Ort potentiell gemeinsamen Handelns könnte die „Völkergemeinschaft“ positive Elemente einer neuen Weltordnung antizipieren, wäre sie nicht zugleich so sehr Kind der „alten Ordnung“, des nach dem 2. Weltkrieg installierten bipolaren Systems. Dieser Doppelcharakter der UNO erfordert und ermöglicht zugleich ihre strukturelle und inhaltliche Reform als vielleicht wichtigste internationale Konsequenz einer Nach-Golfkriegs-Ordnung, die diesen Namen verdient. Solange die neuen Instabilitäten der Weltlage die Einrichtung anderer internationaler Kooperations Ebenen hemmen, muß auf diese UNO-Reform entsprechendes Gewicht

gelegt werden. Ohne hier im einzelnen auf die Inhalte und Realisierungsprobleme der Reform eingehen zu können, gebieten die jüngsten Erfahrungen eine stärkere Einmischung der anderen Industrienationen und der Dritte-Welt-Länder in diesen Prozeß sowie eine Indienstnahme des Organs der Vollversammlung, um den Gefahren der Unipolarität entgegenzuwirken.

These 4:

In der Europäischen Gemeinschaft wird neuerdings - auch infolge des Golfkrieges - wieder mehr über die „sicherheitspolitische Identität“ nachgedacht. Noch ist kaum erkennbar, wie die ökonomische und politische Potenz der EG - dies gilt mit Modifikationen auch für Japan - mehr internationale Eigenständigkeit neben den USA hervorbringen wird. Europa - und Deutschland - an der Schnittstelle zwischen Aufbruch aus der alten bipolaren Ordnung und moderner Industriestaatlichkeit erhält jedoch weltweit mehr Verantwortung für die Zivilisierung innergesellschaftlicher und zwischenstaatlicher Beziehungen.

„Dies könnten Szenarien in Osteuropa, aber vor allem golfähnliche Szenarien im außereuropäischen Mittelmeerraum sein...“ (WEU-Generalsekretär v. Eekelen, taz v. 22.2.91). Während die einen endlich die Zeiten für gemeinsame Militäroptionen im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) für gekommen halten, fürchten die anderen die Abkoppelung von der NATO⁽²⁶⁾. Am mangelhaften außenpolitischen Profil der EG - da gleichen sich die Konsequenzen aus dem Golfkrieg - soll vor allem durch eine sogenannte „sicherheitspolitische“ Identitätsbildung Korrektur vorgenommen werden. Der Krieg militarisiert einmal mehr das Denken. Mit positiver Gestaltung einer Nachkriegsordnung hat dies nichts zu tun; seit der „Venedig-Erklärung“, mit der die EG-Regierungen 1980 erstmals die Einbeziehung der PLO in den Nah-Ost-Friedensprozeß verlangten, blieben alle europäischen Initiativen für eine Nah-Ost-Konferenz bis in die jüngste Krise hinein erstaunlich

kräftlos. Dies gilt auch für die in letzter Zeit wiederholten bedenkenswerten Vorschläge, die Muster der KSZE für eine solche Konferenz zugrunde zulegen. Stärker aber scheinen die Tendenzen, auch nach dem Kriege die US-Linie des „direkten Dialoges der Konfliktparteien“ auf der Basis der Golfkriegsallianz nicht zu konterkarieren⁽²⁷⁾. Dabei könnte etwa eine „Mittelmeer-KSZE“ (ähnlich einer KSZM, wie sie der italienische Außenminister vorschlug) eine politische Alternativkonzeption zu einer „Golf-Nato“ unter anglo-amerikanischer Führung⁽²⁸⁾ werden.

Dies zu konstatieren, bedeutet weder, die Schwächen (und Grenzen) des KSZE-Prozesses zu verkennen noch die Autonomie-Ansprüche der mittelöstlichen Region geringzuschätzen. Hier soll ein Weg gegen Unipolarität und US-Hegemonie aufgezeigt werden, der sich in der Tat auf der Ebene der Konkurrenz der Industriezentren bewegt. Es gehört zu den Realitäten der gegenwärtigen Welt-Unordnung, daß auch dieses Konkurrieren um unterschiedliche (zivile) Politikansätze unterentwickelt ist. Die (zahlende) Statistenrolle Europas - wie Japans - im Golfkrieg wirft hier viele Fragen auf⁽²⁹⁾; zumindest ist sie nicht beliebig reproduzierbar. Für Frankreich und Großbritannien gibt es nach dem Krieg unterschiedliche Veranlassungen zu einer Revision kolonialer Erblasten und zur Abkoppelung von der US-Politik⁽³⁰⁾.

Die Diskussion über die Zivilisierung der Politik wird in Europa mit etwas Distanz vom Golfkrieg von unterschiedlichen Seiten neue Impulse erhalten⁽³¹⁾. Eine deutsche Wochenzeitung eröffnete eine Serie über künftige Außenpolitik mit einem „Plädoyer für die Zivilmacht Deutschland“. Dort wird der Zusammenhang hergestellt zwischen einer deutschen Verantwortung für die ökonomische und politische Integration Osteuropas sowie einer helfenden Politik gegenüber der Dritten Welt: „Ein Europa, in dem der Ost-West-Gegensatz fortschwärt, könnte wenig tun, um die Kluft zwischen Norden und Süden zu schließen...die Völkerwanderung von Süden nach Norden (und Osten nach Westen, d.V.) läßt sich nicht mit Napalm stoppen...In der Welt von morgen zählen die Stückzahlen von Panzern, die Umfänge von Eingreiftruppen...weniger als das wirtschaftliche Gewicht...“ (T. Sommer, Die Zeit v. 22.3.91).

Für diese, jenseits der Bush-Politik liegenden Einsichten ist zwar der Golfkrieg ein „Muster ohne Wert“, und es wird darauf ankommen, diesem Ansatz mehr internationalen Raum zu verschaffen. Aber die Auseinandersetzung um den Inhalt neuer Weltwirtschaftsbeziehungen und über den Charakter der Entmilitarisierung als den beiden Eckpfeilern einer neuen Ordnung in der Welt beginnt auf dieser Grundlage erst. Der „Liberomercatismus“ der EG gegenüber Osteuropa⁽³²⁾, die „Übernahme“ der ehemaligen DDR eingeschlossen, weisen noch keinen Weg, die Zwischenergebnisse der deutschen „out-of-area“-Debatte ebensowenig. „Interessenausgleich und gemeinsame Interessenwahrung müssen die traditionelle Machtpolitik ablösen“ (Genscher vor der UNO am 7.12.90) - die reale deutsche Regierungspolitik ist von dieser folgenschweren Formel weit entfernt. Noch werden Positionen im konservativen Lager, die in dieser Richtung weiterdenken, exkommuniziert: „...Panzern können Land (zurück-)gewinnen, nicht aber die Herzen der Menschen. Geld und Güter befriedigen Konsumwünsche, nicht aber die Sehnsucht der Völker nach nationaler Würde...Die Mission Europas für das 21. Jahrhundert besteht darin, keine ...missionarische Außenpolitik zu betreiben, sondern Entwicklungen möglich zu machen, Chancen zu eröffnen, Not und Elend zu beseitigen. Die Welt muß nicht werden wie Europa - und für Europa gibt es in der Welt Wege und Optionen zwischen moralischer Gleichgültigkeit und kultureller Gleichschaltung“⁽³³⁾. Die Parteien der Opposition, voran die SPD, haben noch Schwierigkeiten, in der Nach-Golfkriegs-Debatte ein mutiges neues Profil anzustreben. Taktik herrscht vor. Der Golfkrieg hat in aller Dringlichkeit auf den notwendigen Zusammenhang innen- und außenpolitischer Erneuerung verwiesen - in allen beteiligten Staaten. Ob dies zu einer Herausforderung für Demokratie wird, Alternativen zur herrschenden Regierungspolitik zuzulassen und weiterreichende Visionen der Entmilitarisierung und Infragestellung internationaler Machtpolitik auf die Tagesordnung zu setzen, oder ob das Faktum, daß der Krieg (wieder) führbar war, schwerer wiegt, muß die nächste Zeit, auch der innenpolitischen Auseinandersetzung in der BRD zeigen.

Ich abonniere SPW ab sofort/ab Heft SPW erscheint in sechs Heften mit einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-; Ausland DM 54,- (incl. Versand). SPW kann jahrgangsweise auch rückwirkend abonniert werden.

zum Normalpreis DM 51,-
 zum ermäßigten Preis DM 42,-
 zum Auslandspreis DM 54,-

Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsermächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.

Ich wünsche eine Rechnung

Konto-Nummer Bankleitzahl

Bankverbindung

Name (in Druckbuchstaben) Geburtsdatum

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§1b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift

(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)

PRÄMIE

Ich habe spw bereits abonniert oder diese/n Abonnenten/in gewonnen. Ich möchte gerne die Buchprämie

Nr.
 Die Prämie steht mir zu, sobald die Abo-Gebühren beim Verlag eingegangen sind.

Name (in Druckbuchstaben)

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort

Datum/Unterschrift

3. 4.

5.

Eckart Spoo (Hg.)

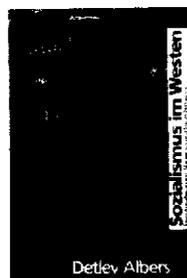
Kohl-Zeit
 In Kaufen und sein Deutschland



M Arbeitersgruppe
 Alternative
 Wirtschaftspolitik
MEMORANDUM 91

Gegen Massenarbeitslosigkeit und Chaos
 Außenpolitik in Ostdeutschland

PARADISIA



spw Hefte 1 bis 51 sind sämtlich noch lieferbar:

Hefte 1-29 für AbonnentInnen zu je 5,- DM
 Hefte 30-50 für AbonnentInnen zu je 7,50 DM

Ich bestelle

- gegen Rechnung
 durch Vorkasse
 mit Verrechnungsscheck
- Expl. Josef Hindels, Marxismus u. Gegenwart
 Expl. Frauenbilder
 Expl. Kapitalistische Krise
 Expl. Herforder Thesen
 Expl. Linke Sozialdemokraten ? ...
 Expl. Sozialismus der Zukunft
 Expl. Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen

spw Heft Nr.

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

Geschichte wird gemacht, spw war dabei.

spw 39 bis spw 50 zum Sonderpreis von 60,- DM (incl. Versand).

Ich bestelle

- Ich habe einen Verrechnungsscheck beigelegt
 Ich wünsche eine Rechnung

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

Josef Hindels MARXISMUS UND GEGENWART

2. Auflage 1985, 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück.
 Prof. Josef Hindels, einer der engagiertesten Vertreter der Weiterentwicklung austromarxistischer Vorstellungen in der Gegenwart, befaßt sich in dieser Broschüre aus der Sicht des unorthodoxen Marxismus mit jenen Fragen, die in der Gesellschaft von heute große ideologische Auseinandersetzungen auslösen: Die atomare Bedrohung und der Hunger in der Welt sowie das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie unter spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen. Damit verbunden ist auch eine leicht verständliche Einführung in marxistische Denkweisen.
 Für die Schulungsarbeit erprobt und bestens geeignet!

FRAUENBILDER: Die weibliche Wirklichkeit ist anders

(Hrsg. von den JungsozialistInnen Berlin), 80 Seiten mit Fotos, Ergebnisse des Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM

KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN

Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa, hrsg. von Ditlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 S., Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM

HERFORDER THESEN. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

2. überarbeitete Ausgabe 1981, hrsg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM.
 Die Herforder Thesen waren Anfang der achtziger Jahre die grundlegende Positionsbestimmung marxistischer Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anknüpften.

LINKE SOZIALDEMOKRATEN & BUNDESREPUBLIKANISCHE LINKE. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen

Hrsg. von Ditlev Albers u.a., mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.
 "... alle diese kritischen Bemerkungen mindern in meinen Augen das außerordentliche Verdienst der Herforder Thesen nicht - und ich sage das ausdrücklich, obwohl ich in einer Reihe von ganz entscheidenden Punkten inhaltlich nicht mit ihnen übereinstimme -, weil nach langer, langer Zeit ... der Versuch gemacht wurde, ein umfassendes Konzept sozialistischer Politik auf marxistischer Grundlage für Sozialisten in der SPD zu entwickeln." (Peter von Oertzen)

SOZIALISMUS DER ZUKUNFT. Grundlagen für das neue Programm der SPD

Hrsg. v. D. Albers, F. Heidenreich, H. Lienker u. Kurt Neumann, mit Beiträgen von Dieter Dehm,

WEITERHIN LIEFERBAR AUS UNSEREM VERLAGS- PROGRAMM

Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 S., Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.
 WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, Ökonomen und Politologen, Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament, skizzieren Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik auf lange Frist. Grundelemente der SPD-Programmatik, die auf der Höhe der Probleme der Zeit steht und die antikapitalistische Perspektive nicht preisgibt.

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS. 53 Thesen

Hrsg. von Susi Möbbeck, Fiete Saß und Birgit Zoerner, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM.
 Marxistische Jusos in der SPD haben Bausteine für eine Analyse unserer Zeit und eine moderne sozialistische Strategie formuliert. Aus dem Inhalt: Welt im Umbruch; Ökonomische Regulierung; Veränderung von Arbeits- und Lebensweise; Entwicklung des politischen Systems; Reform und Revolution heute; Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur; Perspektiven des modernen Sozialismus.

In den nächsten Heften:

- **Urbanität und
Lebensstil**
- **Produktions- und
Konsummodell**
- **Zukunft der
Sozialdemokratie**

Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 5361 F

ADRESSENÄNDERUNG **COUPON**

Ich bin umgezogen. Bitte ändert meine Adresse in Eurer Datei.

Mein Name

Meine alte Adresse

Meine neue Adresse

Unterschrift

Schicken an: spw Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

**spw
abonnieren!
AbonentInnen
werben!**

Wer jetzt **spw** abonniert
oder ein neues ABO wirbt, erhält als
Dankeschön **eine Werbepremie
nach eigener Wahl!**

Das aktuelle Angebot
befindet sich
auf Seite 58.

SPW

- **das Magazin
der sozialdemokratischen Linken,**
- **das Magazin
für einen sozialistischen Dialog.**

SPW wird herausgegeben von den Bundestagsabgeordneten **Katrin Fuchs** und **Jürgen Egert**, der Juso-Vorsitzenden **Susi Möbbeck**, den Mitgliedern der SPD-Programmkommission **Detlev Albers** und **Heinrich Lienker**, dem Gewerkschafter **Klaus-Peter Wolf** u.a.

SPW erscheint als Themenheft, mit aktuellen Kommentaren, Analysen und Berichten aus dem In- und Ausland.

6 Ausgaben im Jahr (Jahresumfang 360 Seiten) • Einzelheft 7,- DM • Jahresabo: 51,- DM (für Nichterwerbstätige: 42,- DM) incl. Versand (Ausland 54,- DM)